

1866.

(Fortsetzung der Beilage zu № 12 des 1866 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 25. Januar 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Flagge, Kloss und Desterreich.

Die Sitzung wird durch Herrn Häusler mit der Anzeige eröffnet, daß den Herrn Landsyndicus Desterreich ein bedauerlicher neuer Unglücksfall abermals außer Stand gesetzt habe, an den Sitzungen der Versammlung theilzunehmen, daß jedoch wegen der anderweiten Folgen desselben glücklicherweise keine Besorgnisse mehr zu hegen seien.

I. Durch die hierauf zufolge der Tagesordnung vorgenommenen Wahlen wurden für die Dauer des nächsten Jahres zum Vorsitzenden der Herr Landsyndicus Desterreich, zu dessen Stellvertreter Herr Häusler, zum Stellvertreter des Protocollführers Herr Leiste wieder ernannt. Die letztgenannten beiden Herren erklären sich zur Uebernahme ihrer Aemter bereit, und theilt Herr Häusler gleichzeitig mit, daß auch Herr Desterreich auf eine vorläufige Anfrage gleiche Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben habe.

Die Versammlung schreitet alsdann

II. zur Wahl einer Commission für die Vorberathung des von Herrn Leiste gestellten Antrages, die Anlage von Arbeiterwohnungen seitens der Stadt betreffend, und beruft dazu die Herren Aronheim, Bautler, Flagge, Leiste und Overlach.



Nachdem der Herr Vorsitzende den vom Magistrate gedruckt vorgelegten Entwurf einer neuen Gartenordnung der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen, den Empfang der Steuerlisten angezeigt und die betreffenden Deputationen ersucht hat, die Abschätzungsarbeiten möglichst fördern zu wollen, ertheilt die Versammlung ferner

- III. auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden dem Antrage des Magistrates: die den vormaligen Salzsellern unter Vorbehalt des Eigenthumsrechtes gelieferten Geschäftsrequisiten denselben nunmehr unentgeltlich zu überlassen,

in Anbetracht der Geringfügigkeit des Objectes ihre Zustimmung.

Sodann

- IV. berichtet Herr Bautler namens der Finanzcommission über ein Schreiben des Magistrats vom 10. d. M., betr. die Deckung der Mehrkosten für den Bau der Stadtwasserkunst.

Das Magistratschreiben theilt mit, daß wider Erwarten auch mit der durch Beschluß der Versammlung vom 16. März v. J. gewährten Nachbewilligung von 43,000 \mathfrak{R} nicht allen Anforderungen dieses Unternehmens genügt werden könne, sondern darüber hinaus noch Rechnungen im Belaufe von 10,000 \mathfrak{R} eingegangen seien. Da diese Forderungen größtentheils unverzüglich berichtigt werden mußten, die Haftverbindlichkeit der Stadt auch keinem Zweifel unterliegen konnte, so hat der Magistrat die Stadtcasse angewiesen, dieselben aus ihren Vorräthen vorschussweise zu decken, unter Voraussetzung der nachträglichen Genehmigung der Stadtverordneten, um die der Magistrat nunmehr nachsucht. — Da zugleich nicht zu bezweifeln steht, daß beim Abschlusse der Baurechnungen noch einige Restforderungen der Lieferanten und Bauleute zur Zahlung werden angewiesen werden, so ersucht der Magistrat, ihn ferner zu ermächtigen, auch diese Anweisungen vorschussweise aus der Stadtcasse decken zu lassen. — Der Magistrat bemerkt dabei, daß die beiden ausführenden Beamten schon unterm 16. October v. J. zur Aufstellung der Baurechnungen angewiesen sind, und daß sofort nach Eingang derselben eine genaue Vergleichung des Voranschlages und der wirklich verausgabten Kosten mitgetheilt, auch eine Auslassung über die im Schreiben vom 16. März angeregten Fragen, sowie über die muthmaßliche Rentabilität der Stadtwasserkunst erfolgen solle.

Die Commission anerkennt, daß einerseits gerade dieser Bau noch weniger als jeder andere sich im Voraus habe übersehen lassen und daher Ueberschreitung unvermeidlich, andrerseits aber auch die dafür geleisteten Zahlungen so dringlich gewesen seien, daß die Genehmigung der Versammlung nicht in jedem Falle habe eingeholt werden können. Die beantragte Nachverwilligung, soweit die Zahlungen bereits geleistet, wird daher von der Commission empfohlen. — Hinsichtlich der

noch bevorstehenden Ausgaben gebe das Magistratschreiben keine Andeutung, wie weit dieselben sich erstrecken werden. Aus einem anderen Magistratschreiben jedoch, welches sofort gleichfalls zur Berathung kommen werde, lasse sich entnehmen, daß dieselbe sich auf etwa 17,000 $\text{\$}$ belaufen dürfte. Obwohl nun dies eine beträchtliche Summe, so könne, in Anbetracht, daß die Stadt den einmal eingegangenen Verbindlichkeiten sich nicht werde entziehen können und wollen, die Commission doch nur dafür stimmen, daß die Versammlung sich im Sinne der Magistratsproposition entscheide.

Erläuternd fügt Herr Uhde hinzu, daß nach Ansicht der Commission vor Abstimmung über diesen Antrag der Magistrat ersucht werden müsse, sich darüber auszusprechen, ob die dem Commissionsvotum zu Grunde liegende Berechnung richtig sei.

Herr Aronheim erklärt sich gegen den zweiten Antrag der Commission. Durch die unverweigerte Nachbewilligung von nochmals 10,000 $\text{\$}$ werde die Versammlung ihre Bereitwilligkeit, für alle Verpflichtungen der Stadt einzutreten, hinlänglich beweisen, und damit dem Magistrate den geeigneten Weg für jeden fernern ähnlichen Fall zeigen. Noch einen Schritt weiter gehen, im Voraus unbestimmte Ausgaben genehmigen, heiße eine Entscheidung, die nur der Versammlung zustehe, in die Hand des Magistrates legen und einen den Prärogativen der Versammlung möglicher Weise höchst nachtheiligen Präcedenzfall schaffen. Nicht etwa um ein thea- nösés Verfahren anzubahnen, sondern nur um die richtige Stellung der beiden städtischen Behörden zu wahren, müsse Redner auf Verwerfung der zweiten Proposition antragen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Allerdings sei nicht zu verkennen, daß diese Proposition etwas von dem gewöhnlichen Wege abweiche. Aber auch das müsse billiger Weise in Betracht gezogen werden, wie peinlich die Lage des Magistrates, wenn er durch die Umstände gezwungen, lediglich auf eigene Gefahr hin handeln müsse. So aber geschehe es in dem vorliegenden Falle. Denn die hier vorgekommenen Ueberschreitungen, welche dem Magistrate gerade so unangenehm seien, wie der Versammlung, laufen meist aus kleinen Summen auf, welche dann oft schnell bezahlt werden müssen, ohne daß es doch möglich, jeder Rechnung halber die Versammlung der Stadtverordneten zu berufen. Dabei aber sei auch die Lage der Dinge eine durchaus andere, als daß Folgen eintreten könnten, wie Herr Aronheim sie fürchte. Es handle sich hier um Ausgaben in Consequenz eines Baues, den die Versammlung genehmigt habe; würden diese in Voraus bewilligt, so könnte darum der Magistrat sich doch nimmermehr zu Ausgaben, die außerhalb dieses Baues liegen, für ermächtigt halten. — Den von der Commission aus dem zweiten Magistratschreiben gezogenen Schluß betreffend, so sei derselbe nicht ganz

richtig, da in der dort namhaft gemachten Gesamtsumme theils die vorschussweise bereits gezahlten Posten, theils aber auch noch verschiedene Ausgaben einbegriffen seien, die im ersten Plane nicht mit vorgesehen worden; für den Bau der Wasserkunst werde nach den Erklärungen der ausführenden Techniker außer der jetzt verausgabten nur noch eine verhältnißmäßig geringe Summe erforderlich sein. Wenn die Versammlung die erbetene Ermächtigung ertheile, so werde der Abschluß dieser Angelegenheit dadurch sehr erleichtert werden; eben dies und nur dies wünsche der Magistrat, und könne Redner, wenn die Versammlung es für nöthig erachte, im Namen des Magistrats die bindende Erklärung abgeben, sich zu keiner der von den ausführenden Technikern angewiesenen Zahlungen für autorisirt halten zu wollen, die nicht vollkommen rechtlich gegen die Stadt geltend zu machen wäre.

Herr Aronheim. Wichtiger als ein momentanes Interesse scheine die Sicherung der Stellung beider städtischen Körper zu einander. Daß Ueberschreitungen vorgekommen, welche der Versammlung nicht sofort zur Genehmigung vorgebracht werden konnten, sei freilich nicht Schuld des Magistrates, sondern der ausführenden Beamten; aber eben diese habe der Magistrat nun zur Rechtfertigung ihrer Ueberschreitungen anzuhalten. Wollte die Versammlung demselben dies erlassen, so würde sie sich mit diesem einen Beschlusse für überflüssig erklären.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Diese letztere Folgerung würde zutreffen, wenn der Magistrat etwa den Antrag gestellt hätte, daß ihm die Einrichtung einer Wasserkunst und die Befugniß, alle beliebigen Zahlungen dafür ohne weiteres zu leisten, übertragen würde. So aber sei diese Angelegenheit im Pleno und in den Commissionen der Versammlung in allen ihren Theilen berathen und in Uebereinstimmung mit beiden ausgeführt. Auf Ueberschreitungen habe man gerechnet, und wenn dieselben auch über Erwartung hoch ausgefallen, so werde doch die Versammlung sich damit einverstanden erklären, daß die jetzt vorliegenden Forderungen bezahlt werden müssen. Da nun aber auch eine Prüfung der einzelnen Positionen der Versammlung so sehr wie dem Magistrate unmöglich — und dafür habe die Stadt ja auch ihre verantwortlichen Beamten — so sei es effectiv nur die Form, auf die der Herr Vorredner Gewicht lege. Beschließe die Versammlung in diesem Sinne, so werde der Magistrat die Stadtcasse danach anweisen müssen; die Sachlage aber erleide dadurch keine Aenderung, und möglicherweise könne die Stadt dadurch in die Lage gerathen, daß fällige Zahlungen gegen sie eingeklagt werden.

Herr Aronheim glaubt, daß auch bei scheinbar unbedeutenden Gegenständen das Princip zu wahren sei, und daß durch Annahme der Magistratsproposition im Grunde doch das Verhältniß eintreten werde, welches der Herr Oberbürgermeister vermöge des von ihm supponirten Beispiels ausschließen wolle. Von dem Augenblicke an, daß die veranschlagten Summen überschritten werden, stehe es im Ver-

trauen des Beamten, wie weit die Ueberschreitung um sich greifen solle. Eben darum aber könne und müsse die Versammlung von diesen verlangen, daß sie ihre Abrechnungen vorlegen; und wenn eine Schlussrechnung noch nicht möglich, so werden doch die Tagesrechnungen Auskunft über die Verwendung der verbrauchten Summen geben.

Herr Häusler, obwohl mit dem von Herrn Aronheim verfochtenen Principe vollkommen einverstanden, kann doch dessen Bedenken in diesem Falle nicht theilen. Princip sei, daß keine Zahlung ohne Bewilligung der Versammlung gemacht werde. Dies Princip aber werde von der jetzigen Magistratsproposition nicht berührt, für welche vielmehr lediglich Gründe der Zweckmäßigkeit in Frage kommen. Nachdem die bestehenden Verbindlichkeiten einmal eingegangen, sei die Frage einfach die, ob die Stadt ihre Schulden bezahlen wolle oder nicht. Beschliesse man ablehnend, so involvire dies eine Sistirung der Ausgaben, eine partielle Zahlungseinstellung, und dieser der Würde der Stadt so wenig wie ihren Verhältnissen angemessenen Lage zu entgehen, werde man nicht umhin können, im Voraus die doch einmal zu leistenden Zahlungen zu verwilligen — natürlich nur solcher Posten, die innerhalb der Ausführung des genehmigten Plans liegen.

Dieser Auffassung erklärt Herr Bode sich um so mehr anschließen zu müssen, als die nachgeforderten Summen zum großen Theile nicht einmal für Ueberschreitungen des Anschlages bestimmt seien, und überdies keinerlei Verdachtsgrund vorliege, als lasse auch nur eine der betreffenden Ausgaben sich etwa nicht rechtfertigen. Demnach und in Anbetracht, daß die einmal eingegangenen Verbindlichkeiten gelöst werden müssen, der Magistrat auch nicht um jede Rechnung eine Versammlung der Stadtverordneten berufen könne, stellt Herr Bode den Antrag:

dem Magistrate eine Summe bis zu 27,000 ₡ incl. der bereits verausgabten 10,000 ₡ für solche Arbeiten und Lieferungen zur Verfügung zu stellen, welche zur Ausführung der Wasserkunst innerhalb des beschlossenen und genehmigten Planes geleistet sind, vorbehaltlich der speciellen Berechnung und Rechtfertigung der zu verausgabenden Summen.

Auf die wiederholte Erkundigung des Herrn Uhde nach dem muthmaßlichen Betrage der noch bevorstehenden Ausgaben erklärt der Oberbürgermeister Caspari eine sichere Auskunft nicht geben zu können. Wenn der Magistrat in dem angezogenen zweiten Schreiben 70,000 ₡ als den muthmaßlichen Gesamtbetrag aller in Betracht kommender Kosten aufgestellt habe, so sei dies ein Griff, wodurch die Stadtkasse vor jeder möglichen Verlegenheit gesichert werden solle; es seien darin aber, wie gesagt, auch Ausgaben anderer Art begriffen, als in dem ursprünglichen Plane vorgesehen worden, so z. B. für die Herstellung von Röhrenleitungen vor dem August, Fäulröhrer, Petri- und Wilhelmithore, für die Chauffurung des neuen

Fahrweges nach der Stadtwasserkunst; und nach der Erklärung der Sachverständigen werde mit jener Summe jede noch übrige Ausgabe für die Stadtwasserkunst, mit Ausnahme natürlich des Hochreservoirs und des zweiten Filters, gedeckt werden können.

Herr Reuter weist darauf hin, daß die für Erweiterungen des Röhrensystems ausgesetzten 8503 \mathfrak{F} schon die Hälfte der jetzt geforderten Nachverwilligung betragen. Diese Arbeiten seien nun vollendet, aber erst bis zum Belaufe von 4000 \mathfrak{F} bezahlt und 2000 \mathfrak{F} in der allernächsten Zeit fällig, während die disponibeln Geldmittel erschöpft seien. Hierauf wenigstens möge die Versammlung bei ihrer Beschlußfassung Rücksicht nehmen.

In Herrn Aronheim's Sinne spricht sich auch Herr Lissebon aus, indem er ausführt, wie die Ueberschreitungen des ursprünglichen Anschlages jetzt voraussichtlich zu dem Ende führen werden, daß die Wasserkunst, wenn sie in der projectirten Weise mit Hochreservoir und zweitem Filter ausgeführt werden solle, um die Hälfte theurer, als veranschlagt, werde zu stehen kommen: ein Resultat, das die Versammlung doch schwerlich gutgeheißen hätte, wenn es ihr vorausgesagt wäre. Daß es dahin gekommen, sei lediglich Schuld der ausführenden Techniker, die nach dem Ueberschreitungen erschüttert geworden, mit um so größerer Sparsamkeit hätten zu Werke gehen müssen. Daher könne es denn gewiß nur billig erscheinen, wenn jetzt die Versammlung vor jeder neuen Verwilligung auf Rechnungsablage dringe.

Die Discussion wird damit geschlossen und demnächst der erste Antrag des Magistrates auf Genehmigung der bereits geleisteten Zahlungen angenommen, der zweite dagegen: auch die Berichtigung der noch zu erwartenden Zahlungsanweisungen im Voraus zu genehmigen, sowie auch der Antrag des Herrn Bode abgelehnt.

Auf den Vorschlag des Herrn Reuter: wenigstens die Ausgaben zu verwilligen, welche nicht durch Ueberschreitungen, sondern durch die ausdrücklich genehmigten Erweiterungen der Röhrenanlage veranlaßt worden und in allernächster Zeit geleistet werden müssen,

formulirt Herr Aronheim seinen Antrag dahin:

daß die Versammlung den Magistrat, unter der Voraussetzung, daß die ausführenden Techniker, nöthigenfalls unter Strafandrohung, zur Aufstellung und Rechtfertigung ihrer Rechnungen angehalten werden, ermächtigt, 7500 \mathfrak{F} für solche Posten zu verausgaben, um welche demnächst ein dringender Anspruch an die Stadt gestellt werden könnte; und wird dieser Antrag von der Versammlung angenommen.

V. Ein Schreiben des Magistrates vom 12. d. Mts. theilt mit, daß durch die vorschußweise Leistung der Mehrausgaben für die Stadtwasserkunst der Betriebsfond der Stadtcasse vollständig absorbiert ist, sodaß derselben die Mittel sowohl zur

Bestreitung der laufenden Ausgaben bis zum Wiedereingange der Communalsteuern, als auch zur Berichtigung der der Stadt zu Ostern d. J. bevorstehenden außerordentlichen Ausgaben fehlen. Von allen zur Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel möglichen Wegen glaubt der Magistrat die Aufnahme eines Darlehns als den kürzesten und billigsten ansehen zu müssen, und beantragt demnach, daß die Versammlung ihn ermächtige, nach erlangter Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums 70,000 \mathfrak{R} entweder bei Herzoglichem Leihhause gegen Verpfändung des städtischen Vermögens, Verzinsung mit 4 % und Zusicherung einer durch Vereinbarung festzustellenden jährlichen Amortisation, oder durch Ausgabe von Stadtobligationen aufzunehmen.

Wie Herr Bantler als Referent vorträgt, hat auch die Finanzcommission sich für eine Anleihe bei Herzoglichem Leihhause entschieden, da die Kündigung der der Stadt zustehenden Hypothekforderungen zeitraubend sei, durch Verkauf der vorrätigen Werthpapiere, wenn auch nicht gerade eine Drückung des Courses zu befürchten sei, nur für den Augenblick würde Rath geschafft, die Stadt also bei den für das laufende und das nächste Jahr bevorstehenden außerordentlichen Ausgaben doch nicht der Nothwendigkeit würde enthoben werden, demnächst eine Anleihe aufzunehmen, und zwar möglicherweise mit größeren Unkosten als in diesem Augenblicke, wo sich, wie aus dem Magistratschreiben zu entnehmen, eine auffallend billige Gelegenheit darbiete. Allerdings stehe noch der Beitrag der Landesregierung zu den Kosten der Wasserkunst in Aussicht; allein vor vollständigem Abschlusse der Baurechnungen könne mit Herzoglicher Landesregierung keine Verhandlung über den Betrag dieses Zuschusses eingeleitet, auf diese Zahlung also keinesfalls gewartet werden; doch werde seitens des Magistrates die Zusage gemacht, daß diese Zahlung jedenfalls mit in's Auge gefaßt und nicht mehr als nöthig aufgenommen werden solle.

Der Antrag des Magistrates wird hierauf ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

Nach Schluß der Tagesordnung wird das Wort zunächst

Herrn Niemeyer ertheilt, welcher beim Magistrate die Anfrage stellt, ob eine Nothwendigkeit vorliege, daß die Stadtwasserkunst, wie es laut einer Annonce der Direction geschehe, durch Herstellung von Wasserleitungen in die Privathäuser als Concurrentin gewisser Gewerbe auftrete.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erwiedert, daß diese Thätigkeit, übereinstimmend mit der bei der Gasanstalt bereits seit längerer Zeit in Übung gewesenem, mit der Commission der Stadtverordneten verabrebet worden sei, und zwar lediglich, um das Publicum vor allen Uebersezungen zu schützen, welche notorisch die Folge des bisher thatsächlich bestandenen Privilegiums einzelner Gewerbetreibender gewesen seien.

Endlich motivirt Herr Schmidt die Anträge:

1) daß die Versammlung den Magistrat ersuchen wolle, auf die sofortige Befestigung von §. 55 des Polizeistrafgesetzbuches vom 18. August 1855 (Verbot des Tabaksrauchens in der Nähe von Schilbwagen) mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln hinzuwirken, indem er ausführt, wie wenig zeitgemäß dies Verbot sei.

2) daß die Versammlung den Magistrat ersuchen wolle, dahin zu wirken, daß die Stadthore fortan während der Nacht nicht mehr geschlossen werden, durch einen Hinweis auf die Unbequemlichkeiten, ja die Gefahren für Gesundheit und Leben der vor den Thoren wohnenden Mitbürger, welche die jetzt noch festgehaltene Unterbrechung der Communication mit sich bringt.

Der Herr Vorsitzende überweist beide Anträge an die Statutencommission, und schließt dann die Sitzung.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zu № 37 de 1866 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 2.

Verhandlungen

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. März 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Flaggé und Desterreich.

Die Sitzung wird durch Herrn Häusler eröffnet, und genehmigt die Versammlung dann zunächst die Protocolle vom 22. December v. J. und vom 25. Januar d. J.,

nachdem

Herr Leiste letzteres dahin berichtet hat, daß er zwar kurze Zeit im Locale der Versammlung anwesend gewesen sei, an den Verhandlungen jedoch nicht theilgenommen habe, und demnach füglich als abwesend hätte aufgeführt werden sollen.

Vor Eintritt der Tagesordnung genehmigt ferner die Versammlung auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden den Antrag des Magistrats, je 25 fl zur Auswanderung zweier gemeindeangehörigen Corrigenden zu verwilligen;

worauf das Wort

Herrn Bantler ertheilt wird, welcher die Anfrage stellt, ob nicht der Magistrat den Ankauf des vormaligen Alexii-Pflegehauses für die Stadt in Erwägung gezogen habe. Zweierlei nämlich scheine dafür zu sprechen. Einmal werde der vorüberfließende schmale Flußarm, sobald die Canalisirung der Oker zur Ausführung komme, voraussichtlich verschwinden; dann könne der allgemeine Wunsch nach einer directen Communication zwischen dem Bahnhofe und der Mitte der Stadt durch

eine Straße vom Damme auf die Lange Brücke einerseits, an der Münze vorüber zur Burg andererseits, leicht in Erfüllung gehen, und in diesem Falle werde es kein geringer Gewinn sein, wenn die Stadt über jenes Grundstück verfüge. Zweitens sei die Rede davon gewesen, daß dasselbe mit Vortheil zu einer Schulanlage benutzt werden könnte. Falls nun etwa eine dieser beiden Eventualitäten die fragliche Erwerbung späterhin wünschenswerth machen sollte, so würde diese der Stadt jedenfalls ungleich theurer zu stehen kommen als jetzt; denn das laut der öffentlichen Blätter bis jetzt ausgekommene Angebot könne, nach dem äußeren Umfange des Grundstücks zu urtheilen, nur für außerordentlich mäßig gehalten werden.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert, daß der Magistrat allerdings überlegt habe, ob von Seiten der Stadt zu Schulzwecken auf den beregten Kauf reflectirt werden müsse; doch sei beschlossen, davon abzusehen, theils weil die Waisenhauschule in unmittelbarer Nähe liege, der Magistrat aber, wie bekannt, den Grundsatz befolge, bei neuen Schulanlagen möglichst diejenigen Stadttheile zu berücksichtigen, denen die bestehenden Schulen ferner liegen; theils weil die dort vorhandenen Gebäude zu Schullocalitäten nicht eingerichtet werden könnten, also abgerissen werden müßten, und hierdurch die Anlage einer Schule an dieser Stelle unverhältnißmäßig hohe Kosten verursachen würde. Das Grundstück zu erwerben, ohne eine bestimmte Verwendung dafür im Auge zu haben, könne, zumal bei den jetzigen hohen Preisen des Grundbesitzes und den großen Ausgaben welche der Stadt in nächster Zeit bevorstehen, unmöglich zweckmäßig erscheinen; ob übrigens der Zuschlag für das letzte Angebot erfolgen werde, stehe dahin. Kame die bezeichnete Straße zu Stande, so würde es allerdings von Vortheil sein, über das Grundstück verfügen zu können; aber diese Eventualität sei noch so unsicher, daß die Stadt eine solche Entreprise füglich der Privatspeculation überlassen müsse.

Auf die Frage des Herrn Vorsitzenden erklärt Herr Bantler, daß er einen bestimmten Antrag in dieser Sache nicht zu stellen habe, und ist damit dieselbe erledigt.

Gemäß der Tagesordnung berichtet dann

I. Herr Grass namens der Baudeputation über ein Magistratsschreiben vom 3. Februar d. J., betreffend die zunächst bevorstehende Neupflasterung hiesiger Straßen.

Nach dem ursprünglichen Plane des Magistrats sollte damit zunächst in der Bachhofstraße und auf der Höhe fortgefahren werden, um für den Verkehr zwischen dem Bahnhofe und den Fabriken vor dem Wendenthore möglichst bald eine bequeme Communication herzustellen. Indessen ist gegen diesen Plan mit Recht geltend gemacht, einerseits, daß auf der Höhe noch keine Canäle vorhanden, deren Anlage einer Neupflasterung doch nothwendig vorangehen muß; andererseits aber, daß die

Neupflasterung sich in sehr schlechtem Zustande befindet, während gerade diese Straße, durch welche alles nicht für die Schuhstraße selbst bestimmte Fuhrwerk letztere umgehen kann, namentlich für den Messverkehr von größter Wichtigkeit ist. Demgemäß hat der Magistrat beschlossen, im bevorstehenden Sommer zuerst die Neupflasterung der Neuenstraße vornehmen zu lassen. Der Magistrat bemerkt, daß die Kosten für diese Strecke, wovon 1844 $\text{R} 26 \text{ gr} 1$ S auf die Privaten, 6060 $\text{R} 9 \text{ gr} 8$ S auf den öffentlichen Pflasterungsfonds fallen, die für dieses Jahr disponibeln Geldmittel muthmaßlich erschöpfen werden, da zum Behuf der Umpflasterung des Papenstieges und des westlichen Endes der Sonnenstraße — einer Maßnahme, welche bei dem schlechten Zustande dieser Strecken dringend nothwendig ist und, in Verbindung mit einer vollständigen Umlegung und Regulirung des Trottoirs daselbst, fürs erste auch genügen wird — eine größere Summe reservirt bleiben muss. Falls jedoch noch Geld disponibel bleibe, und die nöthigen Harzbürger Steine zu beschaffen seien, so solle auch die Neupflasterung der Bachhofsstraße in diesem Jahre noch in Angriff genommen werden.

Die Baudeputation empfiehlt die Annahme dieser Vorschläge, und erklärt hierauf die Versammlung sich damit einverstanden.

Desgleichen berichtet

II. Herr Grass namens der Baudeputation über ein Schreiben vom 16. Februar d. J., durch welches der Magistrat mittheilt, daß er bei der jetzt, nach Einrichtung einer städtischen Centralwasserkunst, zufolge Art. 6 des Vertrags vom 1./10. August 1858 bevorstehenden Uebernahme der Gödebrunnen im Hagenbruche und vor dem Hohenthore, sowie aller nicht gewissen Societäten angehörigen öffentlichen Brunnen, bei Herzoglichem Staatsministerio die vorgängige Beseitigung der vorhandenen Mängel dieser Anlagen beantragt, und die Landesregierung hierauf für die Herstellung der Brunnen auf dem Kohl- und dem Hagenmarke die veranschlagten 1350 R , für Instandsetzung aller übrigen Brunnen 28 R als ein Uebersum bewilligt, die Stadt also nur noch die Kosten der Verbindung dieser Brunnen mit der neuen Wasserleitung, nämlich resp. 150 und 50 R zu tragen habe. An diese Mittheilung knüpft dann der Magistrat folgende Vorschläge:

- 1) Der Brunnen auf dem Hagenmarke, welcher bereits durch die neue Wasserkunst gespeist wird, bleibt einstweilen und bis zur Regulirung des umgebenden Platzes in seinem jetzigen Zustande, indem sich dann erst beurtheilen läßt, ob seine Belassung an der gegenwärtigen Stelle oder eine Verlegung zweckmäßig ist.
- 2) Der Brunnen auf dem Kohlmarke wird nach dem Vorschlage des Stadtbauemeisters restaurirt, da die Erhaltung dieses Brunnens als eines alten Baudenkmals wünschenswerth erscheint, ein anderer den Verhältnissen ent-

sprechender Brunnen auch schwerlich für die disponible Summe zu erhalten sein würde, und werden dazu neben den von Herzoglicher Landesregierung gezahlten 1050 \mathcal{R} noch 150 \mathcal{R} aus der Stadtcasse zur Disposition gestellt. Da aber die Frage, ob der Brunnen an seinem jetzigen Platze zu belassen oder zu verlegen sei, sowie eventuell, wo derselbe aufgestellt werden soll, nur an Ort und Stelle entschieden werden kann, so wird der Magistrat ermächtigt, in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte über den Platz der Aufstellung Verfügung zu treffen.

3) Die beiden Gödebrunnen im Hagenbruche und vor dem Hohenthore werden nebst Zubehör verkauft, sobald dieselben der Stadt von Herzoglicher Baudirection verlassen sind, und wird es dem Magistrate überlassen, je den Umständen nach einen Verkauf aus der Hand oder auf Meistgebot vorzunehmen, vorbehaltlich der Genehmigung der Kaufverhandlungen seitens der Stadtverordneten.

Durch die Baudeputation empfohlen, werden auch diese Vorschläge von der Versammlung genehmigt.

Ferner

III. berichtet Herr Grass namens der Baudeputation über die Vorschläge, welche der Magistrat durch ein Schreiben vom 16. Februar d. J. hinsichtlich der Anlage von Pissoirs in der Stadt und auf den Promenaden an die Versammlung hat gelangen lassen.

Nachdem nämlich diese Anlagen als dringendes Bedürfnis längst anerkannt, durch die Wasserleitung auch die Möglichkeit gegeben war, dieselben mit Wasser zu speisen, hat der Magistrat, unter Voraussetzung des Einverständnisses der Stadtverordneten, während des verflossenen Sommers zunächst zur Probe ein Pissoir bei der Martinikirche aufstellen lassen, welches sich als allen Anforderungen entsprechend bewährt. Von Herzoglicher Polizei-Direction ist nun darauf angetragen, ferner auch hinter der Burgcaserne gegenüber der Brücke bei der vormaligen Burgmühle, am südlichen Ende des Bohlweges bei dem Brunnen an der Stobenbrücke, und an der Nordseite der Brüdernkirche bei dem Vorhallenbaue gleiche Vorrichtungen zu treffen, da an allen drei Stellen die Abführung des durchströmenden Wassers leicht ausführbar sei. Der Stadtbaumeister ist mit dieser Vertheilung einverstanden, hält außerdem aber noch an mehreren anderen Stellen, namentlich auf dem Kohl- und dem Hagenmarke, die Anlage von Pissoirs für erforderlich, und ist der Meinung, daß, wenn ein Canal zur Abführung der Flüssigkeiten sich in der Nähe etwa nicht fände, Senkgruben hergestellt und deren Reinigung durch die Unternehmer Retowsky und Wenzel geschehen könnte. — Das angefertigte Pissoir hat 266 \mathcal{R} 7 gr 9 Z gekostet, und würde dieser Preis ohne Darangabe wesentlicher Erfordernisse der Zweck-

mäßigkeit und Dauerhaftigkeit für jede folgende Anlage sich nur etwa auf 220 — 240 \mathfrak{R} ermäßigen lassen, und auch dies nicht bei allen, sofern häufig längere Abzugscanäle und Senkgruben herzustellen sein werden. Der Magistrat ist nicht nur zu dieser Ausdehnung der begonnenen Einrichtung geneigt, sondern glaubt auch seinerseits, daß es weiter noch eine Anzahl anderer Plätze giebt, an denen dieselbe geboten ist. Bei den dazu erforderlichen nicht unerheblichen Kosten jedoch und den übrigen gerade jetzt sehr bedeutenden Ausgaben der Stadtcasse erscheint es nothwendig, nach und nach damit vorzugehen und wird mit Rücksicht hierauf vom Magistrat bei der Versammlung beantragt:

- 1) die Kosten des bereits vorgerichteten Pissoirs im Betrage von 266 \mathfrak{R} 7 \mathfrak{g} 9 \mathfrak{a} aus der Stadtcasse auf die Rechnung des Jahres 1865 zu bewilligen;
- 2) für die Herrichtung von Pissoirs im Innern der Stadt und auf den Promenaden 3000 \mathfrak{R} zur Disposition zu stellen, von denen in den Jahren 1866, 1867 und 1868 je 1000 \mathfrak{R} zur Verwendung kommen sollen;
- 3) die Wahl der Stellen für die Pissoirs sowie die Bestimmungen über die Einrichtung derselben dem Stadtbauamte und dem Magistrat zu übertragen, jedoch mit der Beschränkung, daß die Kosten eines Pissoirs die Summe von 250 \mathfrak{R} nicht übersteigen dürfen, und bei Feststellung der Einrichtung neben der größten Zweckmäßigkeit auch auf möglichste Billigkeit Rücksicht genommen werde.

Die Baudeputation kann sich diesen Vorschlägen wiederum nur anschließen, und empfiehlt demnach deren Genehmigung.

Die Discussion wird durch Herrn Leiste mit der Vorstellung eröffnet, ob es nicht bedenklich sei, auf öffentlichen Plätzen Senkgruben anzulegen. Selbst durch öftere Reinigung derselben, wie solche der Magistrat allerdings ja ins Auge gefaßt habe, seien widerwärtige Gerüche und eine Infiltration des umliegenden Terrains schwerlich zu verhüten. Höchstens als Provisorium möchte daher diese Art der Anlage erträglich sein; am richtigsten aber scheine es, an den Stellen, wo eine leichte Verbindung mit den Abzugscanälen noch nicht möglich, vorläufig auch keine Pissoirs aufzustellen.

Während der Herr Vorsitzende gegen diese Bedenken anführt, daß Senkgruben überall in der Stadt bestehen, und unter weit ungünstigeren Verhältnissen als es bei den in Rede stehenden der Fall sein werde, welche, von Anfang an unter der steten Controle der städtischen Behörden, so werden angelegt und gehalten werden können, daß die von Herrn Leiste angedeuteten Nachtheile nicht zu entstehen brauchen;

vermag Herr Reuter, da die verheißene Reinigung unmöglich so oft werde vorgenommen werden, als es nöthig wäre, um allen Unzuträglichkeiten vorzubeugen, in

Senkgruben immer nur einen Nothbehelf zu erkennen, und giebt deswegen anheim, die Pissoirs unter allen Umständen mit den Abzugsanlälen in Verbindung zu setzen, was vermittelt alter Röhren mit einem verhältnißmäßig geringen Kostenaufwande geschehen könne. — Zugleich stellt Herr Reuter den Antrag:

in Anbetracht, daß durch gleichzeitige Beschaffung einer größeren Anzahl von Pissoirs eine bedeutende Preisermäßigung zu erzielen sein möchte, dem Magistrate zu überlassen, ob derselbe die angeforderten 3000 P nach und nach, oder sofort und auf einmal zur Verwendung bringen wolle.

Mit Rücksicht auf die von Herrn Reuter wegen der Senkgruben vorgeschlagenen Auskunft formulirt Herr Leiste seinen Antrag dahin:

daß der Magistrat auf die Anlage von Pissoirs insoweit verzichte, als ein Abfluß derselben durch Röhren bei Innehaltung des von der Versammlung festzustellenden Preises nicht ermöglicht werden könne, und motivirt diesen Antrag des weiteren mit der Erwägung, daß ein Bedürfniß, welches zwar schon seit Jahren fühlbar gewesen, gleichwohl aber ohne ersichtlichen Schaden bis jetzt unbefriedigt geblieben, keinesfalls so dringlich sein könne, daß man zu seiner Abhilfe andere und vielleicht noch größere Uebelstände über sich nehmen müßte.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari tritt dem zunächst mit der Bemerkung entgegen, daß der Mangel öffentlicher Pissoirs allerdings doch offenkundige und höchst widerwärtige Anstöße zur Folge gehabt habe, und daß Herrn Leiste's Antrag möglicherweise dazu führen könne, gerade da keine anzulegen, wo sie am aller-nöthigsten seien. Gegen die vorgeschlagenen Röhrenleitungen macht der Herr Oberbürgermeister geltend, daß dieselbe unter Umständen nur mit beträchtlich erhöhten Kosten würden herzustellen sein. Andererseits aber werde man diese Anlage mit aller Ruhe dem Magistrate und dem Stadtbauamte überlassen können in der Ueberszeugung, daß diese Behörden nichts außer Acht lassen werden, wodurch in irgend einer Hinsicht die Zweckmäßigkeit der Anlage bedingt sei. — Herrn Reuter's Antrag, obgleich sich manches dafür anführen lasse, und der Magistrat in gewisser Weise eine Erleichterung darin sehen könnte, habe doch auch sein Bedenken. Würden nämlich 3000 P zur augenblicklichen Verwendung angewiesen, so sei zu fürchten, daß von vielen Seiten Anträge auf Berücksichtigung dieser oder jener Stelle einlaufen, auf die der Magistrat unmöglich immer werde eingehen können.

Für Herrn Reuter's Antrag erklärt sich Herr Uebe, insbesondere sofern es sich um die Anschaffung des erforderlichen Eisenwerkes handle, welches, stückweise von Jahr zu Jahr angekauft, ohne allen Zweifel erheblich theurer als im ganzen werde zu stehen kommen; mit Rücksicht hierauf könne es selbst vorzuziehen sein, in dem einen Jahre sämmtliche Eisenbestellungen zu machen, um mit dem Baue selbst dann erst im folgenden zu beginnen.

Hinsichtlich der Senkgruben ist Herr Lissebon der Ansicht, daß auch bei deren möglichst häufiger Reinigung an den Wänden derselben Sedimente zurückbleiben und wenigstens die Luft in der Umgebung verderben werden.

Herr Bieweg fragt an, ob der Stadtbaumeister sich über die Construction der Gruben ausgesprochen habe: nur auf den Fall, daß sie von allen Seiten wasserdicht geschlossen werden, werde man sich füglich mit denselben befreunden können.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erwiedert, daß der Stadtbaumeister dies Erforderniß gleichfalls anerkannt, über die Construction im Besondern jedoch sich nicht ausgesprochen habe.

Herr Aronheim. Unbedenklich dürfe die Versammlung doch wohl von der Voraussetzung ausgehen, daß technisch Alles werde aufgeboten werden, um die Anlage möglichst vollkommen herzustellen. In den soeben zum Ausdruck gekommenen Sorgen gehe man daher offenbar zu weit, man vergesse dabei aber auch, daß die Pissoirs gerade an den Orten errichtet werden sollen, wo schon jetzt und, wie bekannt, zur ärgsten Verunzierung gerade der ehrwürdigen Denkmäler unserer Stadt, die größte Unreinlichkeit eingerissen sei. Dieser Zustand erheische auf's dringlichste Abhilfe, und solche werde durch die vom Magistrate beabsichtigten Maßnahmen jedenfalls geschafft werden.

Gegen Herrn Uhde bemerkt Herr Bantler, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Eisenindustrie die Fabrication der erforderlichen Eisentheile von ganz untergeordnetem Belange, also für die Preisstellung die allmähliche oder gleichzeitige Anschaffung ziemlich irrelevant sei, letztere aber nach dem was der Herr Oberbürgermeister angeführt, kaum zu empfehlen sein dürfte.

Herr Leiste dagegen hält keine Ersparniß auf dem von Herrn Uhde vorgeschlagenen Wege immerhin doch für wahrscheinlich, die Rücksichten hingegen, welche der Herr Oberbürgermeister für die allmähliche Beschaffung geltend gemacht habe, für nicht durchschlagend, da einerseits Pissoirs weniger ein Bedürfnis der Anwohner als der Passanten, und daher eine Ueberhäufung mit Gesuchen, wie der Herr Oberbürgermeister sie befürchte, kaum zu erwarten sei, schlimmsten Falls aber unberechtigten Ansprüchen mit Festigkeit begegnet werden müsse. — Hinsichtlich der Senkgruben glaubt Herr Leiste bei seinen Bedenken beharren zu müssen, da üble Gerüche bei solchen durch nichts ganz verhütet werden können, luftdichte Verschlüsse aber, auch abgesehen davon, ob dieselben ihren Zweck vollständig erfüllen, so hoch würden zu stehen kommen, daß schon deswegen die von Herrn Reuter vorgeschlagene Röhrenleitung vorzuziehen sein dürfte.

Herr Grass empfiehlt, bei Genehmigung der Magistratsproposition zugleich auch den Bedenken des Herrn Leiste durch ein Amendement gerecht zu werden, wodurch der Magistrat ersucht werde, Senkgruben möglichst zu vermeiden. Hinsicht

lich der Chancen einer Ermäßigung im Preise des Eisenmaterials tritt Redner Herrn Bantler bei, indem er ferner noch darauf hinweist, wie eine Anschaffung dieses Materials im Großen auch darum unthunlich erscheine, weil die einzelnen Pissoirs je nach den umgebenden Localitäten von verschiedener Beschaffenheit werden sein müssen.

Dem entgegen beruft Herr Uebe sich auf die allgemeine Erfahrung der größeren Billigkeit von en gros-Bestellungen sowie auch darauf, daß voraussichtlich weit mehr Pissoirs als der Magistrat bis jetzt beabsichtige, darunter aber gewis eine größere Anzahl von ganz gleicher Beschaffenheit erforderlich sein werden. Was die technische Ausführung der Senkgruben betreffe, so sei die Versammlung nicht in der Lage, sich in diese Frage zu vertiefen; doch seien erfahrungsmäßig mit Portlandcement ausgegossene Senkgruben vollkommen wasserdicht, wenigstens also eine Infiltration des umgebenden Terrains bei solchen nicht zu befürchten.

Nachdem Herr Reuter sein Amendement nochmals durch den Hinweis auf die Möglichkeit motivirt hat, daß unter Bedingung der Ausführung im Laufe eines Jahres ein Unternehmer die zunächst erforderliche Anzahl von Pissoirs im ganzen billiger liefern möchte,

genehmigt die Versammlung sämtliche Vorschläge des Magistrats mit dem Amendement Herrn Reuters, wonach dem Magistrate die sofortige oder allmähliche Verwendung der zur Disposition gestellten 3000 \mathfrak{M} überlassen sein soll, während Herrn Leiste's Antrag auf Ausschließung der Anlagen mit Senkgruben abgelehnt wird.

IV. Der Baufecretair Wicker hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, die Herausgabe eines von ihm gezeichneten Planes der hiesigen Stadt nebst den Promenaden und den nächsten Umgebungen vor den Thoren durch einen Beitrag zu den Herstellungskosten zu befördern. Da dies Unternehmen nach den während der letzten Jahrzehnten auf dem Areale der Stadt eingetretenen großen Veränderungen einem wirklichen Bedürfnis entspricht, so ist der Magistrat nicht abgeneigt, auf jenen Vorschlag einzugehen, vorausgesetzt, daß aus der Staatskasse gleichfalls eine Verwilligung zu diesem Zwecke erfolge, und unter der Bedingung, daß der Theil des Planes, welcher sich auf das Innere der Stadt bezieht, einer Revision unterzogen und die nöthig befundenen Berichtigungen darin eingetragen werden. Der Baufecretair Wicker will sich dieser Bedingung unterziehen, auch die nachzutragenden Veränderungen, wenn selbige ihm angegeben werden, an Ort und Stelle feststellen; zu den erforderlichen Nachforschungen von Haus zu Haus jedoch erklärt derselbe sich außer Stande. Unter diesen Umständen hält der Magistrat für das angemessenste, daß sämtliche Hausbesitzer hiesiger Stadt durch die Anzeigen aufgefördert werden, von den seit Erscheinen des Heinemann'schen Planes

auf ihrem Grundbesitze vorgefallenen Veränderungen denjenigen Personen Meldung zu machen, welche der Magistrat mit Verzeichnung derselben beauftragen will, und daß zu dieser Mithaltung auf jeder Straße zwei Hausbesitzer ersucht werden. Demzufolge giebt nun der Magistrat in einem Schreiben vom 1. Februar d. J. der Versammlung anheim, für jeden District eines oder zwei ihrer Mitglieder zu bezeichnen, welche gemeinschaftlich mit dem Stadtrath Ramdohr die geeigneten Hausbesitzer bestimmen sollen; zugleich aber zu vorgedachtem Zwecke eine ebenso große Summe aus der Stadtcasse zu verwilligen, als aus der Staatscasse dazu beigetragen wird, jedoch keinesfalls mehr als 150 fl , deren Zahlung erfolge, wenn die Herausgabe des Planes geschehen ist, welche aber nur dann beansprucht werden könne, wenn in demselben die demnächst anzugebenden Veränderungen eingetragen sind, und die Zustimmung des Magistrats zur Wahl des Lithographen, durch welchen die Herausgabe geschehen soll, beantragt und ausgesprochen ist.

Die Baudeputation, für welche wiederum Herr Grass referirt, empfiehlt die Annahme dieser Propositionen und schlägt vor, zu den erforderlichen Verhandlungen mit Herrn Stadtrath Ramdohr die Herren Kloss, Lissebon, Rothdurst, Quenstedt, Reuter und Rischbieter zu bestimmen. Beides wird hierauf von der Versammlung genehmigt.

V. Laut eines Magistratschreibens vom 12. Februar d. J. haben die Geschäfte der städtischen Verwaltung namentlich in Folge der Einführung der Gewerbefreiheit und der neuen Gewerbesteuer sowie des Gesetzes über den Aufenthalt in hiesiger Stadt derart zugenommen, daß die bisherige Zahl der Magistratschreiber nicht mehr genügt. Da die bis jetzt angewandte Aushilfe durch fremde Copisten aus verschiedenen Gründen unzuträglich ist, so beantragt der Magistrat, daß die Versammlung die Anstellung eines neuen Magistratschreibers mit einer Remuneration von 10 fl monatlich und unter denselben Bedingungen, unter denen die übrigen Schreiber engagirt sind, genehmige, und zugleich damit sich einverstanden erkläre, daß aus der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde jährlich 50 fl als Beitrag zu den Büreaufkosten an die Stadtcasse abgeführt werden, da die Führung der Listen über die angemeldeten Hunde von den Stadtschreibern mit versehen werden müsse.

Auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden werden beide Anträge von der Versammlung genehmigt.

Hierauf berichtet

VI. Herr Aronheim namens der Statutencommission über ein vom Magistrate entworfenes neues Statut, die Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Anmeldung ihrer Gewerbegehilfen und Arbeiter betreffend.

Das begleitende Schreiben vom 7. Februar d. J. führt aus, wie in Folge

des gestiegenen Fabrik- und Gewerbebetriebs in hiesiger Stadt, zumal seit der durch Gesetz vom 3. August 1864 für alle Inländer eingeführten und auch allen unbescholtenen Ausländern zugestandenen Freizügigkeit, der Zuzug fremder Arbeiter beträchtlich zugenommen; wie damit für die Stadt die Gefahr gewachsen, mittellose Fremde in Fällen der Arbeitsunfähigkeit unterhalten zu müssen; wie zwar in dem neuen Gewerbegeetze durch den Hinweis auf Gründung von Kranken- und Unterstützungskassen in allen größeren Gewerbeetablissements auf Beseitigung jener Gefahr Bedacht genommen, diese Absicht aber allen Erfahrungen nach nur unvollständig zu erreichen sei, da die Fabrikordnungen nur sehr beschränkte Unterstützungs-Verspflichtungen enthalten, welche die gesetzliche Verbindlichkeit der Stadt gegen erkrankte und hilfsbedürftige Fremde keineswegs erschöpfen; wie dann eben jenes Gesetz die Gesellenkrankenkassen aus verschiedenen Gründen sehr in Frage stelle und dadurch jene Gefahr der Stadt noch beträchtlich gesteigert werde; und endlich wie unter diesen Umständen der Magistrat die Gründung einer allgemeinen Krankenkasse für Diensthoten, Gewerbegehilfen und Fabrikarbeiter in ernstliche Erwägung gezogen habe. Zur Entscheidung über deren Zweckmäßigkeit im allgemeinen, sowie über die Einrichtung derselben, namentlich hinsichtlich der zu erhebenden Beiträge und der zu gewährenden Unterstützungen, sei eine genaue Kenntniß sowohl der Zahl der hier beschäftigten Gewerbegehilfen und Fabrikarbeiter als auch ihrer Löhne nothwendig, welche nur durch die Arbeitsgeber erlangt werden könne. Da nun erfahrungsmäßig eine dahin zielende Aufforderung ohne damit verbundene Strafandrohungen bei den meisten Gewerbetreibenden erfolglos bleibe, eine besondere Zufertigung dieser Auflage an jedem einzelnen aber — wozu der Magistrat durch die Städteordnung allerdings befugt wäre — zu weilläufig sein würde, so habe der Magistrat für diesen Zweck ein Statut entworfen, welches sammt dem Entwurfe des an die Arbeitsgeber zu erlassenden Schreibens der Versammlung zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt wird. Dasselbe verpflichtet jeden Fabrikanten, Kaufmann oder sonstigen Gewerbetreibenden, dem Magistrate vierteljährlich ein namentliches Verzeichniß der bei ihm beschäftigten Personen auf einem mitzutheilenden Schema einzureichen, dessen Rubriken wahrheitsgetreu auszufüllen sind (§. 1), bedroht jeden Fall versäumter Einreichung oder mangelhafter Ausfüllung desselben mit einer Ordnungsstrafe von 15 g bis 3 fl (§. 2), jeden Fall absichtlicher oder durch Mangel an pflichtmäßiger Besonnenheit, Ueberlegung und Nachforschung veranlasste Wahrheitswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 10 fl (§. 3.), und bestimmt, daß erstere durch die städtischen Executoren executivisch eingezogen, letztere dagegen durch gerichtliches Verfahren ausgebracht werden soll (§. 4.). Der Magistrat bemerkt dabei, daß diese vierteljährlichen Verzeichnisse zugleich bei der Veranlagung der Gewerbsgehilfen und Arbeiter zur Communalsteuer benutzt werden sollen, was um so mehr geboten er-

scheine, als die allgemeine Bezeichnung, unter welcher jene Personen in den Seelenlisten der Polizei figuriren, nur sehr unsichere Anhaltspunkte gewähre und notorisch nicht selten sowohl Beeinträchtigungen Einzelner andern Ihresgleichen gegenüber, als auch Benachtheiligungen der Stadtkasse veranlasse. Einer genauen Nachweisung wegen der Dienstboten dagegen bedürfe es nicht, da deren Zahl aus den Seelenlisten vollständig zu ermitteln, ihr Einkommen aber so wenig von einander verschieden sei, daß sie bei Errichtung einer Krankenkasse rücksichtlich der zu zahlenden Beiträge und der zu gewährenden Unterstützungen gleichmäßig zu classificiren fein werden.

Wie der Herr Referent anzeigt, ist die Statutencommission mit dem Magistrat einverstanden, daß das in Vorschlag gebrachte Statut im Interesse der städtischen Verwaltung wünschenswerth und nothwendig, und daß es kein ungerechtfertigter Zwang sei, die Betreffenden zur Befolgung desselben anzuhalten. Mit einigen von dem Herrn Referenten motivirten Aenderungen in der Fassung wird das Statut demnach zur Annahme empfohlen und von der Versammlung genehmigt.

Ferner VII. berichtet Herr Cronheim namens der Statutencommission über den in der Sitzung vom 25. Januar d. J. eingebrachten Antrag des Herrn Schmidt: daß die Versammlung den Magistrat ersuchen möge, auf sofortige Beseitigung des §. 55 im Polizeistrafgesetze (Verbot des Rauchens im Vorbeigehen bei einer Schildwache) mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln hinzuwirken.

Die Commission theile allerdings in vollstem Maße die Ansicht des Herrn Antragstellers, daß jener Paragraph ebenso kleinlich wie zwecklos sei. Dabei aber könne sie sich der Meinung nicht verschließen, daß eben seine Unbedeutendheit es bedenklich erscheinen lasse, seitens der Stadt auf Beseitigung desselben anzutragen, selbst wenn auf ein bereitwilliges Entgegenkommen der competenten Behörden zu rechnen, noch mehr natürlich, wenn eine abschlägliche oder gar keine Antwort das wahrscheinlichste wäre, da in diesem Falle jener Schritt sachlich nur auf eine Demonstration hinauslaufen würde, wie sie den städtischen Behörden in keiner Weise anstünde. Daher schlage die Commission eine motivirte Tagesordnung vor, dahin lautend:

die Stadtverordneten-Versammlung erkennt mit dem Antragsteller an, daß der §. 55 des Polizei-Strafgesetzbuches eine jedes berechtigten Grundes und Zweckes baare Beeinträchtigung des städtischen Verkehrs enthält und geeignet ist, Einheimische wie Fremde unnötig in Conflict mit den Schildwachen zu bringen, auch den hiesigen Verhältnissen den leicht komischen Stempel des Kleinstädtischen aufzuprägen, sie hält das besprochene Verbot jedoch nicht

für erheblich genug, um es zum Gegenstande eines Antrages der städtischen Behörden zu machen, und geht aus diesem Grunde zur Tagesordnung über. Diesem Vorschlage entsprechend beschließt auch die Versammlung. Endlich

VIII. berichtet Herr Aronheim namens der Statutencommission über den Antrag des Herrn Schmidt:

die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, dahin zu wirken, daß die Stadthore fortan während der Nacht nicht mehr geschlossen werden.

Die Commission sei mit den Tendenzen dieses Antrages ebenfalls durchaus einverstanden. Ohne allen Zweifel gereiche es zu schwerer Beeinträchtigung der städtischen Einwohnerschaft, wenn sie Nachts in zwei Theile geschieden werde, während es, wie bekannt, nicht selten die dringendste Nothwendigkeit erheische, daß ungehindert her und hin verkehrt werden könne. Diese Beeinträchtigung sei nun aber um so unerträglicher, als für sie kein anderer Grund angeführt werden könne, wie die Sicherheit der Erhebung der indirecten städtischen Steuern. Denn einestheils müsse dieser Zweck doch auch ohne Unbequemlichkeit für das Publikum mit andern Mitteln zu erreichen sein; andernteils aber werde derselbe auf die jetzt übliche Weise nicht einmal wirklich erreicht, da ein großer Theil der steuerpflichtigen Bevölkerung eben außerhalb der Stadt wohne. Deswegen habe denn die Commission sich dem Antrage des Herrn Schmidt angeschlossen, jedoch eine solche Fassung desselben für wünschenswerth erachtet, daß ihm dadurch eine bestimmte Richtung gegen den unzweckmäßigen Modus der Steuererhebung gegeben werde, und möge die Versammlung demnach den Magistrat ersuchen,

dahin zu wirken, daß der städtische Verkehr nicht durch Maßnahmen der Steuerverwaltung lediglich im Interesse der Steuererhebung insbesondere durch Schließung der Stadthore gehemmt und gestört werde.

Die Versammlung genehmigt diesen Antrag ohne Discussion, und wird hierauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Schließlich erledigte die Versammlung in vertraulicher Sitzung eine Reihe von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortrechts sowie einige Reclamationen gegen die Veranlagung zur Communalsteuer.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 84. Stücke des 1866
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. April 1866.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt erachtet die Herren Nothdurft und Desterreich; verreist Herr Südel.

In Vertretung des Herrn Desterreich eröffnet Herr Häusler die Sitzung. Nachdem das Protokoll vom 8. März d. J. genehmigt ist, wird

auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden die Verwilligung von 25 \mathcal{F} als Beihilfe zur Auswanderung eines Sträflings von der Versammlung ausgesprochen.

Gemäß der Tagesordnung folgt dann

I. der Bericht der Schuldeputation über einen Antrag des Magistrats, den Bau der höhern Töcherschule betreffend.

Herr Vode als Referent theilt mit, daß laut eines Magistratschreibens vom 7. d. M. der in der Sitzung am 6. Juli v. J. gebilligte Plan, wonach ein neues Local für die höhere Töcherschule auf dem Platze der beiden Predigerhäuser zu St. Ulrich erbaut werden sollte, eine Aenderung erlitten habe. Durch die Bedenken nämlich, welche bei den damaligen Verhandlungen geltend gemacht worden, habe der Magistrat sich veranlaßt gefunden, die räumlichen Bedürfnisse der höheren Töcherschule einer wiederholten Prüfung zu unterziehen, und dabei habe sich die Unzulänglichkeit des Areals der beiden Predigerhäuser herausgestellt. Denn hier würde ohne zweckwidrige Beschränkung des Spielplatzes nur ein zur Aufnahme von 300–350 Schülerinnen hinreichendes Haus hergestellt werden können; schon jetzt aber werde die höhere Töcherschule von 300 Schülerinnen besucht, manche habe sie wegen mangelnden Raumes bereits zurückweisen müssen, und so lasse sich denn mit Sicherheit voraussagen, daß bis zur Vollendung des neuen Locals ihre Schülerzahl auf 400 steigen werde. Der Magistrat habe demgemäß von der Erwerbung der beiden Predigerhäuser absehen zu müssen geglaubt, und beabsichtige jetzt, das angekaufte sub Nro. ord. 6 in der Kleinen Burg belegene

Haus zur Töcherschule ausbauen zu lassen, welches dazu von vornherein für sehr passend erkannt worden, bisher aber mit Rücksicht auf das vorwiegende Bedürfnis nach einer dritten Bürgerschule zu deren Aufnahme bestimmt war. Es bleibe nun zwar noch zweifelhaft, wo die letztere definitiv ihren Platz finden werde; indeß sei diese Angelegenheit gegenwärtig nicht mehr so dringlich, nachdem die Einrichtung zweier Klassen in der vormals Pott'schen Schule den überfüllten untern Bürgerschulclassen die wünschenswerthe Erleichterung geschafft habe, in dem ermietheten Hause auf der Steinstraße demnächst weitere Klassen eingerichtet werden können, und so nach und nach die dritte Bürgerschule sich formiren lasse, deren sofortige Einrichtung überdies durch den Mangel an Lehrern unmöglich gemacht werde. Vom Magistrate werde daher beantragt, daß die Versammlung der Anlage des Gebäudes für die höhere Töcherschule auf dem bezeichneten Grundstücke zustimme und 35,000 \mathfrak{R} verwillige, die, mit Ausschluß einiger Nebenanlagen, über welche besondere Mittheilungen in Aussicht gestellt seien, der Plan erfordere. Auf den bei der gleichen Angelegenheit entstandenen Conflict zwischen der Schuldeputation und der Finanzcommission zurückweisend, rechtfertigt der Herr Referent, daß diese Propositionen ausschließlich von ersterer vorberathen worden. Es handle sich hier nicht etwa bloß um eine Sache der Zweckmäßigkeit, sondern um ein unabweisliches Bedürfnis, dessen Befriedigung zudem nicht einmal irgendwelche Schwierigkeiten für den städtischen Haushalt herbeiführen könne. Die Kosten seien im Laufe von zwei Jahren aufzubringen; über die Art und Weise ihrer Beschaffung aber enthalte das Magistratschreiben keinen Nachweis: wäre dies der Fall, so würde die Angelegenheit allerdings auch vor die Finanzcommission gehört haben.

In Betreff des zuletzt berührten Punktes wird von dem Herrn Vorsitzenden daran erinnert, daß die erforderlichen Geldmittel bereits vorhanden, indem durch frühere Beschlüsse der Versammlung 45,000 \mathfrak{R} für Schulzwecke reservirt seien.

Herr Bantler bekennt, daß er nach wie vor der Meinung sei, bei derartigen eingreifenden Geldsachen sollte auch die Finanzcommission nicht ungefragt bleiben, und daß er demnach wünschen müsse, die Versammlung möge sich mehr, als bisher geschehen, über die von Herrn Bode vertretene Auffassung äußern.

Dem entgegen bemerkte der Herr Vorsitzende, daß das Präsidium bei Vertheilung der Vorlagen nach dem Grundsatz verfare, solche, welche technische Fragen berühren, an die betreffenden Commissionen zu verweisen, soweit es deren gebe. Bei den meisten Sachen kommen nun allerdings auch Fragen finanzieller Natur mit ins Spiel, und sofern dieselben Stoff zur Berathung für die Finanzcommission bieten, werde diese gleichfalls hinzugezogen; im vorliegenden Falle jedoch, wie schon bemerkt, sei die finanzielle Frage bereits entschieden gewesen. So sehr nun Redner über das Princip mit Herrn Bantler einverstanden, so müsse er doch wünschen, eine Debatte über diese die Geschäftsordnung berührende Frage für jetzt nicht eröffnet zu sehen, da ohne specielle Vorbereitung auf dieselbe einzugehen kaum zweckmäßig sein dürfte.

Nachdem ferner

Herr Graß den Wunsch ausgesprochen, daß der Magistrat soviel als möglich für Innehaltung des Anslages sorgen wolle, und

der Herr Vorsitzende zu diesem Ende anheimgegeben hat, den Stadtbaumeister anzuweisen, daß er, sobald besondere Umstände eintreten, durch die eine Ueberschreitung unvermeidlich werde, davon Anzeige mache — wird die Debatte geschlossen und von

der Versammlung der vorgelegte Plan genehmigt, auch die Summe von 35,000 \mathcal{P} zu dessen Ausführung verwilligt.

Hierauf

II. berichtet Herr Uhd e als Referent der Finanzcommission über den in einem Schreiben vom 5. d. M. entwickelten Plan des Magistrats zur Erweiterung der Gasanstalt.

Im October v. J. bei Gelegenheit des Voranschlags für den Betrieb der Gasanstalt habe die Versammlung genehmigt, daß mit einem Kostenaufwande von circa 2700 \mathcal{P} weitere Röhrenstränge gelegt werden sollten. Diese Verwendung nun habe nicht statt gefunden. Man sei tiefer in die Verhältnisse der Gasanstalt eingegangen und dadurch zu der Ueberzeugung gelangt, daß an dergleichen Palliativmittel Mühe und Geld verloren wäre, ebenso aber auch daß man sich mit ausreichenden Mitteln versehen müsse, um dem stetig zunehmenden Bedarfe zu genügen und den berechtigten Ausstellungen der Consumenten abzuhelpen. Während nämlich die Zahl derselben zur Zeit der Uebernahme der Gasanstalt seitens der Stadt sich etwa auf 800 belaufen habe, betrage sie jetzt etwa 1200; damals seien jährlich 16 Millionen Cubikfuß Gas verbraucht, jetzt 25 Millionen, und ohne Zweifel werde der Verbrauch sich mit jedem Jahre vermehren. Dieser bedeutende Consum habe aber zur Folge gehabt, nicht allein daß die Röhrenleitungen nicht mehr ausreichen und voraussichtlich selbst nach den früher projectirten Erweiterungen nicht ausreichen würden, um in den entfernteren Stadttheilen das Gas mit dem nothwendigen Drucke ausströmen zu lassen, sondern außerdem auch, daß die meisten Anlagen auf der Gasfabrik wenigstens für den Winterverbrauch nicht mehr genügen. So seien am Tage des höchsten Consums um Weihnachten v. J. 130,000 Cubikfuß Gas erforderlich gewesen, während die Gasometer nur 72,000 faßten, 58,000 also an jenem Tage selbst haben angefertigt werden müssen. Solch überreile Production sei aber unvortheilhaft; nach dem richtigen Verhältniß sollten etwa zwei Drittel des Verbrauchsquantums vorhanden sein und höchstens ein Drittel nachfabricirt werden; überschreite man dies Maas, so geschehe es auf Kosten der Qualität des Fabrikates. — Unter diesen Umständen habe die Aufsichtsdeputation sich veranlaßt gefunden, der Gasdirection zu rathen, daß sie Mittel zur Abhilfe in Vorschlag bringe. Diese Vorschläge seien erfolgt und gebilligt. Sie gehen zunächst auf die Erbauung eines neuen Gasometers von 80 Fuß englisch im Durchmesser und 20 Fuß Höhe, welcher für 100,000 Cubikfuß brauchbaren Gases ausreiche und in Verbindung mit den weitem Apparaten zur Bereitung, Reinigung und Weiterführung des Gases 51,827 \mathcal{P} kosten werde. Um sodann den Klagen über wechselnden und unzureichenden Druck abzuhelpen, werde eine Aenderung an der Hauptzuleitungstour der Röhren in der Weise vorgeschlagen, daß von der Fabrik bis zum Hagenmarkte statt der bisherigen von 10 bis auf 5 Zoll Weite und weniger allmählig abnehmenden Röhren solche von 15 bis mindestens 8 Zoll gelegt werden. Es leide keinen Zweifel, daß Einrichtungen dieser Art unumgänglich nöthig seien, um die städtische Gasanstalt nach allen Seiten nutzbar zu machen; unter der Voraussetzung, daß die Aufsichtsdeputation sich von der Zulänglichkeit der projectirten Maßregeln sowohl zur Fabrication einer hinreichenden Gasmenge, als auch zur Erzielung der erforderlichen Durchlassungsfähigkeit des Röhrensystems überzeugt habe, was nach den mitgetheilten Berechnungen allerdings im vollsten Umfange geschehen zu sein scheine, sei die Commission in der Lage, diese Vergrößerungen zu empfehlen. Und zwar werde man wohlthun, schon im Laufe des bevorstehenden Sommers zur Ausführung zu schreiten und demgemäß nach dem Antrage des Magistrates die zu insgesammt

70,000 fl veranschlagten Kosten ungesäumt zu verwilligen. Zugleich stelle der Magistrat den Antrag, daß der Aufsichtsdeputation überlassen bleiben möge, mit der Direction der Gasanstalt darüber Verfügung zu treffen, welche Arbeiten in diesem, welche in den folgenden Jahren zur Ausführung kommen sollen, und in der That werde den beiden Behörden das Vertrauen zu schenken sein, daß sie in jedem Falle das Zweckmäßigste beschließen werden. Ein dritter Antrag des Magistrats laute dahin, daß die erforderlichen Geldmittel soweit thunlich von den Ueberschüssen der Gasanstalt bestritten, und zu diesem Zwecke die Amortisation bis auf weiteres auf das gesetzliche Minimum von 26 Stadtoobligationen und vier Stück Prioritäten beschränkt werde. Diesen Antrag könne die Commission nicht in seinem ganzen Umfange genehmigen, da nach der bevorstehenden Vermehrung des Anlagecapitals vielmehr auch eine erhöhte Amortisation geboten erscheine. Die Finanzcommission müsse daher empfehlen, die Amortisation nur für die drei nächstfolgenden Jahre auszusetzen, nach deren Verlaufe dann zu erwägen sein werde, wie man weiter operiren wolle. Den vierten Antrag hingegen, wonach diejenigen Summen, welche aus den Ueberschüssen der Gasanstalt einstweilen nicht zu erheben sein möchten, aus der Stadtcasse gegen Verzinsung mit 4% vorgeschossen und demnächst mit eben jenen Ueberschüssen getilgt werden sollen, könne die Commission wiederum nur unbedingt zur Annahme empfehlen.

Die gegen den dritten Antrag des Magistrats seitens der Commission geäußerten Bedenken entkräftet

der Herr Oberbürgermeister Caspari, indem er ausführt, wie es keineswegs so könne angesehen werden, als führe der vom Magistrat vorgeschlagene Tilgungsmodus zu einer Verminderung der Amortisationssumme. Denn die Absicht des Stadtmagistrates laufe im wesentlichen darauf hinaus, die erforderlichen 70,000 fl nicht erst durch eine Anleihe, sondern in der Weise herbeizuschaffen, daß man die jährlichen Amortisationen, wozu bis jetzt die Ueberschüsse der Gasanstalt ganz verwandt worden, auf ihr statutenmäßiges Minimum einschränke und die überschießenden Gelder in diesem und den folgenden Jahren gleich direct zur Bestreitung der Baukosten benutze; falls aber dies nicht ausreichen sollte, das Fehlende aus der Stadtcasse entnehme, und hierauf zu einer ausgedehnteren Amortisation erst dann wieder schreite, wenn alle Kosten getilgt seien. Der Antrag auf Beschränkung dieses Verfahrens auf drei Jahre sei demnach überflüssig.

Herr U h d e erklärt nach dieser Darlegung die Bedenken der Commission für erledigt. Es wird dann zunächst die beantragte Vergrößerung des Röhrensystems zur Debatte gestellt, welche

Herr Leiste mit der Anfrage eröffnet, auf welche Ermittlungen sich die Ueberszeugung stütze, daß die neuen Maßregeln den voraussichtlichen Bedürfnissen auch wirklich genügen werden.

Herr Reuter schildert diese Ermittlungen wie folgt. Das jetzige Röhrensystem der Gasanstalt reiche, wie er dies früher berechnet und bei den Ankaufverhandlungen mitgetheilt habe, für einen jährlichen Gasconsum bis von 25 Millionen Cubiffuß aus; allerdings habe man damals nicht hoffen dürfen, daß schon in dem Betriebsjahre 1866/67 der Consum diese Höhe erreichen werde, was factisch der Fall sei. Gleichzeitig habe sich aber herausgestellt, daß ein größerer Verbrauch ohne Erweiterungen des Werkes nicht beschafft werden könne, wenn nicht die größten Uebelstände hervorgerufen

werden sollten. Da der Gasconsum sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Monate und weiter wiederum auf die einzelnen Tagesstunden vertheile, so habe man, wie schon bemerkt worden, in den kürzesten Tagen vor Weihnachten täglich 130,000 Cubikfuß Gas produciren müssen, von denen während der ersten Abendstunden 16 bis 17,000 Cubikfuß in der Stunde consumirt seien. Während der Druck am Tage bei sehr schwachen Consume zwischen dem Regulator auf der Gasanstalt und der am entferntesten belegenen Laterne nur um eine Linie differire, betrage der Unterschied in Folge des großen Consums in solchen Abendstunden 20 Linien, was natürlich dahin führen müsse, daß, trotzdem namentlich an den tief belegenen Endpunkten fortwährend über zu schwachen Druck, in anderen Stadttheilen über zu starken Druck geklagt werde. — Bei den Berathungen der Deputation sei nach vielfacher Erwägung beschlossen, die Erweiterungen in der Weise vorzunehmen, daß die Anstalt bis zu einem Jahresconsume von 40 Millionen Cubikfuß ausreiche; siehe aber dies fest, dann sei es durchaus kein Kunststück, danach die erforderlichen Dimensionen zu bestimmen, da Tabellen von Barlow, Schilling, Blochmann, deren Richtigkeit überdies von dem Redner selbst constatirt sei, dafür die Anhaltspunkte gewährten. Danach würde ein 12" Hauptrohr ausreichend gewesen sein, die bei einem Jahresconsum von 40 Millionen Cubikfuß auf den kürzesten Tag entfallenden 260,000 Cubikfuß in die Stadt zu führen; aber bei dem verhältnißmäßig sehr großen Umfange derselben und in Berücksichtigung der vielen Abzweigungen, deren Quadratfläche 126,4 Zoll betrage, hätte ein 12" Rohr mit 113 □Zoll Fläche sich um so weniger demnächst vollständig ausnützen lassen, als voraussichtlich bald noch eine weitere 5" Abzweigung nach den Fabriken oberhalb des Gaswerks würde gelegt werden müssen. Dies gestatte das 15" Rohr vollkommen, und würden Druckdifferenzen innerhalb der Stadt, wie sie im letzten Winter unvermeidlich gewesen wären, demnächst erst wieder bei einem stündlichen Gasverbrauche von etwa 45,000 Cubikfuß eintreten. Man dürfe nicht die Zahlen 10 und 15 mit einander vergleichen, sondern die betreffenden Quadratflächen 78,5 und 176,6. Für alle Zukunft zu sorgen sei unmöglich, denn es dürfe, abgesehen von der Verzinsung des Anlagecapitals, auch der sehr geringe Consum in den Sommermonaten nicht unberücksichtigt gelassen werden, wo während des Tages fast gar kein Gas consumirt werde; ein 15" Rohr von 3500 Fuß Länge enthalte schon fast 4300 Cubikfuß Gas; dies verliere an Leuchtkraft und müsse neben den in den Abzweigrohren enthaltenen erst verzehrt sein, bevor frisches Gas aus dem Gasometer an die Brenner gelange. — Aehnlich verhalte es sich mit den Gasometern, von denen man vorläufig den neuen von 100,000 Cubikfuß Inhalt nur für die Wintermonate benutzen werde. Wenn die 3 Gasometer von zusammen 180,000 Cubikfuß, welche einem täglichen Consum von 270,000 Cubikfuß Gas entsprächen, demnächst einmal nicht mehr ausreichen, dann werde man einen vierten bauen müssen. — Da dieser Punkt doch zur Sprache kommen werde, so wolle Redner gleich hier erwähnen, woher es komme, wenn bei einer Anzahl Gasconsumenten trotz der eingetretenen Preisermäßigung die Jahresausgabe für Gas sich nicht vermindert habe. Hauptsächlich habe dies seinen Grund darin, daß seitens der Consumenten von dem früher befolgten Systeme der größten Sparsamkeit mehr und mehr abgegangen werde; häufig sei die Anzahl der Brenner vermehrt, durchschnittlich würden jetzt größere Brenneröffnungen gewählt als früher, und auch die Brennauer vergrößere sich, indem Flammen, wenn sie momentan nicht, aber bald wieder gebraucht werden sollten, gleich brennend gelassen und höchstens etwas einge-

schraubt würden; dazu komme, daß, wie es überhaupt absolut dichte Gasleitungen nicht gebe, durch den längeren Gebrauch die Gasverluste in den Privatleitungen, namentlich an solchen Stellen, wo das ausströmende Gas sich durch den Geruch nicht verrathen könne, mit der Zeit größer würden, wie denn überhaupt bei gleichem Drucke und gleich großer Oeffnung unverbranntes Gas in größerer Menge entweiche, als wenn dasselbe beim Ausströmen verbrannt werde. Allerdings habe, weil man, um den Anforderungen der entfernt wohnenden Consumenten einigermaßen zu genügen, genöthigt gewesen sei, den Druck bis auf 24 Linien zu verstärken, dadurch für diejenigen unter den dem Werke näher wohnenden Consumenten, welche sich dagegen nicht durch theilweise Verschließung des Hauptzuleitungshahns geschützt hätten, ein Mehrverbrauch von Gas, zugleich aber auch ein Empfang helleren Lichtes stattgefunden. Die hier eingeführte Controle biete den Consumenten eine Garantie, wie sie sich in keiner andern Stadt finde, dadurch sei aber auch constatirt, daß das Gaswerk seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachkomme, ja häufig Gas von noch besserer Beschaffenheit liefere als erforderlich sei. Zu allem Ueberflusse ergebe denn auch der Gasverbrauch der größeren Consumenten, bei denen keine Erweiterung der Anlage stattgefunden habe, daß die Jahresausgabe der Preisherabsetzung entsprechend sich vermindert habe, wofür Redner eine Anzahl Beispiele anführt.

Auf die Anfrage des Herrn Graß, woher das häufige Qualmen der Gasflammen zu erklären sei,

erwidert Herr Reuter: Das Steinkohlen-Leuchtgas sei keine bestimmte Verbindung, sondern ein Gemenge von verschiedenen leuchtenden und nicht leuchtenden Gasen. Wenn das hiesige Gas namentlich bei Anwendung von Argandbrennern und bei zu starker Ausströmung ruffe, so werde dies lediglich durch die gute Beschaffenheit desselben in Bezug auf seine hohe Leuchtkraft herbeigeführt. Das hier fabricirte Gas enthalte Gaygas (schweres Kohlenwasserstoffgas) in sehr großer Menge; dies sei zusammengesetzt aus 4 Aequivalenten Kohlenstoff und 4 Aequivalenten Wasserstoff. Die Lichtentwicklung einer Flamme beruhe auf dem Umstande, daß der Kohlenstoff aus der Kohlenwasserstoffverbindung ausgeschieden werde und momentan zum Glühen gelange; werde nun durch zu starken Druck ein zu großes Quantum Gas aus den Brenneröffnungen hervor getrieben, so gelange der Kohlenstoff nicht alle resp. nicht vollständig zum Glühen und Verbrennen, und dadurch werde das Ruffen veranlaßt, welches sofort zu beseitigen sei, wenn der Gaszufluß mittelst des Stellsahnes für den betreffenden Brenner richtig regulirt werde.

Herr Leiste ist der Meinung, daß bei dem vorliegenden Plane noch mehr Punkte als Herr Reuter in seiner Ausführung berührt habe, in Frage kommen, und vermisse namentlich auch jeden Nachweis darüber, welche Sicherheiten vorhanden seien, daß die angeforderten 70,000 \mathcal{F} ausreichen werden. Je weniger aber die Versammlung sich in der Lage fühlen könne, über dies Alles ein selbstständiges Urtheil zu haben, desto größer sei das Bedürfnis, eine fremde Autorität zu Rathe zu ziehen, und beantrage er daher,

vor Bewilligung des Planes erst noch einen andern Techniker zu hören.

Dagegen vertreten die Herren Bantler und Kahlert die Ansicht, daß die langjährigen Erfahrungen des technischen Directors der Gasanstalt in Verbindung mit der Information durch die Schriften bedeutender Gas Techniker bei den in Rede stehen-

den Anlagen eine hinreichende Gewähr bieten und die Zuziehung eines auswärtigen Sachverständigen überflüssig machen.

Dem schließt sich auch der Herr Oberbürgermeister Caspari an. Der Auffichtsc ommission seien alle einschläglichen Verhältnisse vorgelegt und namentlich darüber weitläufig mit ihr verhandelt worden, in welcher Ausdehnung die neuen Anlagen stattfinden müssen. Allerdings liege es auf der Hand, daß der Consum nicht in der bisherigen Progression steigen werde; immerhin jedoch habe man zu erwägen gehabt, daß es, zumal bei der erheblichen Zunahme von Fabrikanlagen in hiesiger Stadt, nicht zweckmäßig sei, solche Aenderungen zu treffen, welche möglicherweise nicht für eine längere Reihe von Jahren ausreichen könnten. Zur Prüfung der Frage, ob die projectirten Maßnahmen über diese Befürchtung hinaussetzen, sei Alles geschehen, was geschehen könne. Zwar gehöre nun immer noch eine Vermehrung des Consums über das angenommene Maß hinaus zu den Möglichkeiten; allein hierauf bei den neuen Anlagen rechnen wollen, heiße nur einen nutzlosen Aufwand veranlassen, da die Größe der Gasometer und die Weite der Röhren zu dem thatsächlichen Consum in einem bestimmten limitirten Verhältnisse stehen müsse. Diese Prämissen aber als richtig anerkannt, seien die übrigen technischen Fragen sehr einfach: man habe, wie bereits Herr Reuter erwähnt, zu ihrer Lösung vollständige Tabellen, die Jeder, auch der Nichttechniker, zu übersehen vermöge; und außerdem habe die Stadt ja einen Techniker, der seit Jahren mit Erfolg wirksam gewesen sei. Wollte man bei der bevorstehenden Vergrößerung einen Fremden zu Rathe ziehen, so würde dies ein Mißtrauensvotum und ebenso unmotivirt sein, als wenn man etwa die Anschläge des Stadtbaumeisters einer Superrevision zu unterwerfen gedächte. Zu dem Allen komme dann noch, daß dem Fremden keine andere Mittel der Erwägung zu Gebote stehen würden, als den Einheimischen. Endlich aber, wie schon im Schreiben des Magistrats hervorgehoben sei, dulde die Angelegenheit auch keinen Aufschub mehr.

Herr Leiste zieht hierauf seinen Antrag zurück, indem er erläuternd bemerkt, daß seine Absicht nicht gerade auf Hinzuziehung eines Fremden gerichtet gewesen sei, sondern daß er es für genügend würde gehalten haben, wenn etwa der Ingenieur Claus um seine Mitwirkung angegangen wäre.

Hiermit schließt die Debatte, und werden dann zunächst die Propositionen hinsichtlich des Umfangs der neuen Anlagen, und weiter ohne Discussion auch die übrigen damit in Verbindung stehenden Anträge des Magistrats von der Versammlung angenommen.

Ferner genehmigt dieselbe

III. auf den Bericht des Herrn Overlach als Referenten der Finanzcommission die vom Magistrate in einem Schreiben vom 17. März d. J. empfohlene Pro- longation resp. den Neuabschluß verschiedener Contracte über die unter dem Schulgebäude östlichen Bezirks belegenen Kellerparzellen und über die zu demselben Hause und zum Schulhause westlichen Bezirks gehörigen Wiesen,

sowie

IV. auf den Bericht, welchen Herr Leiste ohne commissarische Vorberathung erstattet, gemäß dem Antrage des Magistrats vom 13. März d. J. die Erhebung eines Processus wegen der aus einem Testamente an die Armen- und Begebesserungs- Cassé geseklich zu entrichtenden, aber auf Grund freiwilliger Legate an das Blinden- und Taubstummens-Institut verweigerten Abgabe.

V. In einem Schreiben vom 26. März d. J. beantragt der Magistrat, die Revision der Salzbücher der hiesigen Einwohner für das verflossene Jahr nicht eintreten zu lassen, in Erwägung, daß dieselbe sehr zeitraubend und mühevoll ist, und für dies Mal — da am Schlusse vorigen Jahrs der Salzvorath sowohl in der Herzoglichen Niederlage als auch bei den Salzsellern notorisch erschöpft gewesen sei, und hierin alle Diejenigen, welche zu wenig Salz entnommen haben, einen unverwerflichen Entschuldigungsgrund suchen würden — auch ohne alle practische Wirkung bleiben müßte; in Anbetracht ferner, daß durch das Gesetz vom 1. October 1865 die den Gemeinden auferlegte Verpflichtung zur Entnahme eines bestimmten Salzquantums nunmehr aufgehoben sei, und die Stadt für den vorjährigen Ueberschuß ihres Consums so schon die gesetzliche Vergütung von 2005 fl 13 gr 5 d aus Herzoglicher Haupt-Steuer-casse zu empfangen habe.

Die Salzveranlagungscommission, für welche Herr Kloss berichtet, ist mit diesem Vorschlage einverstanden, und wird demnach der Antrag des Magistrats von der Versammlung genehmigt.

Nachdem endlich VI. auf den durch Herrn Bautler namens der Finanzcommission erstatteten Bericht die Versammlung den Ankauf einer Partie braunschweigischer und hannoverscher Münzen und Medaillen für das städtische Museum zu 97 fl 10 gr genehmigt hat, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung erlediigte die Versammlung eine Reclamation wegen zu hoher Veranlagung zur Communalsteuer und eine Reihe von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 109. Stücke des 1866
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o. 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. Mai 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Ding, Grass, Kellner, Mattenklott und Bieweg.

Nachdem die Sitzung durch den Herrn Landsyndicus Desterreich eröffnet und das Protokoll vom 12. April genehmigt ist, spricht Herr Häusler im Namen der Versammlung, welche sich gleichzeitig von ihren Sitzen erhebt, die Freude darüber aus, den Herrn Vorsitzenden nach so langer Unterbrechung seinen Platz wieder einnehmen zu sehen;

worauf Herr Desterreich mit dem Ausdrucke seines Dankes für dies Zeichen von Theilnahme an den Bedrängnissen, die ihn betroffen, antwortet.

Gemäß der Tagesordnung wird dann I. den Magistratsanträgen entsprechend auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden beschloffen, die Auswanderung zweier gemeindeangehörigen Sträflinge mit je 25 fl zu unterstützen;

und schreitet die Versammlung hierauf II. zur Wahl zweier Deputirten zum diesjährigen Militäraushebungstermine

welcher laut der betreffenden Aufforderung des Magistrats vom 20. v. Mts. auf den 27.—30. August angesetzt ist. Es werden dazu die Herren Rischbieter, Quenstedt und Rothdurst, letzterer event. als Stellvertreter, bestimmt.

III. Um dem neuen Gymnasialgebäude eine grade, an die Nachbarhäuser anschließenden Fluchtlinie zu geben, muß — wie ein Schreiben des Magistrats vom 30. v. Mts. mittheilt — auf der Breitenstraße eine Einbuchtung von 225 □Fuß zu dem Bauterrain abgetreten werden, wogegen auf der Scharrenstraße 1322 □Fuß jenes Areals zur Straße fallen. Von der Bauherrschaft ist vorgeschlagen, diesen Austausch unentgeltlich vorzunehmen, und ist damit der Magistrat wie das Stadtbauamt einverstanden.

Auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden, welcher hervorhebt, daß ohne Nachtheil für die Beschaffenheit der beiden Straßen die vorgeschlagene Regulirung nicht zu umgehen sei, auch das Trottoir und die Gassenlinie dadurch keinerlei Veränderung erleiden werde, ertheilt auch die Versammlung ihre Genehmigung zu dieser Maßregel.

Ferner

IV. berichtet Herr Schmidt für die Finanzcommission auf Anlaß eines Magistrats-Schreibens vom 15. v. Mts., daß die Anwohner des vom Salzdaßlumer Wege nach dem Biewegschen Garten hin abweigenden Weges an den Magistrat das Gesuch gerichtet haben, diesen Weg chaussiren zu lassen und zum Communalwege zu erheben. Nach dem Gutachten des Kreisbaumeisters Götter werden die Kosten der Chaussirung dieser Strecke 320 ₧, die ferneren Unterhaltungskosten 10 ₧ jährlich betragen. Der Magistrat habe nun mit der altenwieker Interessentenschaft und mit den Anwohnern Unterhandlungen angeknüpft, in Folge deren seitens der Anwohner ein Mal für alle ein Beitrag im Belaufe von 75 ₧ zugesagt sei, die Feldmarks-Interessentenschaft aber sich bereit erklärt habe, außer einem Drittel der Herstellungskosten mit 106 ₧ 10 gr auch den nach dem Anerbieten der Anlieger entstehenden Ausfall am zweiten Drittheil zu tragen. Der Magistrat proponire nun, das dritte Drittheil auf die Stadtcasse zu übernehmen und diesen Weg zum Communalwege zu machen, da längs desselben bereits 7 Wohnhäuser belegen seien und noch mehrere zweifelsohne in nächster Zeit entstehen werden, zugleich aber auch die erleichterte Communication mit den dahinter liegenden Sand- und Kießgruben bei den häufigen Neubauten in hiesiger Stadt im Interesse des Publicums liege. — Aus diesen Gründen müsse denn auch die Commission den Wunsch der Anwohner theilen und demnach der Versammlung empfehlen, daß sie der Pro-

position des Magistrats zustimme, dabei jedoch an diesen das Ersuchen richte, die zugesagten Beiträge sofort einzuziehen.

Dem schließt sich die Versammlung an.

V. Einen gleichen Antrag hinsichtlich des Madamenweges stellt ein Schreiben des Magistrats vom 21. v. Mts.

Nach dem gerichtlichen Vergleiche vom 6. Mai 1841 wären die Interessenschaften der Hohe- und Altpetrithors-Feldmarken sammt den Besitzern der Sack-scharrenländerei zur Unterhaltung dieses Weges verpflichtet. Auf eine dahin zielende Aufforderung des Magistrats jedoch ist von denselben beantragt worden, den Weg bis zur neuerbauten Ziegelfabrik unter die Zahl der städtischen Communalwege aufzunehmen, und auf Kosten der städtischen Wegebaucasse chaussiren zu lassen. Im weitem Verfolge ist dann unter allen Betheiligten eine Einigung dahin erzielt, daß event. die beiden Feldmarksinteressenschaften und die meistinteressirten Privaten zusammen 3255 fl zu den auf 5165 fl 16 gr 3 d veranschlagten Herstellungskosten beizutragen sich erbieten haben, so daß 1910 fl 16 gr 3 d aus der städtischen Wegebaucasse beige-steuert werden müßten. In Anbetracht daß dieser Weg vermöge der ansehnlichen Zahl von Wohnhäusern und Etablissements, welche daran schon belegen ist und nach erfolgter Chaussirung voraussichtlich noch zunehmen werde, sich wohl zur Aufnahme unter die städtischen Communalwege qualificire, spricht sich der Magistrat für die Genehmigung des beantragten Arrangements aus, und schließt sich dem die Finanz-Commission, deren Referent Herr Jüdel ist, gleichfalls an, jedoch unter dem Vorbehalte, daß mit der Chaussirung nicht eher begonnen werde, als bis die in Aussicht gestellten Beiträge erhoben seien.

In diesem Sinne beschließt auch die Versammlung.

Für die Finanzcommission berichtet ferner

VI. Herr Bantler über ein Magistrats-schreiben vom 1. d. Mts. die Uebnahme der von dem Eigenthümer des neuen Gurgartens am Monumentsplaze angelegten Fontainen seitens der Stadt.

Derselbe hat sich nämlich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, das während der Curzeit in den täglichen Trinstunden zur Speisung der Fontainen erforderliche Wasser aus der Stadtwasserkunst unentgeltlich zu liefern, und sich dagegen erbieten, der Stadt sein Eigenthumsrecht an den Fontainen abzutreten und selbige zur freien Verfügung zu überlassen, damit sie auch zu andern Tageszeiten zum Vergnügen des Publicums in Betrieb gesetzt werden können. Die Herzogliche Baudirection hat sich bereit erklärt, die Genehmigung dieser Cession bei Herzoglichem

Staats-Ministerium zu befürworten, und ist daher der Magistrat geneigt, in die Rechte und Verbindlichkeiten des jetzigen Eigenthümers einzutreten.

Seitens der Commission wird anerkannt, daß die fragliche Anlage, obwohl ursprünglich einer Privatspeculation dienend, zugleich doch auch den Wünschen des Publicums entgegenkomme, und daß demgemäß das der Stadt gemachte Anerbieten vom Standpunkte des öffentlichen Interesses wohl in Erwägung gezogen zu werden verdiene. In Uebereinstimmung mit dem Votum der Commission beschließt demnach die Versammlung dasselbe sammt der daran geknüpften Bedingung anzunehmen.

Endlich erhält Herr Aronheim das Wort zur Motivirung eines selbstständigen Antrages.

Der Herr Antragsteller weist zunächst darauf hin, daß der in der Sitzung am 14. September v. J. gefaßte Beschluß: falls nicht binnen Jahresfrist die Regulirung der Ockerkanäle befriedigend erledigt werden sollte, die der Stadt zustehenden Rechte an diesen nachdrücklichst geltend zu machen, die beabsichtigte Wirkung nicht gehabt habe, während andererseits unmöglich zu verkennen sei, daß, wie die Sache jetzt liege, nach zwei Seiten hin eine erhebliche Gefahr daraus erwachsen müsse. Einmal nämlich drohe eine vollständige Anarchie in der Behandlung dieses Gegenstandes einzureißen, indem trotz aller von Seiten der Stadt erhobenen Proteste, die Herzogliche Baudirection nach wie vor mit willkürlichen Einschüttungen fortfahre: ein Vorgehen, welches den Ansprüchen der Stadt schließlich vollendete Thatfachen entgegenstellen werde. Sodann aber werden, nach Erklärung des ärztlichen Collegiums, wenn der jetzige Zustand der Ockerkanäle während der wärmeren Monate derselbe bleibe, für den Gesundheitszustand der städtischen Bevölkerung überall die größten Nachtheile entstehen, vollends aber beim Herannahen der Cholera das Schlimmste zu befürchten sein. Diesen Aspecten gegenüber liege den städtischen Behörden die dringliche Verpflichtung ob, die Regulirung der Ockerkanäle möglichst schnell in die Hand zu nehmen. An eine genügende Speisung derselben könne bei der Stellung, welche die Baudirection zur Neustadtmühle einnehme, nicht mehr gedacht werden, auch werde die einfache Herstellung des alten Zustandes schon durch die beiden Schützen am Dummelplatze und am Bahnhofe unmöglich gemacht. Es entstehe daher nunmehr die Frage, ob die Stadt mit der Herzoglichen Staatsregierung in Verhandlungen zur Wahrung ihrer Rechte eintreten, oder den Rechtsstandpunkt aufgeben und eine Verständigung über die geplante Einengung der Canäle anbahnen solle. Ersteres werde seine Schwierigkeiten haben, da der Ursprung der in Betracht kommenden beiderseitigen Rechte sehr dunkel sei, falls also eine Gini-

ging nicht erzielt würde, ein äußerst langwieriger Rechtsweg zu beschreiten wäre, überdies aber auch im ungünstigsten Falle es keine Bedenken für die Stadt haben müßte, die ganze Regulirung allein in die Hand zu nehmen. So empfehle sich denn am meisten noch der andere Weg. Auf diesem aber mit möglichster Beschleunigung vorzugehen scheine durch die vorhin entwickelten Umstände dringend geboten, und wolle Redner zu diesem Ende damit den Antrag einbringen:

die Versammlung wolle eine Commission von drei Mitgliedern ernennen, die in Verbindung mit einem oder einigen Mitgliedern des Stadtmagistrats die sofortige Regulirung der Canalfrage unter Beiladung und Mitwirkung Herzoglicher Polizeidirection in Angriff nehmen und über ihre Thätigkeit und die durch dieselbe erzielten Resultate binnen sechs Wochen Bericht zu erstatten habe.

Es solle damit durchaus nicht den städtischen Behörden die definitive Entscheidung entzogen, wohl aber diese Angelegenheit soweit gefördert werden, daß erstere bloß noch Ja oder Nein zu sagen haben.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari. Es sei nicht seine Absicht gegen den Antrag des Herrn Aronheim Einwendungen zu erheben; nur dasjenige wolle er anführen, was in letzterer Zeit seitens des Magistrats in dieser Sache geschehen sei. Nachdem die Versammlung die bekannten Beschlüsse gefaßt, habe der Magistrat dieselben der früher eingesetzten Commission mitgetheilt und gleichzeitig an Herzogliche Polizeidirection das Ersuchen gerichtet, darauf halten zu wollen, daß inzwischen keine Veränderungen am Zustande der Okeranäle und namentlich keine Einschüttungen mehr vorgenommen würden. Von der Commission sei dann ein Bericht an Herzogliches Staats-Ministerium ergangen, worin sie sich mit den Propositionen der Stadtverordneten einverstanden erklärt und selbige zur Entscheidung gestellt habe. In seiner Resolution hierauf habe Herzogliches Staatsministerium sich im Allgemeinen zustimmend ausgesprochen, vor bestimmter Erklärung im Einzelnen jedoch einen speciellen Plan und Anschlag gefordert. Zur Aufstellung eines solchen habe die Herzogliche Baudirection denn auch Auftrag erteilt, und werde seitdem daran gearbeitet. Der Magistrat habe nun bisher keine Veranlassung gefunden, auf Beschleunigung dieser Arbeit anzutragen, da im Verhältniß zu derselben der inzwischen verflossene Zeitraum immerhin nur kurz sei. Seitdem aber auf's Neue Verschüttungen des Okerkanals vorgekommen, habe der Magistrat die Baudirection ersucht, dieselben zu säubern. Was nun die zunächst vorzunehmenden Arbeiten betreffe, so habe die Polizeidirection angedeutet, daß während dieses Sommers eine Ausbringung in der Weise solle vorgenommen werden, daß der Morast nicht, wie bisher, um behufs der Abführung zu trocknen außerhalb der Okerbette angehäuft,

sondern in diesem selbst zur Seite geschafft und mit Gras besaamt werde, um so gleich als Material zur Kanalverengung zu dienen. Hiergegen aber habe der Magistrat Einsprache erhoben und auf Beschleunigung des eigentlichen Planes gedrungen. Doch werde die in Aussicht genommene Commission auch hierüber gleich berathen können, und ohne Zweifel werde es sehr zweckmäßig sein, solche specielle Prüfung einzelner Punkte vorzunehmen.

Herr Leiste bemerkt dagegen, daß, wie er den Antrag des Herrn Aronheim aufgefaßt habe, der Commission kein definitives Votum beigelegt werden solle, eine Entscheidung also über den Vorschlag der Polizeidirection nicht zu ihren Competenzen gehören könne.

Herr Aronheim constatirt, daß er allerdings nicht die Absicht habe, für die von ihm beantragte Commission ein Votum in Anspruch zu nehmen, welches den Prärogativen der städtischen Behörden zuwiderlaufen könnte. Gleichwohl müsse er es mit dem Herrn Oberbürgermeister für sehr zweckmäßig ansehen, wenn derselben etwa die Vollmacht erteilt werde, die projectirte Schlammanhäufung, sofern sie dienksam erscheine, an dem betreffenden Stellen sofort in Angriff nehmen zu lassen. Es werde dies nicht nur ein Mittel sein, die ganze Angelegenheit zu beschleunigen, sondern auch eine Gelegenheit, einzelne Theile des Planes in gehörige Ueberlegung ziehen, und sich darüber zu verständigen.

Während Herr Leiste wünscht, daß auf alle Fälle zuvor erst noch die Versammlung befragt werde, geben der Herr Vorsitzende und die Herren Flügge und Uhde anheim, der Commission das Vertrauen zu schenken, ohne welches sie nicht vortheilhaft thätig sein könne, und namentlich auch zu berücksichtigen, zu wie schädlicher Verzögerung der Anspruch, über jede einzelne Frage in der Versammlung zu entscheiden, nothwendig führen müsse.

Auf den Wunsch des Herrn Leiste, daß im Hinblick auf die in's Spiel kommenden sanitätischen Interessen zu den Verhandlungen der Commission auch der Stadtphysicus gezogen werden möge, erklärt Herr Aronheim sich einverstanden, daß in seinem Antrage nach den Worten: „unter Mitwirkung Herzoglicher Polizeidirection“ eingeschaltet werde: „und eines medicinischen Sachverständigen.“

Nachdem schließlich gegen Herrn Nies, welcher sich gegen die vorgeschlagene Schlammanhäufung aus dem Grunde erklärt, weil nicht durch den Schlamm, sondern durch zu lange Stagnation das Wasser verderbe, diese aber zu verhüten die bereits zu Gebote stehen-

den Anlagen ausreichen, der vorgebliche Nothstand in dieser Angelegenheit also überhaupt nicht bestehe,

Herr Aronheim sich auf das Urtheil Sachverständiger berufen und der Versammlung die Entscheidung zwischen den beiden entgegenstehenden Meinungen anheim gegeben hat,

wird die Debatte geschlossen, der Antrag des Herrn Aronheim demnächst von der Versammlung angenommen, und werden hierauf die Herren Aronheim, Bode und Häusler in die beantragte Commission berufen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In vertraulicher Sitzung werden alsdann die Reclamation gegen eine Veranlagung zur Communalsteuer und eine Reihe von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts erledigt.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 139. Stücke de 1866
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. Juni 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Graß, Födel, Kellner, Overlach.

Nachdem der Herr Landshyndicus Desterreich die Sitzung eröffnet und die Versammlung beschlossen hat, das erst am heutigen Tage veröffentlichte Protocoll in der nächsten Sitzung zu erledigen, berichtet

vor Beginn der Tagesordnung

der Herr Vorsitzende über ein Magistrats Schreiben vom 14. d. Mts. betreffend den Verkauf der der Interessentenschaft der Gieseler-Wasserkunst gehörigen Grundstücke.

Dieselben sind zusammen für 8400 R veräußert worden, nachdem zuvor wegen gewisser für das Haus sub N^o 536 am Wilhelmithore geltend gemachter Gerechtsame eine Regulirung stattgefunden hatte. Da die Stadt als Eigenthümerin des vormalig auf dem jetzigen Bankplatze belegenen Hauses »zur Stadt Hamburg« an den bezeichneten Grundstücken participirt, so ergeht an die Versammlung der Antrag, sich sowohl mit dieser Regulirung als auch mit der Zuschlagsvertheilung einverstanden zu erklären, indem bemerkt wird, daß die übrigen Interessenten, besonders die theilhaftigen Vor- und Nachbarn, ihre Zustimmung bereits ertheilt haben.

Die Versammlung beschließt die Abgabe zustimmender Erklärungen.

Es folgt dann,

von Herrn Bode erstattet, der Bericht der in voriger Sitzung auf Antrag des Herrn Aroaheim eingesetzten Specialcommission über die Frage wegen Canalisirung der Okerarmie innerhalb der Stadt.

Der Herr Referent theilt mit, daß diese Commission inzwischen mit zwei Mitgliedern des Magistrats, zwei Mitgliedern der Baudirection, zwei Baumeistern, einem Mitgliede des Sanitätscollegiums und dem Polizei-Director conferirt habe. In dieser Versammlung sei man städtischerseits zunächst von der Anfrage ausgegangen, ob der Canalisirungsplan, wie er nach Maßgabe der Beschlüsse vom 14. September v. J. in Aussicht genommen, nummehr ausgearbeitet sei. Hierauf habe Herzogliche Baudirection unter Berufung auf den Umfang der erforderlichen Arbeiten die Erklärung abgegeben, daß derselbe vor Ablauf d. J. kaum zur Vorlage gelangen dürfte, und daß technische Gründe es unthunlich machen, ihn etwa in Abtheilungen auszuarbeiten und vorlegen zu lassen. Weiter sei dann durch die Commission die Frage aufgeworfen, ob die Ursache der vorhandenen Unzuverlässigkeiten des Okerbettes in der Neustadtmühle gesucht werden müßten. Dies habe Herzogliche Baudirection auf das entschiedenste in Abrede gestellt, und zum Beweise angeführt, daß, obwohl im vorigen Sommer nur mit Dampf gemahlen, die Wassermenge dennoch zur Speisung der Canäle weitaus ungenügend geblieben sei, da der Wasserzufluß in der Heyezeit nur 34–36 Cubiffuß in der Sekunde betrage. Es werde deshalb auch in diesem Sommer nur mit Dampf gemahlen werden. Nachdem so die definitive Regelung der Angelegenheit in die Ferne gerückt erschienen, die einfache Rückkehr zu den früheren Verhältnissen als nutzlos dargethan worden, sei der schon bekannte dritte Plan zur Sprache gekommen und von Polizeidirection und Baudirection dringend befürwortet: die Einengung der offenen Gräben durch den beiseit zu schaffenden Schlamm des Bettes, durch Aufschüttung von Bauschutt u. s. w. und die Befamung der so entstehenden neuen Ränder mit Gras. Allerdings habe die Mehrzahl der Commission und des Magistrats wenig Neigung gezeigt, auf diesen Plan einzugehen, und zwar einmal aus der Beforgniß, daß nach Ausführung desselben die Canalisirung überhaupt nicht mehr in Anregung kommen werde. Hierüber sei man seitens der Baudirection durch die Zusicherung beruhigt worden, die projectirte Maßregel solle nur als ein Provisorium betrachtet werden. Einen andern Grund der Abneigung gegen dieses Project habe die Commission, in der Möglichkeit gefunden, daß dasselbe der Anlage verdeckter Canäle hinderlich sein könnte, sofern diese etwa an anderer Stelle geführt werden müßten, als wo die durch die Einengung hergestellten Gräben laufen. Auch hierüber jedoch habe die Baudirection beruhigende Erklärungen dahin abgegeben, daß falls diese Voraussetzung zutreffen sollte, die vorhandenen Canäle gleichwohl als Ableitungsgräben zur Erhaltung des Wasserlaufs unentbehrlich, und die Ansammlung von Verschüttungsmaterial die beste Vorbereitung zur Canalisirung sein würde. Endlich sei gegen das Provisorium geltend gemacht, daß die Veränderungen wie sie jetzt am Kuhfäutchenplatze vor Augen liegen, keineswegs für genügend angesehen werden können. Dies habe man andererseits zugegeben, zugleich aber die Zusicherung gemacht, daß die dortigen Arbeiten nur als ein Anfang zu betrachten seien, und daß namentlich auch beabsichtigt werde, die Seiten des verengten Okerbettes beträchtlich höher aufzubringen. Inzwischen habe Herzogliche Polizeidirection unablässig und nachdrücklichst darauf gedrungen, daß etwas geschehe, um den begründeten Anforderungen der Anwohner der Okeranäle gerecht zu werden: die intendirte Maßregel aber werde in dieser Beziehung schon manches leisten, wie denn auch der anwesende Medicinalbeamte erklärt habe, daß schon durch Ausführung dieses Projects eine wesentliche Besserung des jetzt Gefahr drohenden Zustandes erreicht sein werde. Unter diesen Umständen habe man sich endlich dahin geeignet, daß das begonnene Verfahren fort-

gefezt, Herzoglicher Baudirection also die Befugniß eingeräumt werde, Verschüttungen in den Ockeranälen vornehmen zu lassen, jedoch nur nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

- 1) Herzogliche Baudirection wird mit Herzoglicher Polizei-Direction sich darüber in Einvernehmen setzen, an welchen Stellen der Ockeranäle aus sanitäts-polizeilichen Rücksichten eine Abänderung des bestehenden Zustandes derselben sich am nothwendigsten zeigt, und danach die vorzunehmenden Verfüllungsarbeiten ausführen lassen.
- 2) Bei diesen Verfüllungsarbeiten wird als feststehender Grundsatz aufgestellt, daß dieselben nicht, wie bisher, an den verschiedensten Stellen der Ockeranäle willkürlich vorgenommen werden; es ist vielmehr eine bestimmte Strecke der Canäle zunächst in Angriff zu nehmen, und erst dann, wenn diese soweit als es in sanitätspolizeilicher Hinsicht nothwendig erscheint, verfüllt und in einen Zustand versetzt ist, in welchem dieselbe bis zur definitiven Regulirung bleiben kann, zu einer andern Strecke überzugehen.
- 3) Bevor mit den Verfüllungsarbeiten auf einer bestimmten Strecke begonnen wird, wird Herzogliche Baudirection dem Stadtbauamte den für die beabsichtigten Arbeiten entworfenen Plan, welcher namentlich die Richtung der vorzunehmenden Verfüllungen, die Breite und Höhe derselben, deren Befestigung u. s. w. enthält und durch Zeichnung thunlichst zu erläutern ist, zur Genehmigung vorlegen lassen.
- 4) Die sämmtlichen Arbeiten werden auf alleinige Kosten der Herzoglichen Bau-casse ausgeführt, Beiträge der Stadt dazu nicht beansprucht.
- 5) Herzogliche Baudirection wird die vorzunehmenden Verfüllungsarbeiten so anordnen, daß dadurch die definitive Regulirung der Ockeranäle in der beabsichtigten Weise nicht gehindert oder erschwert wird, erkennt an, daß durch die Zustimmung der städtischen Behörden zur Vornahme dieser interimistischen Verfüllungsarbeiten, das rücksichtlich der Ockeranäle bestehende Rechtsverhältniß in keiner Hinsicht verändert wird und die der Stadt, rücksichtlich jener Canäle zustehenden rechtlichen Befugnisse nicht beeinträchtigt werden, und verpflichtet sich endlich, jede zur Ausführung des definitiven Plans nothwendige Veränderung an den jetzigen Verfüllungsarbeiten auf alleinige Kosten der Herzoglichen Bau-casse beschaffen zu lassen.
- 6) Herzogliche Baudirection wird dafür Sorge tragen, daß die Vorlegung des Plans zur definitiven Regulirung der Ockeranäle möglichst beschleunigt werde, insbesondere aber, insoweit solches technisch ausführbar erscheint, es veranlassen, daß der Plan, vom Einflusse der Ocker in die Stadt an gerechnet, in geeigneten Abtheilungen aufgestellt und vorgelegt werde, damit mit den Anliegern wegen Uebernahme der Canalisirungs- und Verfüllungsarbeiten verhandelt werden kann und diese zur Mitwirkung bei der Ausführung des Plans baldigst herangezogen werden.

Diese Bedingungen seien der Baudirection mitgetheilt worden, worauf diese unter Annahme derselben ihre Stellung nochmals ausdrücklich in dem Sinne präcisirt habe, daß sie in der vorläufigen Herstellung von offenen Gräben lediglich ein Präparatorium für die spätere Ausführung eines Systems unterirdischer Canäle erblicke. Nach diesem

allen könne die Commission auch der Versammlung nur empfehlen auf den beregten Plan einzugehen.

Da auf die Anfrage des Herrn *Leiste*: wieweit bei der Ausführung dieses Plans der Stadtbaumeister gehört werden solle?

Herr *Häusler* berichtet, daß dessen Zustimmung in dem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters an die Baudirection ausdrücklich zur Bedingung gemacht worden, die Baudirection aber keine über ein Gutachten hinausgehende Mitwirkung des städtischen Sachverständigen zugestanden habe, was allerdings den Bestimmungen der Bauordnung entspreche,

so hält Herr *Leiste* für geboten, hiergegen zu protestiren und zur Verhütung möglicher Willkür der Herzoglichen Baudirection eine entscheidende Stimme für den Stadtbaumeister zu fordern.

Dagegen hält Herr *Arnheim* diesen Punkt für nicht geeignet, um nochmalige Verhandlungen zu veranlassen und darüber die noch gegebene, allem Anschein nach nur kurz bemessene Frist bis zum Eintritt einer dringenden Gefahr für Leben und Gesundheit der hiesigen Einwohner zu versäumen, und dies um so weniger, als nach der Bauordnung die letzte Entscheidung auf keinen Fall bei den städtischen Behörden, sondern bei Herzoglichem Staatsministerium stehe, ein wesentlicher Unterschied also nicht dadurch erzielt werden könnte, wenn dem Stadtbaumeister etwa ein Veto beigelegt würde.

Dieser Ansicht schließt sich der Herr Vorsitzende an, indem er darauf hinweist, wie das Stadtbauamt, falls gegen einen oder den andern Schritt der Baudirection seitens der Stadt Einspruch erhoben werden müßte, die städtischen Behörden veranlassen könnte, höhern Orts die geeigneten Schritte zu thun, daß sodann aber im gegenwärtigen Augenblicke erste Forderung sei, daß jeder Theil das Seinige thun, um das lang verschleppte Verfahren nicht noch länger hinauszuziehen.

Herr *Piffesson* richtet an die Commission die Frage, wie das ärztliche Mitglied der Conferenz sich über die Aufbringung des Schlammes im Bette der Oker selbst ausgesprochen habe. Nach weit verbreiteter und offenbar auch sehr scheinbarer Anschauung sei dies gefahrbringender für den allgemeinen Gesundheitszustand, als wenn man den Schlamm auswürfe und hernach fortschaffe. Der Herr Redner knüpft an diese Bemerkungen eine scharfe Kritik des von Herzoglicher Baudirection in dieser Angelegenheit beobachteten Verfahrens und führt dabei als Thatfachen an, daß, seit diese Gelegenheit im September v. J. in der Versammlung zur Sprache gekommen, die Schleuse an der frühern Burgmühle, so viel er habe ermitteln können, nicht ein einziges Mal geöffnet worden, daß vielmehr nur das überflüssige Wasser, soweit es seinen Weg über die Schleuse hinweg gefunden, abgeführt worden sei, und in Folge davon der Arm hinter der Reichenstraße niemals frisches Wasser gehabt habe. Dazu sei das Wehr am Wendenthore so niedrig, daß es kaum hinreiche, diese geringe Wassermenge zu halten, wogegen, wenn dort die Schützen so hoch wären wie an der Burgcaserne, der Wasserspiegel von dort ab wenigstens eine nothdürftige Höhe erreichen könnte.

Der Herr Oberbürgermeister *Caspari* glaubt diese Darstellung als den factischen Verhältnissen nicht entsprechend berichtigen zu müssen. Die Ursache des in der That ganz unerträglichen Zustandes der Okerkanäle liege wesentlich darin, daß es an Wasser fehle. Dies herbeizuschaffen, sei auch beim besten Willen die Baudirection nicht im Stande. Man vergesse die früheren Zustände: auch früher seien nie alle Okerarme

zugleich gespeist, sondern abwechselnd einer nach dem andern, und schon lange habe man sich größtentheils vergeblich in Verabredungen abgemüht, um die verschiedenen Interessen auszugleichen. Den jetzigen Zustand anlangend, so sei der Herr Vorredner im Irrthum, wenn er meine, die Schäfte am Burghofe werde nicht gezogen; dies sei allerdings zum öftern geschehen. Was die Schleufe am Wendenthore betreffe, so sei es schon zur Sprache gekommen, daß sie von ungenügender Höhe; allein nach dem Urtheil Sachverständiger lasse sich dies nicht abändern, da das Gefälle der Oker auf der fraglichen Strecke so bedeutend sei, daß wenn der obere Theil derselben unter Wasser gehalten werden solle, am untern Ende die zunächst liegenden Häuser sämtlich Wasser in den Kellern haben würden. Hiernach dürfe man wohl die Ueberzeugung fassen, daß die Herzogliche Baudirection an den vorhandenen Unzuträglichkeiten nicht in dem Maße wie vielfach angenommen werde die Schuld trage, sondern daß diese vielmehr in anderweiten Verhältnissen liege. Auch die in erster Linie von Herrn Liffelbon angeregte Frage sei in der Conferenz zur Sprache gebracht, und laute das abgegebene medicinische Gutachten dahin, daß wenn der Schlammboord sofort mit Sand und Kummer bedeckt würde, derselbe geringere Nachtheile mit sich bringen müßte, als das frühere Verfahren, welches als schädlich im höchsten Grade bezeichnet werde. Könnte die Oker wie sie ist auch bleiben und dabei hinlänglich mit Wasser gespeist werden, so würde es ohne Zweifel besser sein, mit jeder Aenderung bis zur Ausführung des vollständigen Planes zu warten. Wie aber die Dinge einmal liegen, müsse nothwendiger Weise etwas zur Abhilfe geschehen, und zugleich müsse schon jetzt Material zu den definitiven Erdarbeiten beschafft werden, was gar nicht so leicht sei, als man zu glauben versucht sein könnte, und eben hierzu biete sich der vorhandene Okerschlamm in Verbindung mit seinen allmählig anzusammelnden Bedeckungen am bequemsten dar.

Ergänzend führt der Herr Vorsitzende noch an, daß auch von der Besamung der neuen Grabenränder die wohlthätigsten Folgen hinsichtlich der bösen Ausdünstungen erwartet werden.

Herr Liffelbon fühlt sich gedrungen, Bervahrung gegen die Auffassung einzulegen, als leite ihn ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen die Baudirection. Dies sei nicht der Fall, obschon seitens derselben in vielen Fällen, wie noch neuerlich bei der Frage der neuen Straßencanalabflüsse, manches geschehe, was vollkommen unverständlich sei.

Herr Häusler. Auch er habe sich gegen das Provisorium gestraubt und stimme demselben jetzt nur mit schwerem Herzen bei. Denn allerdings scheine dadurch das Definitivum in weite Ferne gerückt, trotz der beruhigenden Erklärungen der Baudirection. Schon für diesen Sommer sei der Beginn seiner Ausführung zugesagt gewesen: statt dessen sollen nun frühestens bis zum Ende des Jahres die Vorlagen erfolgen. Die Gründe, mit denen diese Verzögerung zu rechtfertigen versucht werde, könne man unmöglich für stichhaltig ansehen, durch einige Vermehrung des mit der Ausarbeitung des Planes beauftragten Personals dürfte es wohl möglich geworden sein, denselben früher bereit zu halten, und dann hätte er allenfalls auch noch vor die Stände gelangen können, falls zu seiner Ausführung, was sehr wahrscheinlich, außerordentliche Mittel erforderlich sein sollten. Indessen in dieser Beziehung sei ein Entgegenkommen der Baudirection nicht zu erwarten, und danach stelle sich die Sache so, daß wenigstens noch zwei Sommer bei dem gegenwärtigen Zustande auszuharren wäre. Dies aber

und der Umstand, daß bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen, selbst wenn der Plan für das Definitivum noch rechtzeitig zur Vorlage käme, die nothwendigen Geldmittel schwerlich rasch zu beschaffen sein dürften, habe den Redner bestimmt, seinen Widerstand gegen das Provisorium in Anbetracht des unleugbar vorhandenen Nothstandes aufzugeben.

Herr Wieweg theilt das Bedenken, daß die Anhäufung des Schlammes im Okerbette selbst ebenso unzutraglich sei als die Ausbringung und Abführung desselben, da die Besamung nur sehr langsam vorschreite und daher die Ausdünstung wesentlich dieselbe bleiben werde. Falls etwa der Schlamm sich leicht fortschaffen ließe ohne erst zu lagern, würde der Herr Redner dies Verfahren für empfehlenswerther halten, um so mehr als dadurch auch das Material zu den definitiven Arbeiten erhalten bliebe.

Herr Uhde. In diesem Augenblicke, wo die heißeste Jahreszeit vor der Thür sei, scheine es vor allem darauf anzukommen, die weiten mit reichlichen Schlammmassen angefüllten Canäle, welche gleichermaßen der Gesundheit wie der Annehmlichkeit Eintrag thun, zu verengen, und zwar mit den eben zu Gebote stehenden Mitteln, wenn schon mit steter Beobachtung der von der Commission festgestellten Bedingungen. Wenn man die Canäle dann, wie früher, je den dritten Tag mit frischem Wasser fülle, so werden die faulen Stoffe weggespült oder verdeckt werden. Namentlich letzteres aber sei in den letzten Jahren nicht gehörig beobachtet worden. Denn in Wahrheit lasse sich doch kaum verkennen, daß das meiste Wasser jederzeit durch den am Prinzenwinkel herumführenden Umsluthgraben der Neustadtmühle zugeführt worden sei, während innerhalb der Stadt die Canäle leer gestanden haben. Daher müsse er empfehlen, bei dieser Gelegenheit auch darauf zu dringen, daß hierin eine gerechtere Vertheilung angestrebt werde; die Einrichtungen dazu seien jetzt vermöge der Schützen an der Eisenbahn und am Tummelplatz vorhanden. Damit sei denn für den Augenblick das Wichtigste erreicht was zu erreichen möglich. Einschüttungen von dem Umfange wie man sie projectire, müsse er für ein Riesenwerk halten, dessen Vollendung zu sehen die Lebtlebenden wenig Aussicht haben.

Herr Kronheim. Selbst diejenigen Mitglieder der Commission, welche für das Provisorium gestimmt, haben dies nur in Erwägung des Nothstandes gethan, und sei allerdings die Anschauung des Herrn Wieweg die herrschende gewesen. Indessen, wenn man sich vergegenwärtige, wie lange der Schlamm lagern muß, um zu trocknen, so werde man einsehen, daß die beabsichtigte Bedeckung bösen Ausdünstungen rascher wehre. Indem man darauf bestehe, daß sofort nach Maßgabe der Beschlüsse vom September v. J. vorgeschritten werde, gehe man nur zu leicht von der Annahme aus, daß auf der andern Seite Mangel an gutem Willen obwalte. Zugegeben nun, dem sei so: was werde man durch Zurückweisung des Provisoriums erreichen? Es gebe keine Verpflichtung der Regierungsbehörde, den definitiven Zustand zu schaffen, welchen wir wünschen; ihre Verpflichtung erstreckt sich lediglich auf die Reinigung des Okerbettes. Wenn nun die Ausbaggerung durch die Polizei, eine andere Maßregel durch die städtischen Behörden gehindert werde, so könne die Herzogliche Baudirection von ihrem Standpunkte mit Recht antworten, daß die Stadt, wenn sie ideale Zustände herbeizuführen beanspruche, billiger Weise auch die Geldmittel dafür zu beschaffen habe.

Herr Leiste anerkennt auch seinerseits, daß die Rücksicht auf den öffentlichen Gesundheitszustand zweifelsohne entscheiden und daher das Provisorium angenommen werden müsse, so sehr auch dahin gestellt sein möge, ob dasselbe ohne dies zu empfeh-

len wäre. Auch die bloß gutachtliche Mitwirkung des Stadtbaumeisters werde man, in Anbetracht der Dringlichkeit der Sache, sich gefallen lassen dürfen. Ein Punkt aber scheine noch mehr hervorgehoben werden zu müssen. Je mehr man sich vorwiegend durch sanitätische Rücksichten zu diesem Compromiß habe bestimmen lassen, und je weniger die Bauordnung auf Fälle dieser Art Rücksicht nehme, desto dringender dürfte es zu empfehlen sein, daß vor der Ausführung der projectirten Arbeiten überall medicinische Sachverständige zu Rathe gezogen werden. Dies zu vermitteln möge daher die Versammlung den Magistrat ersuchen.

Auf die Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, daß Herzogliche Baudirection in ihrem Rückschreiben dies Verfahren bereits ins Auge gefaßt habe,

erwidert Herr Leiste: es werde eben darauf ankommen, dasselbe nun auch seitens der Stadt sicher zu stellen. Und zwar werde es zu diesem Ende genügen, wenn in das Rückschreiben der Versammlung der ausdrückliche Vorbehalt aufgenommen würde, dieselbe gehe von der Voraussetzung aus, daß bevor zu den projectirten Arbeiten die Zustimmung ertheilt werde, das Gutachten der Sanitätsbehörden vernommen worden sei.

Herr Nieß vertritt nochmals die schon in voriger Sitzung vorgetragene Ansicht, wonach weniger der Schlamm als das stehende Wasser die schädlichen Einflüsse ausübe. Ob man den Schlamm im Okerbette selbst anhäufe oder auf den Straßen lagern lasse, werde einerlei sein, wenn nicht ersteres gar noch gefährlich sei; doch wolle er sich gleichwohl nicht dagegen erklären, weil so Material zu den künftigen Canalbauten geschafft werde. Der Einfluß des gegenwärtigen Zustandes im Okerbette auf die Gesundheitsverhältnisse sei im Allgemeinen durchaus nicht so bedenklich als es vielfach dargestellt werde; Beweis die im ganzen gute Gesundheit der Leute, welche den Schlamm ausbringen. Man halte dem das Urtheil Sachverständiger entgegen. Allerdings müsse man sich in vielen Fällen demselben unterwerfen, in andern dagegen beruhe ihre Wissenschaft auch nur auf Muthmaßungen. In andern Städten kommen dergleichen Zustände auch wohl vor, ohne daß darüber große Klage erhoben werde. Es heiße aber das Publicum unnöthigerweise einschüchtern, wenn man die Dinge immer nur von der gefährlichen Seite darstelle, während doch in Wahrheit Braunschweig einer der gesündesten Derter Deutschlands sei.

Herr Bode hebt nochmals hervor, daß das Provisorium dem Definitivum nicht so wesentlich schaden werde. Denn entweder werde dieses wenn nicht im nächsten doch in einem der nächsten Jahre begonnen werden, und bis dahin könne jenes unmöglich schon weit vorgerückt sein, zumal die dazu vorhandenen Geldmittel, 800 \mathcal{F} jährlich, sehr gering seien; oder aber es scheitere das Definitivum am Widerstande der Anlieger: dann möge man das Provisorium immerhin lieber als Definitivum gelten lassen, als die jetzigen Zustände ins Unabsehbare conserviren.

Mit großer Mehrheit nimmt hierauf die Versammlung den Commissionsantrag an, indem sie zugleich dem Vorschlage beitrifft, daß der von Herrn Leiste empfohlene Vorbehalt in das Rückschreiben an den Magistrat aufgenommen werde.

Nachdem der Herr Vorsitzende angezeigt hat, daß er die Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten über die Stadtwasserkunst auf die nächste Tagesordnung setzen werde,

wird die Sitzung geschlossen.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 155. Stücke der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 6.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. Juli 1866.

Abwesend waren und galten als entschuldigt die Herren Aronheim, Flagge, Häusler, Jüdel, Leiste, Kloss, Schmidt und Bieweg.

Nachdem der Herr Landsyndicus Desterreich die Sitzung eröffnet, und die Versammlung die Protocolle vom 17. Mai und 14. Juni genehmigt hat, stellt

vor Eintritt der Tagesordnung

I. der Herr Oberbürgermeister Caspari namens des Magistrats den Antrag:

die Versammlung wolle sich einverstanden erklären, die durch Betheiligung der Stadt an der Bewirthung der zu Ende v. M. hier durchpassirten hannoverschen Truppen entstandenen Kosten auf die Stadtcasse zu übernehmen,

da einerseits diese Ausgaben nicht wohl zu umgehen gewesen seien, andererseits aber nicht angemessen erscheinen könne, dieselben etwa aus den zur Unterstützung der Verwundeten zusammen gebrachten Geldmitteln zu bestreiten.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß er, eben da es sich um eine Ehrensache der Stadt handle, kein Bedenken trage, diesen Gegenstand ohne Vorberathung zur Verhandlung zu bringen,

und wird denn auch der Antrag ohne weiteres von der Versammlung genehmigt.

Sodann

II. erhält, gleichfalls zur Motivirung eines selbständigen Antrages, Herr Rieß das Wort.

Unter Hinweisung auf die notorische Thatsache, daß auf Grund von § 146 der revidirten Städteordnung ein nicht unbeträchtlicher Theil der hiesigen Einwohner, nämlich alle diejenigen Gehilfen, Comtoiristen u. s. w., welche ihre Schlafstätte im Hause der Principale haben, steuerfrei ausgehen, unangesehen daß ihr Einkommen in den meisten Fällen ebenso groß, ja größer sei, wie das von solchen Ihresgleichen, die selbständig wohnen und daher zu den Communalsteuern herangezogen werden — spricht Herr Rieß seine Ansicht dahin aus, daß § 146 der revidirten Städteordnung den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspreche, und wünscht demzufolge die Versammlung zu einer gründlichen Prüfung, resp. zur Anordnung von Maßregeln zu veranlassen, welche den gerügten Ungleichmäßigkeiten abzuhelpen geeignet seien.

Der Herr Vorsitzende fügt hinzu, daß es nach den Mittheilungen des Herrn Antragstellers nicht lediglich auf die Fassung des § 146, sondern auch auf die Anwendung desselben — namentlich auf die Auslegung der Worte „Lohn und Kost“ — ankommen werde, und ersucht den Vorsitzenden der Centralcommission, diesen Gegenstand in einer der nächsten Commissionsitzungen unter Zuziehung des Herrn Rieß in nähere Erwägung zu ziehen und der Versammlung demnächst weitere Mittheilungen zu machen.

Zu Beginn der Tagesordnung berichtet hierauf

III. der Herr Vorsitzende über ein erst nach Ausschreibung der heutigen Sitzung eingelaufenes Magistratschreiben vom 8. d. M. folgenden Inhalts.

Nachdem der Zinsfuß bei Herzöglichem Leihhause auf 5 % erhöht worden, habe der Magistrat in Erwägung gezogen, wie der Rest einer Leihhausschuld der hiesigen Armenverwaltung zum Betrage von 4500 \mathfrak{M} abzutragen stehe, ohne die Stadtcasse in Verlegenheit zu bringen. Da nun für die Armencaße selbst gegenwärtig 1450 \mathfrak{M} , welche für ausgeloopte Gas-Prioritätsobligationen eingegangen, für die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde aber 3850 \mathfrak{M} bei Herzöglichem Leihhause zinsbar angelegt seien, so beantragt der Magistrat:

diese Capitalien zur Tilgung der Schuld der Armenverwaltung zu verwenden, den so der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde entnommenen Vorschuß mit 3 % zu verzinsen und nach Abtragung der Baukosten für die Beguinenhäuser, mit den vom großen Waisenhause jährlich gezahlten 1000 \mathfrak{M} zurückzuzahlen, worauf letztere weiter zur Amort-

tification der von dem Capitalvermögen der Armencaſſe entnommenen Beträge verwandt werden ſollen.

Wie der Herr Vorſitzende mittheilt, hat dieſes Schreiben der Finanzcommiſſion vorgelegen, welche nach den Mittheilungen ihres Herrn Vorſitzenden den vorgeſchlagenen Modus ſachgemäß und alſo Bedenken dagegen nicht zu erheben gefunden hat, indem dadurch nur eine mit einer Zinſenerſparung verbundene Verſchiebung der verſchiedenen Forderungen, nicht aber eine Aenderung der Vermögenslage bewirkt werde.

Demnach wird die Magiſtratspropoſition auch von der Verſammlung genehmigt.

Es folgt

IV. der Bericht der Schulcommiſſion über ein Schreiben des Magiſtrats vom 21. v. Mts., betreffend die Einrichtung einiger neuen Bürgerschulclaffen.

Es handle ſich hier abermals, berichtet der Referent Herr Bode, um Maßregeln gegen die Ueberfüllung der Bürgerschulen, welche ſich wenn auch nicht ſo ſehr in den obern Klaffen derſelben, deſto ſtärker aber in den untern fühlbar mache. Was zunächſt die beiden untern Bürgerschulen anlange, ſo ſei jenem Uebelſtande dort biſher dadurch abgeholfen worden, daß man in den unterſten Klaffen Knaben und Mädchen miteinander in je 2 Abtheilungen und ſo unterrichtet habe, daß dieſelben nicht den vollen Unterricht von 26 Stunden, ſondern die obern Abtheilungen nur 20, die untern nur 16 Stunden erhielten. Von Michaelis ab jedoch, wo keine Verſetzung nach den obern Klaffen ſtattfinde, gleichwohl aber erfahrungsmäßig neuer Zufluß zu den unterſten Klaffen zu erwarten ſei, werde dieſes auf die biſherige Weiſe ſich nicht fortführen laſſen, da ſchon jetzt die obern Abtheilungen 107 resp. 103 die untern 120 resp. 112 Schüler und Schülerinnen enthalten. Da nun füglich der unterſten Klaffen halber eine neue Schule doch nicht ſofort angelegt werden könne, ſo werde vorgeſchlagen, dieſelben ſtatt wie biſher in zwei, nunmehr in drei Abtheilungen zu zerlegen, von welchen die eine — immer noch über 100 Knaben und Mädchen enthaltend, — ſortan eine Klaffe mit eigenem Lehrer und 26 Stunden Unterricht bilden, die andere abermals in zwei Abtheilungen getrennt und jede mit 18 Stunden Unterricht verſehen werden ſolle. An letzteren beiden Abtheilungen ſollen dann die biſherigen Lehrer fortwirken, für die obere jedoch je ein neuer Lehrer, in beiden Bürgerschulen alſo deren zwei angeſtellt werden. Es werde hierdurch der Stadt eine Mehrausgabe von jährlich 600 R für die beiden neuen Lehrer ſelbſt, und von 100 R in Folge des Aufrückens von zwei Lehrern in eine höhere Geſchichtsclaffe erwachſen, wofür das Schulgeld keine Deckung liefere. — Ganz ähnlich verhalte es ſich in der dritten mittlern Bürgerschule. Dieſe beſtehe bekanntlich biſher nur aus einer unterſten Klaffe für Knaben und einer gleichen für Mädchen; letztere

sei nur mäßig gefüllt, jene aber enthalte bereits 85 Schüler, und es sei auch hier zu Michaelis auf eine Vermehrung um so mehr zu rechnen, als in den untersten Klassen der beiden andern mittleren Bürgerschulen keine Aufnahme mehr stattfinden könne. Es werde daher beabsichtigt, diese Knabenklasse von ihrem Lehrer in zwei gesonderten Abtheilungen in 20 und 16 Stunden unterrichten zu lassen, wofür diesem eine Remuneration von 120 § jährlich bewilligt werden solle. — Eine weitere Folge dieser Einrichtungen sei die Nothwendigkeit der Anschaffung des Inventars für zwei Klassen, da einstweilen nur der Raum zu solchen vorhanden sei. Ein Kostenanschlag liege hierfür noch nicht vor; der Magistrat beantrage also, zu bewilligen was der Stadtbaumeister für gedachten Zweck verwenden würde; doch solle derselbe angewiesen werden, Bedacht zu nehmen, daß die Utensilien der einen Klasse demnächst in der höhern Töchter Schule benutzt werden können. — Mit diesen Vorschlägen insgesammt habe sowohl der Schulvorstand als auch die Schulcommission sich einverstanden erklärt.

Die Versammlung genehmigt dieselben ohne alle Discussion.

V. Ein Magistratschreiben vom 16. v. Mts meldet, daß die Pächter des am Hagenmarkte belegenen städtischen Wein- und Bierkellers sowie der Kellerräume unter dem Neustadtrathhause das Miethverhältniß von Michaelis d. J. ab auf drei Jahre, mithin bis Michaelis 1869, unter den bisherigen Bedingungen prolongirt zu sehen wünschen.

Der Magistrat hält dies Anerbieten theils in Anbetracht der vermiethten Räumlichkeiten, theils in Rücksicht auf die seit Einführung der Gewerbefreiheit auch im Weinhandel vergrößerte Concurrenz für annehmbar und giebt demnach der Versammlung anheim, sich mit der beantragten Prolongation einverstanden zu erklären.

Herr Bautler als Referent berichtet, daß die Finanzcommission aus den im Magistratschreiben hervorgehobenen Gesichtspuncten, und weil vollends in Anbetracht der Zeitverhältnisse nicht daran zu denken sei, etwa höhere Miethpreise zu erzielen, sich dem Vorschlage des Magistrates angeschlossen habe,

und wird derselbe alsdann von der Versammlung genehmigt.

Mit Rücksicht auf die Abwesenheit einer größern Anzahl von Mitgliedern der Finanzcommission beschließt die Versammlung, die Verathung der Vorschläge des Magistrates hinsichtlich der Vollendung der Stadtwasserkunst bis zur nächsten Sitzung auszusetzen,

und wird damit die Sitzung geschlossen.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 174. Stücke de 1866
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sizung am 26. Juli 1866.

Abwesend war und galt für entschuldigt Herr Aronheim.

Nach Eröffnung der Sizung durch den Herrn Landssyndicus Desterreich, genehmigt die Versammlung zunächst das Protocoll vom 12. d. Mts., nachdem

Herr Flagge dagegen erinnert hat, daß er bei der vorigen Sizung, wennschon erst nach Beginn derselben eingetreten, doch aber anwesend gewesen sei.

Alsdann

erstattet Herr Bautler für die Finanzcommission Bericht über die von der letzten Tagesordnung abgesehenen Anträge des Magistrats in Betreff der Stadtwasserkunst.

Motivirt in einer ausführlichen Darlegung des bisherigen Verlaufs dieser Angelegenheit, sind diese Anträge der Versammlung mit einem Schreiben vom 11. Mai d. J. in einer Druckschrift zugegangen. Der Herr Referent glaubt demnach den historischen und technischen Inhalt jener Darstellung bei allen Mitgliedern der Versammlung als bekannt voraussetzen und ohne weiteres zur Beurtheilung der vorliegenden Fragen übergehen zu dürfen.

Ohne Zweifel sei die Stadtwasserkunst nicht nur ein allen seinen Zwecken entsprechendes Werk, sondern überdies auch durch ihre äußere Gestalt eine schöne Zierde unserer Stadt. Leider aber werde die Genugthuung, mit der sie überall begrüßt werde, durch einen Blick auf den großen durch sie verursachten Kostenaufwand nur zu sehr getrübt. Schon zu verschiedenen Malen habe es von dieser Stelle aus gemißbilligt werden müssen, daß bei städtischen Bauten der ursprüngliche Plan verlassen und dadurch eine beträchtliche Ueberschreitung des Voranschlags verschuldet worden; obgleich aber erst noch vor nicht langer Zeit ein ernster Protest dagegen eingelegt sei, dennoch werde die Versammlung sich auch heute wieder in ähnlicher Lage befinden. Allerdings sei der

Bau der Stadtwasserkunst lange vor dem eben erwähnten Zeitpunkte begonnen. Allein die Ueberschreitung der veranschlagten Summen, selbst nach Abzug der Kosten für diejenigen Anlagen, welche über den ursprünglichen Plan hinausgegangen, sei eine so bedeutende, daß die Commission sich für verpflichtet halte, nochmals ihre Mißbilligung darüber auszusprechen und dringend zu empfehlen, daß künftighin Sorge getragen werde, die mit städtischen Bauten Beauftragten streng an den einmal genehmigten Plan zu binden. Selbstverständlich lasse sich für jede der bei dieser Gelegenheit vorgefallenen Ueberschreitungen eine genügend begründende Erklärung beibringen; darin aber könne doch kein Grund einer Berechtigung erkannt werden, ohne Genehmigung der Behörden Aenderungen und Verausgaben über den einmal festgestellten Plan hinaus vorzunehmen. Daher empfehle die Commission der Versammlung, den Magistrat wiederholentlich zu ersuchen,

daß derselbe diejenigen Vorkehrungen treffen wolle, welche geeignet seien, derartige Ueberschreitungen für die Folge zu verhüten.

Was dann die in dem Berichte des Magistrats enthaltenen Propositionen anlange, nämlich erstens

die von dem Ingenieur Claus und dem Stadtbaumeister Tappe aufgestellten Rechnungen, vorbehältlich der bei der Revision sich etwa noch findenden Irrthümer, für justificirt und insbesondere die stattgehabten Ueberschreitungen des Voranschlags für entschuldigt zu erklären, auch den Magistrat zur Auszahlung der danach noch zu berichtenden 4200 fl und 4422 fl 2 gr 8 d zu ermächtigen,

so empfehle die Commission, diesem Antrage unter Wiederholung der soeben ausgesprochenen Verwahrung beizustimmen.

Die zweite Proposition betreffend:

die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Fabrikanten Eggestorf die für erfolgte Mehrlieferungen noch liquidirten 3350 fl gezahlt werden, so finde die Commission zu constataren, daß ein Theil der in Betracht kommenden Forderungen als legitimirt zu betrachten sei, da wegen eines während der Anlage in Aussicht gestellten außergewöhnlich starken Wasserconsums zu Fabrikzwecken Vergrößerungen und Verstärkungen gewisser Maschinentheile erforderlich geworden. Allerdings sei der vorgesehene Fall bis jetzt nicht eingetreten; da indessen auch so schon die Abnahme von Wasser aus der städtischen Anstalt, wie die Erfahrung lehre, in bedeutendem Maße wachse und weit über die anfänglichen Erwartungen hinausreiche, überdies aber eine fernere wahrscheinlich sehr bedeutende Zunahme zu erwarten stehe, so werde jene vorausgegriffene Maßregel jedenfalls in nicht allzuferner Zeit ihre Früchte tragen. Dagegen sei ein anderer Theil der von Herrn Eggestorf angebrachten Veränderungen als unnötig zu betrachten, und gebe daher die Commission anheim, auf die Forderung desselben in runder Summe 2000 fl zu verwilligen.

Die dritte Proposition:

die vom Magistrate direct zur Zahlung angewiesenen 2270 fl 17 gr zu bewilligen, dürfe die Commission zur Annahme empfehlen, da das Vorgehen des Magistrates sich dadurch rechtfertige, daß dieser Betrag nothwendige Ausgaben umfasse, welche zum Theil erst nach abgelegter Rechnung der Ingenieurs Claus zu Tage gekommen seien,

zum Theil aber erst später sich ergeben haben, und deren Zahlung nicht habe umgangen werden können.

Die vierte Proposition:

zu genehmigen, daß für das zur Einrichtung der Stadtwasserkunst in den Wiesen hinter dem Röndendorffschen Garten von Herzoglicher Cammer erworbene Terrain von 7 Morgen 51,5 □ Ruthen ein Kaufpreis von 300 \mathfrak{R} pro Morgen vom Baufond der Stadtwasserkunst gezahlt werde,

sowie die fünfte:

sich damit einverstanden zu erklären, daß der Fahrweg nach der Stadtwasserkunst an der Ostseite des Röndendorffschen Gartens chaussirt, an dieser Seite mit einer Befriedigung, am Walle mit einem Thorwege versehen, auch der Platz bei der Stadtwasserkunst in Stand gesetzt werde, die entstehenden Kosten zu etwa 1600 \mathfrak{R} aber gleichfalls von dem Baufonds getragen werden, und endlich die sechste Proposition:

die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Kosten der in Folge der Röhrenlegung noch erforderlichen Nachpflasterungen in den Straßen und — was hinzugefügt werde — vor der Stadt von dem Baufond der Stadtwasserkunst bis zu einem Gesamtbetrage von 500 \mathfrak{R} bestritten werden, empfehle die Commission als wohl begründet zur Annahme.

Die siebente Proposition gehe dahin:

zu genehmigen, daß

- a. dem Ingenieur Clauß eine Gratification von überhaupt 2100 \mathfrak{R} , jedoch einschließlich der bereits berichtigten 1100 \mathfrak{R} ,
- b. dem Stadtbaumeister Tappe eine solche von 500 \mathfrak{R} ,
- c. dem Bauverwalter Böcker eine solche von 100 \mathfrak{R} ,
- d. dem Stadtkämmerer Wasmus eine solche von 500 \mathfrak{R} ,
- e. den beiden Stadtkassencontroleuren Schmidt und Gram eine solche von je 100 \mathfrak{R} ,

vom Baufond der Stadtwasserkunst gezahlt und gegen den Ingenieur Clauß dabei die Erwartung ausgesprochen werde, daß er bei den zur Vollendung des Werks noch nöthigen Vorrichtungen der Stadt gegen anderweite Remuneration in der bisherigen Weise seinen Beistand und seine Dienste zu leisten bereit sein werde.

Die Remuneration des Ingenieurs Clauß anlangend, so anerkenne die Commission, daß derselbe, obschon ein Beamter des Herzoglichen Eisenbahn- und Postwesens und von dieser Behörde mit dankenswerther Bereitwilligkeit behufs Ausarbeitung der Pläne zur Stadtwasserkunst und der Leitung bei deren Anlage zur Verfügung gestellt, doch ebensowohl honorirt werden müsse, als jeder andere Ingenieur, welchen die Stadt zu diesem Behufe hätte engagiren können, da derselbe sich seiner anderweitigen Thätigkeit nicht wohl gänzlich habe entziehen dürfen, also um seine Aufgabe im Interesse der Stadt zu erledigen, sich wesentlich stärker habe anstrengen müssen, als seine gewöhnlichen Dienstverhältnisse dies mit sich gebracht hätten. Auch in Betreff seiner Leistungen müsse die Commission sich dem lobenden Urtheile des Magistrats im ganzen anschließen. Dieselbe empfehle daher den obigen Antrag des Magistrats zur Genehmigung.

Hinsichtlich der proponirten Remuneration von 500 \mathfrak{R} für den Stadtbaumeister

Lappe sei die Commission sich sehr wohl bewußt, daß es dessen eigenste Aufgabe, die baulichen Interessen der Stadt zu wahren. Unverkennbar gebe derselbe sich diesen seinen Obliegenheiten auch mit anerkennungswerthem Eifer hin; es sei aber sein Ressort besonders in Folge der seit den letzten Jahren angeordneten Controlirung sämmtlicher Privatbauten in einer Weise belastet, daß die Beschaffung außergewöhnlicher städtischer Bauten, wozu der Bau der Stadtwasserkunst doch wohl gerechnet werden müsse, auch außergewöhnlicher Anstrengungen seitens des Beamten bedürfe. Wenn nun auch den Stadtbaumeister der Vorwurf treffe, an den gerügten Aenderungen und Ueberschreitungen des ursprünglichen Bauplanes nicht ohne Schuld zu sein, so verdiene andererseits doch auch das berücksichtigt zu werden, daß derselbe, offenbar aus zu ängstlichem Eifer für die Herstellung eines in Zukunft möglichst geringer Reparatur bedürftigen Baues, zur Aufführung des Kunstgebäudes ein Material gewählt habe, welches theils an sich schon bedeutend theurer gewesen sei, als das von dem Ingenieur Claus veranschlagte, theils aber auch eine kostspieligere Gesamtconstruction bedingt habe. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß das ungünstige Terrain höchst kostspielige Unterbauten nöthig gemacht habe, und daß gerade im Hinblick auf diese Schwierigkeiten der Stadtbaumeister bei verschiedenen Gelegenheiten die unumwundene Erklärung abgegeben habe, die Kosten des Baues nicht mit aller Klarheit übersehen zu können. Der Augenschein lehre es und seitens vieler Bauverständigen habe es volle Anerkennung gefunden, daß die Wasserkunst unserer Stadt in jeder Hinsicht zur Zierde gereiche, und wenngleich die Commission Grund habe zu vermuthen, daß der Stadtbaumeister in jenem Urtheil die beste Entschädigung für seine vielseitigen Bemühungen erkennen werde, so sei sie doch der Ansicht, daß die städtischen Behörden sich eines Zeichens ihrer Anerkennung nicht entziehen dürfen, und empfehle deshalb der Magistratsproposition beizutreten.

Auch gegen die für den Bauverwalter Boecker beantragte Remuneration lasse sich der oben vorangestellte Gesichtspunkt einwenden. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Thätigkeit desselben über die eines gewöhnlichen Bauaufsehers weit hinausgegangen sei, indem er sehr häufig Specialzeichnungen für den Bau angefertigt habe, Arbeiten, welche er natürlich nur außer seiner täglichen Dienstzeit habe erledigen können. Ueberhaupt werde der von diesem Beamten während der ganzen mehr als zweijährigen Bauperiode bewiesenen Fähigkeit und Arbeitsfreudigkeit seitens des Stadtbaumeisters das größte Lob gezollt, wie denn auch von diesem eine außerordentliche Remuneration für den Bauverwalter Boecker beim Magistrate beantragt worden sei. In Anbetracht dieser Thatfachen empfehle die Commission demselben 200 \mathcal{F} anstatt der vom Magistrate in Vorschlag gebrachten 100 \mathcal{F} zu verwilligen.

Wieweit der Stadtkämmerer verpflichtet gewesen sei, sich der Rechnungsführung für den Bau der Stadtwasserkunst zu unterziehen, habe die Commission gleichfalls in Erwägung gezogen. Die mit demselben abgeschlossene Dienstconvention erweise jedoch, daß diese Rechnungsführung außerhalb seiner Verpflichtungen liegt, wonach er denn in der That eine besondere Remuneration dafür zu beanspruchen berechtigt sei. Demgemäß schließe die Commission sich dem Antrage des Magistrats an.

Wegen der für die Stadtkassencontroleure Schmidt und Gramm proponirten Remuneration von je 100 \mathcal{F} glaubt die Commission eine Reduction auf je 50 \mathcal{F} vorschlagen zu müssen, da der Gegenstand durch die Remunerirung des Stadtkämmerers seine Erledigung gefunden zu haben scheine, und die Commission nicht in der Lage sei,

zu beurtheilen, in welcher Ausdehnung die genannten Beamten jenem bei der von ihm übernommenen Rechnungsführung zur Hand gegangen.

Sämmtliche Remunerationen sollen von dem Baufond der Stadtwasserkunst gezahlt werden, und werde die Versammlung sowohl hiermit als auch mit der Absicht des Magistrats einverstanden sein, gegen den Ingenieur Claus die Erwartung auszusprechen, daß er bei der Bervollständigung des Werks der Stadt gegen anderweite Remuneration in der bisherigen Weise seinen Beistand und seine Dienste zu leisten bereit sein werde.

Anlangend die achte Proposition:

den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, mit Herzoglicher Landesregierung wegen des zu leistenden vertragsmäßigen Beitrages zu den gedachten Ausgaben in Verhandlung zu treten,

so werde die Versammlung dazu ohne Zweifel ihre Zustimmung ertheilen.

Hinsichtlich der neunten Proposition:

die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß vom Magistrate gegen Herzogliche Landesregierung die Erklärung abgegeben werde, wie es billig erscheine, den Mitgliedern der Revisionscommission, wenigstens soweit dieselben durch die ihnen übertragene Prüfung des Projectes in erheblicher Weise in Anspruch genommen seien, eine Remuneration zu bewilligen, und die Stadt bereit sei, zu dem was Herzogliche Landesregierung anzusetzen für angemessen erachte, den vertragsmäßigen Beitrag zu übernehmen,

habe die Commission mitzutheilen, daß die Revisionscommission zu verschiedenen Malen sehr umfangreiche und eingehende Prüfungen habe vornehmen und Gutachten darüber ausarbeiten müssen. Die Stadt könne sich demnach der Betheiligung an einer von Herzoglicher Landesregierung zu normirenden Remuneration nicht wohl entziehen, und schlage also die Commission vor, das gewünschte Einverständniß auszusprechen.

Desgleichen empfehle die Commission die Annahme der zehnten Proposition des Magistrats:

daß dasjenige, was von der Stadt zu den Kosten der Stadtwasserkunst mehr beizutragen ist als die durch ein Anlehn herbeigeschaffte Summe von 150,000 fl , aus der Stadtcasse gegen 4 Proc. Zinsen und 1 Proc. Amortisation vorge-schossen werde;

wie denn auch die elfte Proposition:

den Magistrat zu ermächtigen, falls die Stadtcasse zur Berichtigung der sofort zu leistenden Zahlungen die erforderlichen Mittel etwa nicht besitzen sollte, das Nöthige von dem bei Herzogl. Leihhaufe aufgenommenen Darlehn von 70,000 fl zu entnehmen,

die Billigung der Versammlung erfahren werde.

Rücksichtlich des Etats der Stadtwasserkunst für 1866 gebe der Magistrat in der zwölften Proposition anheim:

denselben soviel die Ausgaben und Einnahmen des Betriebes betrifft, zu genehmigen, und sich einverstanden damit zu erklären, daß der bleibende Uberschuß von 7158 fl 19 gr zur Verzinsung des Umlagecapitals verwandt werde;

und glaube die Commission diesen Vorschlag als durchaus geschäftsmäßig zur Annahme empfehlen zu müssen.

Ferner müsse die Commission sich auch der dreizehnten Proposition:

zu beschließen, daß von der Herzoglichen Landesregierung ein Beitrag zu dem Deficit der Stadtwasserkunst aus dem Jahre 1865, sowie zu den aus der Stadtcasse gezahlten 5000 \mathfrak{R} für das zu öffentlichen Zwecken verwandte Wasser nicht gefordert werde, aus den im Berichte selbst ausgeführten Gründen anschließen.

Die vierzehnte Proposition:

zu beschließen, daß von der Erhebung eines außerordentlichen Beitrags der hiesigen Hauseigenthümer zur Deckung des Deficits der Stadtwasserkunst aus dem Jahre 1865 abgesehen, solches aus der Stadtcasse gedeckt, und zu diesem Ende die Zinsen für den der Stadtwasserkunst aus der Stadtcasse zur Bestreitung der Einrichtungskosten im vorigen Jahre geleisteten Vorschuß für das verflossene Jahr niedergeschlagen werden sollen, die Stadtcasse aber zugleich angewiesen werde, die dann noch fehlende Summe von 656 \mathfrak{R} 9 \mathfrak{S} 2 \mathfrak{D} an die Casse der Stadtwasserkunst baar zu entrichten,

sowie die fünfzehnte Proposition:

daß die in der Stadtwasserkunst aus der Stadtcasse zur Bestreitung des Deficits geleisteten Zuschüsse und die erlassenen Zuschüsse in einem Anhange der Stadtkassen-Rechnung verzeichnet und zunächst getilgt werden sollen, wenn der Betrieb der Stadtwasserkunst nach Bestreitung der currenten Ausgaben noch einen Ueberschuß gewährt,

finde die Commission gleichfalls vollständig motivirt und empfehle sie zur Annahme.

Endlich in Betreff der zur schließlichen Vollendung des Werks noch auszuführen den Arbeiten gebe in der sechszehnten Proposition der Magistrat anheim:

zu beschließen, daß ein zweites Filter von der Größe des schon vorhandenen hergestellt, die Art und Weise seiner Herstellung und insbesondere die Zulässigkeit einer Vertiefung desselben von den Technikern zunächst noch geprüft, und 12,000 \mathfrak{R} dafür verwilligt werden.

Die Commission theile zwar die Ueberzeugung, daß die Beschaffung eines zweiten Filters in jeder Beziehung zweckmäßig sein werde, und würde deshalb keinen Anstand nehmen, die Bewilligung der Magistratsproposition anzurathen. Allein mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse, welche dringend mahnen, die Finanzen der Stadt nicht über das Maß anzustrengen, müsse die Commission doch anheimgen, die Ausführung eines zweiten Filters für jetzt noch zu vertagen, um so mehr als die Erfahrung gelehrt habe, daß das schon vorhandene den seitherigen Bedürfnissen genüge, und demnach zu hoffen stehe, daß es auch fernerhin noch eine Weile genügen werde. Bei dieser Gelegenheit fühle die Commission sich den auch veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß das erste zu 10,500 \mathfrak{R} veranschlagte Filter in Wirklichkeit 18,225 \mathfrak{R} gekostet habe, wonach füglich zu befürchten stehe, die angeforderten 12,000 \mathfrak{R} würden für die Beschaffung des zweiten Filters auch keineswegs ausreichen. Allerdings berufe sich der Bericht des Magistrats in dieser Beziehung auf die erfolgte Anlage von Dämmen und einigen anderen Arbeiten, die von vornherein für den vollen Umfang beider Filter berechnet seien; gleichzeitig aber werde bemerkt, daß das erste Filter nur etwa die Hälfte der ursprünglich projectirten Größe habe. Gesezt nun auch, das neue Filter werde nicht größer hergestellt, und beide zusammen genügten selbst bei beträchtlich gesteigertem Bedarf auf lange Zeit hinaus, gesezt ferner, daß beim Baue des zweiten Filters die beim ersten gewonnenen Erfahrungen verwerthet und damit wesentliche Ersparnisse

erzielt werden, — so werde doch dies Alles die Befürchtung einer abermaligen Ueberschreitung nicht gänzlich zu beseitigen im Stande sein, und halte es daher die Commission für dringend geboten, daß der Magistrat in der gegebenen Zwischenzeit sich durch eine nochmalige specielle Veranschlagung vergewissere, ob die geforderte Summe von 12,000 \mathcal{F} in der That auch ausreichen werde.

Die siebenzehnte Proposition des Magistrats laute:

es wird die Herstellung eines Hochreservoirs auf dem Giersberge beschlossen, die Entscheidung jedoch über die Art und Weise ihrer Herstellung bis dahin ausgesetzt, daß durch Techniker die Kosten eines in die Erde eingemauerten und eines auf 20 Fuß hoher Substruction aufgesetzten gußeisernen Reservoirs von 40,000 Cubikfuß Inhalt veranschlagt sind.

Die Frage über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit eines Hochreservoirs sei in dieser Versammlung bereits mehrfach ventilirt und eigentlich zustimmend beantwortet. Allein wenn die Commission schon vorher habe Veranlassung nehmen müssen, vor der Ausführung nicht unumgänglich nothwendiger Anlagen zu warnen, so müsse dieselbe aus gleichen Gründen und noch dringender die Vertagung dieses Projects anrathen. Es empfehle sich dieser Rath gewiß um so mehr, als noch nicht einmal darüber Klarheit herrsche, ob man sich für die zu 38,000 \mathcal{F} oder für die zu 60,000 \mathcal{F} veranschlagte Durchführung zu entscheiden habe. Die Commission müsse daher folgende Modification des vom Magistrate gewünschten Beschlusses beantragen:

es wird von der Herstellung eines Hochreservoirs für jetzt Abstand genommen, von den Technikern aber die genaue Veranschlagung der Kosten eines in die Erde eingemauerten und eines auf 20 Fuß hoher Substruction errichteten gußeisernen Reservoirs, beide von 40,000 Cubikfuß Inhalt, vorgenommen, und die weitere Entscheidung vorbehalten.

Die achtzehnte Proposition:

der Grundsatz, daß in allen Straßen der Stadt durch öffentliche Brunnen für das Wasserbedürfniß des Publicums zu sorgen sei, wird zwar nicht anerkannt, jedoch werden, abgesehen von den Kosten der Brunnen auf dem Kohlmarke und dem Hagenmarke, über welche ein besonderer Beschluß vorbehalten bleibt, dem Magistrate 3000 \mathcal{F} zur Disposition gestellt, um öffentliche Brunnen einfachster Construction da herstellen zu lassen, wo solches vom Magistrate in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte, der Aufsichtsdeputation und der Direction der Stadtwasserkunst für angemessen gehalten wird;

sowie auch die neunzehnte:

die öffentlichen Brunnen werden täglich zu gewissen, von der Verwaltung bekannt zu machenden Zeiten geöffnet, und kann das Wasser aus denselben in dieser Zeit von Jedem beliebig zu eigenen Zwecken benutzt werden, während der Verkauf des Wassers aus öffentlichen Brunnen bei einer Strafe von 3 \mathcal{F} für jeden Contraventionsfall zu verbieten ist, haben zu reiflichen Erwägungen Anlaß gegeben, und sei die Commission zu der Uezeugung gelangt, daß mit Ausführung dieses Planes gerechten Anforderungen des Publicums entsprochen werde, weshalb die Commission die unveränderte Annahme dieser Proposition empfehlen müsse.

Die zwanzigste Proposition:

dem Magistrate werden 2000 \mathcal{F} zur Disposition gestellt, um dafür an denje-

nigen Stellen der Straßen, wo solches vom Magistrate in Uebereinstimmung mit der Aufsichtsdeputation und der Direction der Stadtwasserfunkt für angemessen gehalten wird, Gossenspüler herstellen zu lassen, welche nach Bedarf zu öffnen sind,

habe an und für sich die gemeinsame Zustimmung der Commission erhalten, da man darin die Gewähr gefunden, daß so dem Bedürfnis im Großen und Ganzen werde genügt werden. Ein Theil der Commission, und zwar 4 von den anwesenden 6 Mitgliedern derselben, habe auch dafür eine Sicherheit gewünscht, daß die Gossenspülung nachdrücklich zur Ausführung gebracht und etwa durch ein Statut geregelt werde. Die Minorität sei dagegen der Ansicht gewesen, die obige Fassung der Magistratsproposition, und namentlich der ausdrückliche Zusatz: »welche nach Bedarf« ic. werde genügen, die Straßenpolizei aber die Regelung dieses Verfahrens überwachen. Außerdem biete ein Statut keineswegs die gewünschte völlige Gewähr, da die heißen Zeitperioden, für welche allein die Gossenspülung eine Bedeutung habe, in unserm Klima sehr unregelmäßig, bald früher bald später eintreten, mithin die Regel, die Gossen eben nach Bedarf spülen zu lassen, wenn streng gehandhabt, wirklich das Richtige sein dürfte. Gleichwohl gebe die Majorität der Commission anheim, die Proposition des Magistrates mit der Abänderung anzunehmen, daß es am Schlusse derselben heiße:

»welche zur Reinigung der Gossen nach dem demnächst festzustellenden Turnus zu öffnen sind«.

Die einundzwanzigste Proposition laute:

Das Spülen der Gossen sowie das Besprengen derjenigen öffentlichen Plätze, welche auf öffentliche Kosten gereinigt werden müssen, geschieht auch ferner unentgeltlich, für das Besprengen der Straßen, wenn solches gefordert wird, ist die in dem provisorischen Tarif vom 2. April 1863 festgesetzte Vergütung zu zahlen.

Ueber die Zweckmäßigkeit des ersten Theiles dieser Proposition sei die Commission in ihrer Gesamtheit einig gewesen. Dagegen sei es zur Sprache gekommen, ob es sich nicht empfehle, auch das Sprengen der Straßen auf Communalkosten beschaffen zu lassen. Indessen habe die angestellte Erwägung zu der allseitigen Ansicht geführt, daß die sehr bedeutenden Lasten, welche damit die Commune auf sich nehmen würde, zu den dadurch zu erzielenden Annehmlichkeiten nicht in richtigem Verhältnisse stehe, und demgemäß das seither befolgte Verfahren auch fernerhin beizubehalten sei. Die Commission schließe sich also dem Antrage des Magistrates an.

Hinsichtlich der zweiundzwanzigsten Proposition:

zur Ausdehnung der Röhrenleitungen auf diejenigen Straßen und Plätze der Stadt sowie auf diejenigen Promenadenstrecken, wo dieselben noch fehlen, werden dem Magistrate 3000 \mathcal{F} zur Disposition gestellt, um dieselben nach gemeinschaftlicher Beschlussfassung mit der Aufsichtsdeputation und der Direction der Stadtwasserfunkt zu verwenden, nachdem zuvörderst ermittelt ist, wo in der Stadt und auf den Promenaden dergleichen noch fehlen,

schließe sich die Commission den im Berichte des Magistrates entwickelten Motiven vollständig an und empfehle daher diesen Antrag zur Genehmigung.

Ebenso die dreiundzwanzigste Proposition, wonach

die Hydranten bis auf weiteres unverändert beibehalten werden sollen.

Was dann endlich die letzte Proposition anlange:

der Magistrat wird zugleich veranlaßt, mit Herzoglicher Landesregierung wegen Zahlung des vertragsmäßigen Beitrags zu den vorstehend erwähnten Aufwendungen in Verhandlung zu treten,

so setze die Commission voraus, daß der Magistrat hierbei auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen werde, und empfehle um so mehr die Genehmigung dieser Proposition.

Am Schlusse seines Berichts habe der Magistrat die Anlagekosten verschiedener fremder Wasserleitungen zusammengestellt und gezeigt, in welchem Verhältniß dazu die Kosten der hiesigen Anlage stehen. Es gehe daraus allerdings mit Evidenz hervor, daß es ein Irrthum gewesen, zu glauben, daß eine den hiesigen Verhältnissen auch nur einigermaßen entsprechende Wasserkunst für die verhältnißmäßig geringe Summe von 210,000 \mathfrak{R} herzustellen sein werde. Nunmehr aber sei das Werk soweit gediehen, daß man nicht wohl umhin könne, die noch fehlenden Einrichtungen gleichfalls auszuführen. Man könne aber auch ohne Besorgniß diese Nothwendigkeit anerkennen, da sich thatsächlich die Benutzung des Instituts immer mehr ausdehne, und schon der Erfolg des ersten Jahres zu der Erwartung berechtige, daß die darauf verwandten Kosten sich in nicht allzuferner Zeit angemessen verzinsen werden. Und auf alle Fälle endlich werde man in den anderweitigen hochwichtigen Vortheilen, welche die Anstalt gewähre, ein Aequivalent für die dafür gebrachten pekuniären Opfer finden dürfen. Ihr Werth für die Bequemlichkeit der Bürgerschaft und für die Gesundheitspflege der Stadt werde Niemand entgegen können; am deutlichsten aber habe ihre Wichtigkeit sich bei den seit ihrer vollständigen Inbetriebsetzung aufgetretenen Schabenfeuern dargeban: die hierbei durch sie geleistete Hilfe sei jedem Beobachter nicht nur als eine auffallend tüchtige, sondern selbst als eine wunderbar imposante erschienen. Alles in Allem werde man sie als eine zeitgemäße und unabweisbar nothwendige Einrichtung mit Freuden begrüßen.

Es wird hierauf zunächst der allgemeine Antrag der Commission, die eingetretenen Abänderungen des Planes und die daraus erwachsenen Mehrkosten betreffend, zur Debatte gestellt.

Herr Schmidt. Wie er bereits in den Commissionsitzungen auszusprechen Anlaß genommen habe, weiche seine Ansicht wesentlich ab von der durch den Herrn Referenten vertretenen. Allerdings anerkenne auch er von vornherein, daß die Wasserkunst eine Wohlthat für die Stadt sei. Aber gewünscht hätte er, der Magistrat möchte die Seite 53 am Schlusse seines Berichtes zusammen gestellten Erfahrungen in Erwägung gezogen haben, bevor überhaupt das Unternehmen in Angriff genommen wäre. Dann würde der Magistrat von Anfang an zu dem Schlusse gelangt sein, daß für eine Stadt wie Braunschweig eine Wasserkunst sich nicht für 210,000 \mathfrak{R} herstellen lasse. Wie der Magistrat statt dessen vorgegangen sei, lasse sich bei ihm, soweit Redner sehe, nur ein zwiefacher Gesichtspunkt annehmen. Entweder nämlich habe sich der Magistrat in gutem Glauben auf die Voranschläge der Sachverständigen gestützt. Wenn nun aber Sachverständige Voranschläge liefern und dieselben hinterher überschreiten, wie dies nach Ausweis von Seite 18 des erwähnten Berichtes in diesem Falle geschehen sei — der Herr Redner führt die einzelnen Posten auf — so müsse man entweder an seiner eigenen Einsicht verzweifeln, oder man könne von der jener Sachverständigen keine besonders hohe Meinung haben. Oder aber — dies sei die zweite Möglichkeit —

der Magistrat habe in der That vorausgesehen, daß die Anlage 4 — 500,000 \mathcal{F} kosten werde, gleichwohl aber zuerst nur 210,000 \mathcal{F} angefordert im Verlaß auf die alsdann von selbst eintretende Nothwendigkeit fernerer Nachbewilligungen. Was von beiden auch richtig: beides mache die Thätigkeit der Finanzcommission illusorisch und widerstreite der Würde dieser Versammlung. Redner fühle sich daher gedrungen, gegen das Verfahren des Magistrats in dieser Angelegenheit aufs feierlichste zu protestiren und, fernere Anträge vorbehaltend, zunächst den Antrag zu stellen,

daß die Versammlung Mittel ergreife, derartige Verwendungen aus dem städtischen Vermögen ein für alle Mal unmöglich zu machen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Vor allem müsse er gegen die zweite Supposition des Herrn Schmidt ganz entschieden Verwahrung einlegen. Dieselbe involvire eine Beleidigung des Magistrats, und da Herr Schmidt eine solche gewiß nicht beabsichtigt habe, so lasse sich nur annehmen, daß derselbe seine Worte nicht so reiflich überlegt habe, wie er selbst wünschen müsse. Dem Proteste des Herrn Schmidt wohne keine Bedeutung bei: ein einzelnes Mitglied der Versammlung könne wohl Einwendungen gegen Schritte des Magistrats erheben, ein Protest jedoch gegen Verwendungen zu städtischen Zwecken sei unmöglich. — Zur Sache selbst wolle er Folgendes bemerken. Bei dieser ganzen Angelegenheit, wie Jedermann wisse, habe von Anfang an vollste Oeffentlichkeit gewaltet; alle Verhandlungen darüber haben der Versammlung vorgelegen, eine Commission derselben habe Schritt für Schritt die Vorschläge des Magistrats ihrer Prüfung unterzogen: mit volstem Rechte also würde, wenn überhaupt, auch diese der Vorwurf treffen, welchen Herr Schmidt erhebe. Es seien Anschläge gemacht, welche von auswärtigen Technikern wie von einer Regierungscommission begutachtet und gebilligt worden; und eben diese Anschläge haben dem Magistrat und der Versammlung zum Maßstabe gedient. In diesem Hergange könne der Magistrat getrost seine Rechtfertigung suchen. In dem Berichte werde dargestellt, wie die Ueberschreitungen entstanden: daß Abänderungen nöthig befunden seien, daß mancherlei Umstände, wie vor allem die Fundamentirung des Maschinenhauses, von den Technikern nicht im gehörigen Maße haben vorgesehen werden können; grade mit Rücksicht hierauf habe sich der Stadtbaumeister von Anfang an außer Stande erklärt, einen specificirten Voranschlag aufzustellen. Die hohen Ueberschreitungen seien zu beklagen, und der Magistrat habe gegen den betreffenden Commissionsantrag nichts einzuwenden: demselben werde zu entsprechen sein, indem die ausführenden Techniker angewiesen werden, in der Folge von allen Incidenzfällen vor allem weitem Vorschreiten Mittheilung zu machen. Für seine Person sei Redner allerdings der Meinung, daß auch die Techniker wegen der von ihnen immerhin eigenmächtig vorgenommenen Abänderungen des Planes einige Entschuldigungen verdienen, zumal da die hierfür aufgelaufenen Ueberschreitungen, wie sich herausstelle, in Wirklichkeit gar nicht so beträchtlich seien, als es den Anschein habe; denn auch bei einer Ausführung des Werkes ganz dem Voranschlage gemäß würden Ueberschreitungen unvermeidlich gewesen sein. Selbst aber wenn der Magistrat wirklich die Höhe der Kosten im Voraus übersehen hätte, so würde er dennoch deren Verwilligung beantragt haben, vorausgesetzt daß dadurch der Stadt keine Verlegenheiten erwachsen wären; und ohne Zweifel würde die Versammlung, in Anbetracht der voraussichtlichen hohen Vortheile des Instituts, gleichfalls größere Summen ohne Bedenken verwilligt haben. Daß diese Vortheile nicht billiger zu haben ge-

wesen, möge man beklagen; daß sie nicht zu theuer zu stehen kommen, zeige der Vergleich mit anderen Städten. Die Ueberschreitungen werden sich allmählig ausgleichen, während die gewonnenen dauernden Vortheile gar nicht in Gelde anzuschlagen seien, insbesondere bei den hiesigen Wasserverhältnissen, welche ohne die Wasserkunst bei Feuersbrünsten möglicherweise den Fall herbeiführen könnten, daß man effectiv nicht wüßte, woher das nöthige Wasser nehmen. Trotz Allem was man anders wünschen möchte, werde man daher nicht umhin können, es für ein Glück zu halten, daß die Wasserkunst endlich da sei.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß er in den Worten des Herrn Schmidt eine Beleidigung des Magistrats nicht sehen könne. Andernfalls würde er es als seine Pflicht erkannt haben, gegen dieselbe einzuschreiten.

Herr Schmidt weist jede beleidigende Absicht von sich. Auch er, wie schon gesagt, erkenne in der Stadtwasserkunst eine wahre Wohlthat, ja er sehe in ihrer Herichtung eins der größten Verdienste des Herrn Magistratsvorsitzenden. Dagegen aber müsse er Einsprache erheben — und Viele werden hierbei auf seiner Seite stehen — daß erst 200,000 \mathfrak{f} gefordert und hinterher soviel mehr verbraucht worden sei; auch werde er schwerlich auf Widerspruch stoßen, wenn er behaupte, der Magistrat habe wissen können, daß das Unternehmen mehr als veranschlagt worden kosten werde.

Herr Leiste stimmt der von der Commission ausgesprochenen Rüge bei, findet darin jedoch zu einseitig hervorgehoben, daß die Beamten eigenmächtig Ueberschreitungen herbeigeführt haben. Mit Herrn Schmidt sei er der Meinung, daß es ebenso wichtig sei, von vornherein für richtige Voranschläge zu sorgen, als die ausführenden Beamten an deren Beobachtung zu binden. Möglich, daß die Commission der Versammlung den Fortgang dieser Angelegenheit nicht so genau controlirt habe wie nöthig gewesen wäre; dies aber entlaste den Magistrat und seine Beamten mit nichts, da es nur natürlich sei, daß spätere Instanzen die vorangehenden mit einem gewissen Vertrauen gewähren lassen, zumal wenn diese, wie hier der Magistrat, die an der Verantwortlichkeit meist theilhaftigen seien. Die zweite Supposition des Herrn Schmidt müsse er unstatthaft finden: an diese Möglichkeit sei nicht zu denken. Aber allerdings hätte der Magistrat die Vergleichung des Aufwandes, welchen andere Städte für denselben Zweck gemacht, früher anstellen sollen. Dann würde er gegen die ihm vorgelegte Taxe haben mißtrauisch werden müssen. Und um so größere Veranlassung habe vorgelegen, diese Taxe zu prüfen, als die der Regierungscommission bedeutend höher ausgefallen sei. Bei dieser Gelegenheit habe sich ihm denn auch noch ein zweiter Wunsch aufgedrängt, den er aussprechen wolle, ohne deswegen einen ergänzenden Antrag zu stellen. Mit dem Magistrate müsse man beklagen, daß die ausführenden Beamten bei Aufstellung ihrer Rechnungen sich so wenig an den Voranschlag angeschlossen haben; aber auch der Magistrat hätte in dieser Beziehung der Versammlung wohl etwas mehr entgegenkommen können: auch in seinem Berichte seien einzelne Positionsnummern zusammengewürfen, welche sich wohl auseinander rechnen lassen, aber doch nicht ohne große Mühe.

Herr Graf. Allerdings habe eine Commission dieser Versammlung seit Jahren alle Anschläge zu diesem Werke zu prüfen gehabt; dasselbe sei jedoch so umfangreich und vielseitig, daß es selbst für Techniker rein unmöglich gewesen, sich im Voraus ein sicheres Urtheil im Einzelnen zu bilden. Nach dem Anschlage z. B. habe ein Standrohr gebaut werden sollen: hätte man gewußt, wie schlecht ein solches sich würde aus-

genommen haben, so wäre ohne Zweifel von vornherein der Thurm bewilligt worden. Gerade von Technikern der Regierung sei das gewählte Areal für das allerpassendste erklärt worden, und gerade in den durch diesen so ungünstigen Grund und Boden veranlaßten Ausgaben liege die Hauptüberschreitung. Im Allgemeinen könne man sich der fertigen Anlage freuen: setze man sich also auch über die unvermeidlich gewesenen Mehrkosten hinweg.

Herr Lissebon. Wie bekannt, habe die Wasserkunst auf dem Zuckerberge angelegt werden sollen, und sei auf das hin der Anschlag zu 210,000 R aufgestellt worden. Daß das jetzige Terrain das allerschlechteste, welches rings um Braunschweig nur aufgefunden werden konnte, daß dasselbe nothwendig bedeutende Mehrkosten zu Wege bringen mußte, habe Jedermann voraussehen können. Daher müsse Redner sich der Rüge des Herrn Schmidt anschließen. Wieviel sodann beim Bau der Filter verschwendet worden, das habe Redner selbst zu beobachten vielfach Gelegenheit gehabt: dafür sicherlich verdiene der Ingenieur keine Belobigung. Wenn nun von Seiten der Commission ein Hochreservoir nicht in Aussicht genommen werde, so sei diese Einschränkung gewiß nicht das Zweckmäßigste, da, wie er schon vielfach entwickelt habe, die Möglichkeit einer gleichzeitigen Außerstandsetzung beider Maschinen doch keinesfalls in Abrede gestellt werden, ohne Hochreservoir also die Wasserkunst nicht für vollständig gelten könne.

Herr Bantler. Die Einseitigkeit der von der Commission beantragten Rüge, wogegen Herr Leiste sich ausgesprochen habe, finde ihre Erklärung in der Kürze der Motivirung. Wenn aber über diesen Punkt speciell hätte referirt werden sollen, so würde man den ganzen Hergang haben recapituliren müssen, was unmöglich und bei der vor auszusetzenden Instruction der Versammlung durch den Magistratsbericht auch unnöthig gewesen sei. Rücksichtlich der Aeußerung des Herrn Lissebon über den Bau des Filters sei zu bedenken, daß, wenn ein Laie solchen Bau beobachte, sehr leicht Manches wie Verschwendung erscheinen könne, was der Techniker als unumgänglich nothwendig zu rechtfertigen wisse. Ziehe man im vorliegenden Falle in Erwägung, wie der Filter von allen Einflüssen der unteren Bodenschichten abgeschlossen werden mußte, so werde jenes Urtheil der Einsicht Platz machen, daß ohne die aufgewandten Arbeiten und Kosten der Zweck nicht zu erreichen gewesen wäre. Wie unangenehm auch die aufgelaufenen Mehrkosten seien: die Erfolge stellen sich als solche dar, daß man sich ohne allzu schwere Bedenken über jene hinwegsetzen könne. Der Zeitpunkt werde nicht fern sein, wo diese Erkenntniß allgemein durchdringe, und wo man gern noch zu ferneren Vergrößerungen schreite, wie der Andrang zur Benützung der Wasserkunst sie nöthig machen werde.

Herr Lissebon glaubt die Angaben des Herrn Worredners dahin berichtigen zu müssen, daß trotz aller Aufwendungen das Filter gegen das Grundwasser keineswegs gesichert, der Zweck also nicht erreicht sei.

Es wird damit die Debatte über diesen Punkt geschlossen und der allgemeine Antrag der Commission: Vorkerbung gegen Abänderungen und Ueberschreitungen einmal aufgestellter Baupläne zu treffen, zur Abstimmung gebracht, und, nachdem constatirt ist, daß der Antrag des Herrn Schmidt wesentlich damit übereinstimmt, von der Versammlung angenommen.

Indem sich sodann die Discussion zu dem ersten Specialantrage wendet, die Rechnung für justificirt, die vorgefallenen Ueberschreitungen für entschuldigt zu erklären, lenkt Herr Schmidt die Aufmerksamkeit auf Seite 16 des Magistratsberichtes, eine Stelle, aus der hervorgehe, daß der ausführende Ingenieur zu den vorgenommenen Veränderungen die Genehmigung nicht eingeholt habe. Mit Rücksicht auf diese Thatsache müsse er den Gegenantrag stellen,

den Antrag der Commission nur dann zu genehmigen, wenn die Gratification des Ingenieurs auf die demselben bereits ausgezahlten 1100 \mathfrak{M} beschränkt bleibe.

Herr Bautler ist der Meinung, daß eine solche Maßregel die städtischen Behörden dem Vorwurfe ungerechtfertigter Härte aussetzen müsse. Allerdings sei das Verfahren des Ingenieurs keineswegs völlig in der Ordnung, aber seine Vertheidigung würde doch wahrscheinlich auf Verhandlungen hinführen, die, wenn auch nur gesprächsweise, mit der Commission gesloßen seien; und wenn nicht diese Rechtfertigung, so werde jedenfalls die Entschuldigung bleiben, daß die Umstände kein anderes Verfahren gestattet haben. Bei einem Bau wie der in Rede stehende, bei welchem so mancherlei zu berücksichtigen gewesen sei, wo auch die Regierung mitzusprechen gehabt und eben die Wahl des jetzigen Plazes zur Bedingung ihrer Mitwirkung gemacht habe, dürfe man in dieser Hinsicht nicht so streng urtheilen. Die Bemühungen des ausführenden Ingenieurs seien mit der vorgeschlagenen Gratification immer noch mäßig bezahlt, und trage Redner daher nochmals darauf an, über jene Unregelmäßigkeiten hinwegzusehen.

Herr Leiste erklärt sich aus formellen Gründen gegen den Antrag des Herrn Schmidt. Es bestehe nämlich zwischen dem jetzt vorliegenden Commissionsantrage und der erst weiterhin zu erörternden Frage wegen der Gratification des Ingenieurs kein innerer Zusammenhang, wenn nicht etwa Herr Schmidt — was doch wohl nicht seine Absicht sei — den Ingenieur in der Weise für die vorgefallenen Ueberschreitungen verantwortlich zu machen gedenke, daß derselbe zu einer Rückzahlung angehalten werde. Daher werde es passender sein, den Gegenantrag zu stellen, wenn die Gratificationsfrage zur Discussion stehe.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari führt zur Rechtfertigung des Ingenieurs Folgendes aus. Es sei schon darauf hingewiesen und zugestanden worden, wie der Magistrat es durchaus nicht billige, daß Ueberschreitungen veranlaßt seien, bevor die entsprechenden Verwilligungen ausgewirkt worden. Allein grade über die Frage, ob ein Standrohr oder ein Druckthurm die zweckmäßigere Einrichtung sei, herrsche zwischen den Technikern große Differenz, gewichtige Stimmen erklären letzteren für weitaus besser, Herr Claus aber habe den löblichen Bunsch gehabt, Alles so in's Werk zu richten, daß der Erfolg den Kosten entspreche, und dies sei im vollstem Maße erreicht: von Unbeginn habe die hiesige Wasserkunst — und dies lasse sich nicht von jeder rühmen — ohne jegliche Störung ihre volle Wirksamkeit entfaltet. Hätte Herr Claus seine Ansicht früher vorgelegt, ohne Zweifel würden die städtischen Behörden gleichfalls das Sichere für das Unsichere gewählt haben. Gefehlt habe er darin, daß er dies nicht gethan, in der Sache selbst könne man sein Verfahren nur als dem wohlverstandenen Interesse der Stadt entsprechend erklären.

Herr Schmidt will die Tüchtigkeit des Werkes nicht anfechten, glaubt jedoch darauf bestehen zu müssen, daß vor Einleitung einer Maßregel von so weitgreifenden

pecuniären Folgen erst die Genehmigung der Behörden hätte eingeholt werden sollen. Herr Bantler hält der Herr Redner entgegen, daß seiner wohlbegründeten Vermuthung nach Ingenieure sich hätten finden lassen, welche das Werk ohne Ertragsratification übernommen haben würden, und daß ferner, wenn die Wasserkunst so tüchtig sei, wie sie denn in der That befunden werde, die ausführenden Beamten eben nur ihre Schuldigkeit gethan haben. Müsse durch Schuld des Ingenieurs die Stadt soviel mehr ausgeben, so sei es gerecht und billig, daß jener selbst sich mit den empfangenen 1100 R begnüge.

Gleichwohl wird von der Versammlung der Antrag des Herrn Schmidt abgelehnt, und der Antrag des Magistrats und der Commission fast einstimmig genehmigt.

Zu dem zweiten Specialantrage, betreffend die von dem Fabrikanten Eggestorf liquidirten Mehrforderungen übergehend,

bemerkt der Herr Vorsitzende daß auf Seite 14 des Magistratsberichtes in dem »Für Maschinen« beginnenden Passus unrichtige Zahlen stecken müssen.

Herr Bantler giebt die gewünschte Aufklärung, indem er nachweist, daß der Posten von 4200 R , als noch restirend, in der Summe von 21,734 R einbegriffen sei. Dann fährt Herr Bantler fort: Es seien in Betreff dieses Punktes sehr verschiedene Ansichten laut geworden. Einerseits nämlich habe man anerkannt, daß anständiger Weise die Stadt jene Forderung bewilligen müsse, andererseits werde geltend gemacht, wie bei so großen Ausgaben keine Möglichkeit vorliege, freigebig zu sein. Zu bedenken bleibe allerdings, daß der Fabrikant ohne Zweifel des Glaubens gewesen sei, zum vollen Betrage seiner Forderung befriedigt zu werden, und daß derselbe nur unter dieser Voraussetzung die zweckmäßig erschienenen Aenderungen an den Maschinen vorgenommen habe; dennoch aber werde auch seitens des Directoriums der Gasanstalt eine Abfindungssumme vorgeschlagen, und demgemäß habe die Commission ihren Antrag formulirt, weil sie glaube, der Fabrikant könne und werde sich darauf wohl einlassen.

Herr Leiste. Ihm wolle diese Auffassung nicht einleuchten. Herr Reuter habe sich dahin ausgesprochen, daß eine solche Auskunft vom Standpunkte eines Privatmanns aus allerdings wohl angemessen erscheinen könnte, zugleich jedoch hinzugefügt, eine Commune wie Braunschweig müsse anders handeln. Der Fall liege so, daß der Fabrikant bona fide Aenderungen zur Verbesserung der Maschinen vorgenommen habe, und seine Leistungen seien so vorzüglich, daß nach dem Gutachten Sachverständiger ihm mit dem bedungenen Preise nur die Selbstkosten ersetzt werden. Unter diesen Umständen und gegenüber so vielen zugestandenen Ueberschreitungen in anderen Punkten dürfe man hier doch nicht wohl so kleinlich rechnen.

Herr Vissébon erklärt sich in demselben Sinne. Wenn alle Anschläge so inne gehalten wären wie der des Fabrikanten, so stände es um die ganze Sache besser; für seine Person werde daher Redner diese Mehrkosten mit Freuden bewilligen.

Herr Häusler. Es handle sich hier nicht um eine Anschlagssumme, sondern um beiderseits vereinbarte Anforderungen. Herr Claus habe die Aenderungen an den Maschinen veranlaßt, aber weder er noch der Fabrikant habe seine Forderung entsprechend erhöht. Hiervon jedoch werde in diesem Falle abgesehen werden müssen, da es

allerdings der Würde der Stadt nicht so wie etwa einem Privaten züme, sich hierin auf den strengen Rechtsstandpunkt zu stellen.

Herr Reuter führt zur Erläuterung des Sachverhalts an, daß die Seite 14 des Berichts unter b. c. d. e. aufgeführten Posten durch eine Anfrage seitens der Zuckerraffinerie veranlaßt worden: ob die Wasserkunst nach solchem Maßstabe angelegt werde, daß auch jene demnächst ihren Wasserbedarf daher beziehen könne? Anderes verhalte es sich mit den Aenderungen, zu welchen keine directe Veranlassung gegeben sei, und auf die, wenn man gewußt hätte, daß dafür besonders bezahlt werden müsse, verzichtet sein würde. Doch seien die Maschinen den vollen Betrag der Forderung in der That wohl werth.

Der Herr Vorsitzende. Da aus diesen Berichten zu entnehmen, daß die Aenderungen für die Stadt 3500 \mathcal{F} werth seien, und daß der Fabrikant ohne ihre Uebernahme bei dem bedungenen Preise von 25000 \mathcal{F} denselben Gewinn gehabt hätte, wie jetzt mit 28000 \mathcal{F} , so werde die Versammlung wohl in die Lage sein, jene 3500 \mathcal{F} zu bewilligen.

Doch wird dieser Antrag abgelehnt und die von der Commission empfohlene Abfindungssumme genehmigt.

Ohne Discussion stimmt sodann die Versammlung dem dritten, dem vierten und dem fünften Antrage der Commission bei.

Zum sechsten, die Bewilligung für Nachpflasterungen betreffenden Antrage bevortwortet der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß für die Zulänglichkeit der darin geforderten 500 \mathcal{F} seitens des Magistrats keine Garantie übernommen werden könne. Von einem Luxus jedoch könne bei dieser Ausgabe keine Rede sein, eine etwaige Ueberschreitung werde also auch ganz und gar unbedenklich scheinen.

Herr Schmidt schlägt aus diesem Grunde vor, in dem Beschlusse eine bestimmte Summe überhaupt nicht namhaft zu machen, und in dieser Form wird der Antrag des Magistrats angenommen.

Es folgt der siebente Antrag, und zwar zunächst dessen erster Theil, die Gratification für den Ingenieur betreffend.

Herr Leiste. In der Endabsicht, wenn auch nicht in den Motiven, müsse er sich einigermaßen Herrn Schmidt anschließen. Grade die Arbeiten des Ingenieurs seien noch zu keinem Abschluß gediehen; es scheine daher bedenklich, schon jetzt eine bestimmte und so hohe Summe dafür zu bewilligen, selbst wenn man die stattgefundenen Ueberschreitungen gar nicht in Betracht ziehe. Es dürfte daher angemessen sein, einstweilen vielleicht 500 \mathcal{F} für diesen Zweck auszuwerfen, die Schlussonorirung aber erst am Schlusse des Werks eintreten zu lassen. Damit werde man auch den Eifer des Ingenieurs für die Folge am besten sichern.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari. Folgende Erwägungen hätten den Magistrat bei seinem Antrage geleitet. Man sei zuerst der Meinung gewesen, den Ingenieur Hagen zu Hannover mit dem Werke zu betrauen; die Verhandlungen mit diesem aber haben sich zerschlagen, weil man sich über ein bestimmtes Honorar nicht habe einigen können. 5% der Anlagekosten zu gewähren, was jener gefordert, sei bedenklich erschienen, und zwar einmal als an sich kostspielig, und sodann, weil man auf diese

Art möglicherweise indirect darauf hingewirkt hätte, die Kosten der ganzen Anlage zu steigern. Hierauf habe Herr Claus das Werk übernommen. Auch mit ihm sei von vornherein über das Honorar verhandelt; auch er jedoch habe es abgelehnt, eine bestimmte Forderung zu stellen, weil er ein Werk von solcher Ausdehnung noch nicht ausgeführt habe und die dazu erforderlichen Bemühungen im voraus nicht zu übersehen vermöge. Demnach sei mit ihm dahin übereingekommen, daß er sich dem unterwerfen wolle, was von den städtischen Behörden und der Regierung für angemessen werde erachtet werden. Als es sich dann um Feststellung des Honorars gehandelt habe, sei ein Tarif zu Grunde gelegt, der von Seiten der hiesigen Architekten und Ingenieure selbst für ihre Arbeiten aufgestellt worden; durch Anwendung dieses Tarifs, unter Berücksichtigung ausschließlich derjenigen Summen, welche Herr Claus selbst verausgabte, habe sich ein Honorar von 2100 \mathfrak{f} ergeben; und obwohl dieser Betrag von vielen Seiten ungenügend befunden sei, habe der Magistrat dennoch nicht geglaubt weiter gehen zu sollen, um nicht wieder auf einen Weg der Willkür zu gerathen. Herrn Leiste's Vorschlag scheine theils bedenklich, theils unwirksam. Einmal sei es sehr ungewiß, wann Filter und Hochreservoir zur Ausführung kommen, und keinesfalls könne es doch für billig gelten, Herrn Claus auf unbestimmte Zeit hinaus auf Bezahlung für schon geleistete Dienste warten zu lassen. Sodann aber würde man dabei auch nach der einmal zu Grunde gelegten Berechnung ganz und gar nichts gewinnen. Der Herr Oberbürgermeister giebt demgemäß anheim, es beim Antrage des Magistrats und der Commission bewenden zu lassen.

Gegen die Anträge der Herren Schmidt und Leiste erklärt sich auch

Herr Häusler: Auf dem Wege der Compensation für die Ueberschreitungen etwa einen Abzug am Honorare des Ingenieurs eintreten zu lassen, werde den Herren selbst nicht gerechtfertigt erscheinen können. Das einzig Richtige sei, entweder Herrn Claus streng zur Rechenschaft zu ziehen, oder unverhohlen anzuerkennen, daß er im guten Glauben gehandelt habe. Bei Lesung des Berichts habe Redner den Honoraransatz kaum begreifen können, so gering sei ihm derselbe erschienen, in Anbetracht daß Herr Claus seit 1859 wenigstens drei Jahre mit Aufstellung der Pläne und mit den Vorverhandlungen beschäftigt und dann drei Jahre lang leitender Ingenieur gewesen sei — alles Arbeiten, welche neben dem anstrengendsten Fleiße auch wissenschaftliche Kenntnisse erfordern. Daß ein Ingenieur gratis arbeiten werde, wie Herr Schmid meine, werde dieser selbst vom Standpunkte des Geschäftsmannes aus doch kaum hoffen können. In andern Städten bezahle man ähnliche Leistungen noch viel reichlicher, in Hamburg z. B. mit nicht unter 2% des Anlagecapitals, wonach Herrn Claus 6000 \mathfrak{f} zustehen würden. Allerdings sei er nach Vorlegung des erwähnten Tarifs von dieser seiner Ansicht zurückgekommen; aber an dem nunmehr angenommenen Ergebniss liege kein Grund vor noch in irgend einer Weise zu mäßen, und würde es daher auch unangemessen scheinen, noch spätere Leistungen einzubedingen, für diese vielmehr werde ein anderweitiges Honorar nach Maßgabe des von den Ingenieuren und Architekten aufgestellten Tarifs zu bewilligen sein.

Herr Bantler schließt sich dem an. Als Fabrikant könne er bezeugen, daß 2100 \mathfrak{f} in diesem Falle ein sehr mäßiges Honorar sei. Beim Bau von Zuckerfabriken hier im Lande betrage der Minimalsatz des Honorars für den ausführenden Inspectors 1000 \mathfrak{f} , wozu dann noch verschiedene Nebenvortheile kommen, so daß der Gewinn eines solchen Inspectors sich auf 1500 — 2000 \mathfrak{f} zu belaufen pflege. Was

an Arbeiten für die Wasserkunst noch folge, sei unbestimmt, der eigentliche Bau vollendet, und so werde unbedingt das Passendste sein, auch mit Herrn Claus vorläufig abzuschließen, wenn auch unter Verabredung wegen seiner ferneren Dienste.

Herr Leiste anerkennt nach dem Vorgetragenen daß eine abschließende Summe allerdings geboten zu sein scheine. Den Compensationsstandpunkt theile er nicht, wie er von vornherein bemerkt habe; nur gegen Ertragratificationen, die etwa nicht verdient wären, habe er gemeint Einsprache erheben zu müssen.

Herr Schmidt. Grade weil er Geschäftsmann sei, habe er auch die Gewissheit, daß sich gratis ein Ingenieur gefunden hätte, und zwar aus Gründen, deren Darlegung sich der Deffentlichkeit entziehe. Wenn in Hamburg ein Ingenieur unter andern Bedingungen diene, so gehöre er alsdann auch der Stadt ausschließlich, was bekanntlich bei Herrn Claus nicht der Fall sei.

Zur vollständigen Beurtheilung der Sachlage glaubt Herr Reuter darauf hinweisen zu müssen, daß Herr Claus auch Auslagen gemacht habe, und daß diese in den 700 R , welche ihm zuerst ausgezahlt worden, mit einbegriffen seien.

Herr Flagge findet die vom Magistrat beantragte Gratification, weit entfernt zu hoch zu sein, den ausgezeichneten Leistungen des Herrn Claus selbst nicht entsprechend, und beantragt demnach eine Erhöhung derselben auf 2000 R .

Herr Bieweg spricht sich in Betreff der Höhe der vorgeschlagenen Gratification in gleichem Sinne aus.

Doch wird sowohl der Antrag des Herrn Flagge als auch der des Herrn Schmidt von der Versammlung abgelehnt, der des Magistrats und der Commission dagegen angenommen.

Bei Beginn der Berathungen über den zweiten Punkt des siebenten Antrages, betreffend die Gratification für den Stadtbaumeister, erhält das Wort zuerst

Herr Schmidt. Bei den folgenden Gratificationen, bemerkt derselbe, handle sich um das Princip. Städtische Beamte seien dazu da, für die Stadt zu arbeiten; sie bei jeder außergewöhnlichen Gelegenheit nochmals zu honoriren, erscheine deswegen unstatthaft. Wenn der Stadtbaumeister für überbürdet gelte, so werde das Richtige sein, einen zweiten Baumeister anzustellen. Werde eingeworfen, daß andere dieser Herren aus Grund ihrer Contracte dergleichen Gratificationen fordern können, so möge dies immerhin richtig sein, wie denn z. B. im Contracte des Kämmerers in der That dessen Leistungen aufgezählt und auf den Fall der Ueberschreitung dieses Maßes Ertragsvergütungen verheißen werden; aber daraus könne Keiner im vorliegenden Falle selbst für diesen Beamten keine Berechtigung ableiten. Aus Princip also sei er gegen die Anträge des Magistrats und der Commission, und stelle den bezüglichen Gegenantrag.

Herr Bautler. Allerdings seien die folgenden Gratificationen aus anderen Gesichtspunkten wie die des Ingenieurs zu beurtheilen, und principiell möge man Herrn Schmidt beistimmen können. Aber jedes Princip habe eine Grenze seiner Anwendbarkeit, und eine solche trete hier ein. Man komme unwillkürlich zu einem Rechenexempel, welches ergebe, daß die Stadt sich besser stehe bei Ertragratificationen, als wenn sie jederzeit soviel Arbeitskräfte als möglicherweise nöthig sein könnten, in Bereitschaft halte. Es stehe fest, daß der Bau der Wasserkunst dem Stadtbaumeister eine wesentliche Vermehrung seiner Arbeit verursacht habe, und da hierdurch sein Ressort so belastet

sei, daß er in seiner Dienstzeit nicht alles habe bewältigen können, so müsse er dafür billigerweise außerordentlich belohnt werden, obwohl ausdrücklich bemerkt werden solle, daß dies keineswegs in den Erwartungen des Stadtbaumeisters liege.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wenn Herr Schmidt den Grundsatz ausgesprochen habe, ein städtischer Beamte könne gebraucht werden ohne besondere Gratification, so sei dies zwar ganz richtig. Allein ihn zu belassen ohne Ziel, über seine Kräfte hinaus, zu verlangen, daß er seine Erholung, seine Nachtruhe dem Dienste zum Opfer bringe, sei unmöglich. Leiste er außerordentliche Arbeiten, so könne er dafür eine außerordentliche Gratification zwar nicht verlangen, aber wenn die städtischen Behörden überzeugt seien, daß er mehr leiste als wozu er verpflichtet, so müssen dieselben auch so billigenkend sein, den guten Willen anzuerkennen und zu honoriren. Der Magistrat würde speciell in diesem Falle, wo — wie schon ganz richtig angeführt worden — der Stadtbaumeister eine Gratification nicht erwarte, das Geld sparen können; aber ebensowohl werde diese Uneigennützigkeit als ein Grund mehr gelten können, jene Anerkennung zu bewilligen. Und was hier der Magistrat beabsichtige, geschehe auch im Regierungsdienste, bei Eisenbahnbauten u. s. w.: das gehöre mit dazu, um den Eifer der Beamten wach zu erhalten. — Mit dem Kämmerer sei unter Zustimmung der Versammlung ein Contract abgeschlossen, worin seine Leistungen limitirt und für außerordentliche Arbeiten denselben entsprechende Gratificationen zugesagt werden. Die Höhe derselben sei freilich nicht normirt; selbstverständlich jedoch könne die Commune für Arbeiten, wie sie dem Kämmerer bei dieser Gelegenheit obgelegen, keine beliebige Kleinigkeit bieten.

Herr Uhde. Auch er würde ganz damit einverstanden sein, daß ein zweiter Baumeister angestellt würde, wenn die ungewöhnlichen Anstrengungen, welche der Stadtbaumeister in den letzten Jahren habe übernehmen müssen, dauernd wären. Da hier aber nur die Stadtwasserkunst die Ursache gewesen, so halte er es durchaus für angemessen, daß die Arbeiten lieber dem schon erprobten städtischen Beamten als einem Fremden seien übertragen worden. Für außerordentliche Anstrengungen aber auch außerordentlich zu belohnen, sei nicht mehr als billig.

Der Antrag des Magistrats und der Commission wird hierauf von der Versammlung angenommen.

Desgleichen ohne Debatte der Commissionsantrag auf Erhöhung der Remuneration des Bauverwalters Böcker, sowie der gemeinsame Antrag des Magistrats und der Commission wegen der Gratification des Stadtkämmerers.

Hinsichtlich der von der Commission beantragten Absetzung der Gratification für die beiden Stadtcassencontroleure,

sprechen die Herren Nothdurft, Flügge und Leiste sich dafür aus, bei dem Magistratsantrage zu bleiben, und nicht nach dem bisher mit vollen Händen verwilligt sei, gerade hier eine Einschränkung eintreten zu lassen, wo davon Beamte in verhältnißmäßig beschränkter Lage würden betroffen werden.

Herr Bantler erklärt das Commissionsvotum aus der Erwägung, daß, nachdem schon dem Rechnungsführer die gebührende Remuneration zugebilligt worden, die Controleure dabei streng genommen nicht mehr concurriren, ja daß es selbst richtiger gewe-

sen wäre, ihnen gar nichts auszusetzen, da es Sache des Rämmeres sei, sich die nöthigen Gehilfen zu halten.

Gleichwohl wird der Commissionsantrag von der Versammlung abgelehnt, der ursprüngliche Antrag des Magistrats angenommen.

Wegen der vorgerückten Stunde beschließt die Versammlung, die Verhandlungen über die noch übrigen Propositionen auf die nächste Sitzung zu verschieben,

worauf die heutige Sitzung geschlossen wird.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 196. Stücke de 1866
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 8.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. August 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Ding, Flagge, Häusler, Kahlert, Kellner, Niemeyer, Bieweg.

Der Herr Landsyndicus Desterreich eröffnet die Sitzung, und wird alsdann die Erledigung des Protokolls vom 26. Juli mit Genehmigung der Versammlung auf die nächste Zusammenkunft verstellt.

Vor Beginn der Tagesordnung

I. berichtet der Herr Vorsitzende über ein Schreiben vom 6. v. Mts., worin der Magistrat beantragt, dem Warchentfabrikanten Christoph Fischer aus Suhle, welcher die hiesige Messe in diesem Sommer zum hundertsten Male besucht, das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Da die Stadt ihre Theilnahme bei gleichen Fällen immer auf diese Weise zu erkennen gegeben hat, der Fabrikant Fischer auch, eingezogener Erkundigung nach, von höchster Achtbarkeit ist, erklärt die Versammlung sich mit dem Vorschlage des Magistrats einverstanden.

Hierauf zur Tagesordnung übergehend

II. setzt die Versammlung die Berathung der Vorlagen in Betreff der Stadtwasferkunst fort,

und werden zunächst die Propositionen der Commission unter 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 15 ohne Discussion genehmigt.

Hinsichtlich des sechs zehnten Commissionsantrages, wonach

die Anlage eines zweiten Filters für jetzt noch vertagt, zugleich aber der Magistrat, ersucht werden soll, sich in der Zwischenzeit durch eine nochmalige specielle Veranschlagung zu vergewissern, ob die dazu geforderten 12,000 fl in der That auch ausreichen werden,

erklärt der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß er gegen diesen Antrag im wesentlichen nichts einzuwenden habe, aber anheim geben müsse, denselben etwas anders zu fassen. Es handle sich für den Magistrat darum, zu wissen, ob der Bau in Frage gestellt sein solle oder nicht. Wenn nicht, so werde dies klarer so formulirt werden können, daß zwar die Nothwendigkeit eines zweiten Filters anerkannt, bevor aber über die Ausführung desselben Beschluß gefaßt werde, der Magistrat zu veranlassen sei, einen genauen Kostenanschlag aufstellen zu lassen. Allerdings aber müsse er im voraus bemerken, daß ein solcher nach den darüber eingezogenen Informationen ganz außerordentliche Schwierigkeit biete, da es einen beträchtlichen Unterschied mache, ob man das Werk in einem trockenen oder in einem feuchten Jahre zur Ausführung bringe, wie denn z. B. das erste Filter um 3000 fl billiger zu stehen gekommen wäre, wenn es statt im Sommer des Jahrs 1864 im vorigen Sommer hätte angefangen werden können.

Herr Lissebon stellt den Antrag:

die Versammlung wolle erklären, daß ein zweites Filter nicht so nothwendig sei wie ein Hochreservoir.

Zwar hege er nicht grade die Befürchtung, daß beim zweiten Filter der Anschlag wiederum so bedeutend werde überschritten werden, da man ja beim ersten hinlänglich experimentirt habe; auch wolle er nicht verkennen, wie viel ein zweites Filter zur Verbesserung des von der Wasserkunst gelieferten Wassers beitragen werde. Allein dieser Vortheil sei doch keinesfalls so groß, daß er die Nachtheile des Mangels an einem Hochreservoir aufwiegen könne.

Herr Uhde bekennt sich zu der gerade entgegengesetzten Ansicht. Es komme jetzt vor allem darauf an, die Wasserkunst, wie sie einmal sei, möglichst vollkommen nutzbar zu machen, und dies könne nur dann geschehen, wenn möglichst klares Wasser in die Röhren einfließe. Die Benutzung der Wasserkunst sei in stetem Vorschreiten begriffen, schon jetzt reiche das vorhandene Filter kaum aus. Deshalb müsse Redner sich der von dem Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagenen Formulierung anschließen und zwar mit dem dringenden Wunsche, daß der Bau eines zweiten Filters spätestens im nächsten Sommer beginne. Die Fragen, ob ein Hochreservoir und wie dasselbe zu bauen, seien noch soweit unerledigt, daß die Versammlung sich durch einen Beschluß wie ihn Herr Lissebon hervorzurufen wünsche, möglicherweise in die Lage versetzen könne, späterhin das directe Gegentheil zur Ausführung bringen zu müssen.

Dem schließt sich Herr Reuter an. Wie zweckmäßig es sei, den Bau des zweiten Filters soweit vorzubereiten, daß derselbe im nächsten Sommer beginnen könne, werde eine genauere Mittheilung über die bisherige Zunahme des Consums ausweisen. In den ersten sechs Monaten des Jahrs 1865 habe derselbe 4,240,188 Cubikfuß, also im Durchschnitt täglich 23,200 Cubikfuß betragen; in der zweiten Jahreshälfte 6,389,922 Cubikfuß, oder 35,100 Cubikfuß nach täglichem Durchschnitt; in den ersten sechs Monaten dieses Jahrs 7,257,987, täglich also c. 40,000, und endlich während der letzten beiden Monate im Juni 70,000, im Juli 65,000 Cubikfuß täglich. Nun

habe das vorhandene Filter allerdings einen Flächeninhalt von 11,564 □Fuß, und könne — je 10 Cubikfuß binnen 24 Stunden auf den □Fuß gerechnet — mehr Wasser durchlassen als täglich verbraucht werde. Allein der Consum vertheile sich ganz unregelmäßig auf die verschiedenen Tagesstunden; in der Nacht werde häufig während einer Stunde nur 4 bis 500 am Tage 7 bis 8000 Cubikfuß verbraucht. Um so viel Wasser liefern zu können, als in den stärksten Verbrauchsstunden erfordert werde, müsse man, da weder Hochreservoir noch Steinwasserbassin zur Aufnahme filtrirten Wassers vorhanden seien, in jeder Stunde grade so viel filtriren wie verbraucht werde, was bei starkem Consume nur möglich, so lange die Filteroberfläche ganz rein sei. Hieraus folge, daß das Filter nicht gehörig ausgenutzt werden könne, und oft schon nach je fünf Tagen wieder gereinigt werden müsse. Dadurch aber entstehen erhebliche Ausgaben, und werde der Voranschlag hierfür jedenfalls bedeutend überschritten werden. Wenn Herr Lissebon behaupte, ein zweites Filter sei unnöthig, weil man die Bahnhof-Reservoirs benutzen könne, so müsse zunächst constatirt werden, daß er voriges Jahr ganz entgegengesetzter Ansicht gewesen: damals nämlich habe er, wie man sich erinnern werde, behauptet, es seien bei einer Filterreinigung Rückstände zu Tage getreten, welche gerechte Zweifel an der guten Beschaffenheit des gelieferten Wassers hervorgerufen hätten. Diese Rückstände seien allerdings nicht in dem Maße wie damals geschildert, in dem Wasser des Bahnhof-Reservoirs enthalten, sie abzusondern dazu diene eben das Filter, und sei das Filtriren um so weniger zu entbehren, da bei der Beschaffenheit einer großen Anzahl der hiesigen Brunnen viele Leute darauf angewiesen seien, Leitungswasser zu trinken. Daß man das Bahnhof-Reservoir für die Stadtwasserkunst mitbenutzen könne, sei sehr zweckmäßig; doch bestehe zwischen dem aus diesem entnommenen und filtrirtem Wasser immer noch ein großer Unterschied, wie jederzeit nachzuweisen sei. — Den Voranschlag betreffend, so müsse Redner auf das bereits vom Herrn Oberbürgermeister Bemerkte zurückkommen: entweder werde man dabei möglichst hoch greifen müssen, um event. weniger als veranschlagt worden zu verbrauchen, oder die Versammlung dürfe es in diesem Falle nicht so genau nehmen, indem die Kosten der Ausführung bei dem moorigen Baugrunde wesentlich dadurch bedingt seien, ob man eine trockene oder eine nasse Bauzeit treffe.

Herr Lissebon glaubt bei seinem Antrage beharren zu müssen. Der scheinbare Widerspruch zwischen seiner heutigen Behauptung und der von ihm vor einem Jahre ausgesprochenen Rüge löse sich einfach dadurch auf, daß das Wasser, worüber er bei jener Gelegenheit geklagt habe, nicht aus dem Bahnhof-Reservoir sondern aus dem undichten Filter herrührte. Das aus ersterem entnommene Wasser genüge für alle praktische Zwecke, auch Brauer und Brenner finden dasselbe brauchbar; könne man es nicht trinken, so werde man sich bis zur ermöglichten Anlage des zweiten Filters mit dem Trinkwasser begnügen müssen, welches man so lange ertragen habe. Und vollends zur Gossenspülung, welche im Juni und Juli jenen hohen Consum veranlasse, genüge es durchaus. Daß aber dem Hochreservoir ein Vorzug eingeräumt werde, wünsche er deswegen so dringend, weil das ganze Feuerlöschwesen der Stadt auf Zuführung des Leitungswassers basire. Ob das Hochreservoir ausreiche, das Wasser jedem höchst gelegenen Punkte der Stadt zuzuführen, ob es dasselbe nur bis in die erste Etage treiben könne, das sei für diesen Zweck gleichgültig; genug wenn es nur die Spritzen speise. Wenn dabei manche Anforderungen, welche man an die Stadtwasserkunst allenfalls stellen könne, noch unbefriedigt bleiben, so möge man bedenken, daß letztere

mindestens ebensosehr wie der Bequemlichkeit der Privaten auch der öffentlichen Sicherheit gegen Feuerzgefähr zu dienen bestimmt sei.

Herr Schmidt für die vom Herrn Oberbürgermeister gewünschte Formulirung. Doch müsse er nochmals auf die Wichtigkeit eines genauen Kostenanschlags hinweisen. Wenn man nämlich erwäge, daß das vorhandene Filter auf 10,500 \mathfrak{M} veranschlagt worden sei, und, obwohl nur etwa zur Hälfte der ursprünglich projectirten Größe ausgeführt, 18,225 \mathfrak{M} gekostet habe, der Anschlag also mindestens um das Dreifache überschritten sei: so werde darin die Versammlung allerdings Grund genug erkennen, vor definitiven Beschlüssen auf einen genauen Voranschlag zu bringen.

Herr Bantler. In der Commission sei die Ansicht vorherrschend gewesen, daß das zweite Filter dem Hochreservoir vorgehen müsse, und dafür sprechen auch Erkundigungen, welche er neuerlich eingezogen habe und von denen er der Versammlung sogleich Mittheilung machen werde. Ein nachmaliger Anschlag werde zu beschaffen sein, und bis dahin könne man mit dem definitiven Beschlüsse allerdings um so unbedenklicher warten, als der Magistrat ohne Zweifel zugleich die nöthigen Schritte thun werde, damit der Bau seiner Zeit möglichst beschleunigt werden könne.

Der Herr Vorsitzende resumirt den Sinn der seitens des Herrn Oberbürgermeisters in Vorschlag gebrachten Formulirung dahin,

daß die Versammlung den Bau des zweiten Filters allerdings ernstlich ins Auge fasse, daß aber vor weitergehenden Beschlüssen die Kosten desselben nochmals so genau als möglich anzuschlagen und darauf weitere Mittheilungen der Versammlung vorzulegen seien.

Herr Nieß glaubt, daß der vorliegende Anschlag genüge, da der zweite Filter doch einmal für nothwendig erklärt werde, und — wie mehrfach bemerkt worden — ein völlig zuverlässiger Voranschlag nicht möglich sei.

Doch genehmigt die Versammlung den nach Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters modificirten Antrag der Commission.

Zum siebenzehnten Commissionsantrage, dahin lautend,

daß von der Herstellung eines Hochreservoirs gleichfalls für jezt Abstand genommen werde, von den Technikern aber die genaue Veranschlagung der Kosten eines in die Erde eingemauerten und eines auf 20 Fuß hoher Substruction aufgesetzten gußeisernen Reservoirs, jedes zu 40000 Cubikfuß Inhalt angenommen, aufzustellen und die weitere Entscheidung vorzubehalten sei,

bemerkt Herr Bantler, den Commissionsbericht ergänzend, daß, wenn schon mit den seitdem stark veränderten Geldverhältnissen ein wesentliches Motiv des Commissionsvotums hinfällig geworden, dennoch eine genaue Prüfung dieser Angelegenheiten um nichts weniger nothwendig sei, und zwar hauptsächlich deshalb, weil zwei Pläne vorliegen, zwischen denen die Versammlung zu wählen habe. Bei dieser Sachlage habe er sich verpflichtet gefühlt, sich nochmals so eingehend als irgend möglich zu instruiren, und sei er dabei zu Ergebnissen gelangt, welche er der Versammlung nicht vorenthalten dürfe. Der Herr Redner verliest ein die Frage ausführlich beleuchtendes Exposé, in welchem mit Zahlen dargehan wird, daß ein Hochreservoir wie es bisher geplant worden, keinen Nutzen gewähren könne, welcher in einigermaßen richtigem Verhältnisse zu dem erforderlichen Aufwande stehe, die Ausführung eines solchen aber, welches das Maschinenwerk event. ersetzen könne, die finanziellen Kräfte der Stadt übersteige.

Herr Leiste. Mit Herrn Bautler werde man darin einverstanden sein, daß vor allen weitergehenden Beschlüssen über die Art und Weise der Ausführung eines Hochreservoirs auf einen genauen Vorschlag zu dringen sei, und müsse dies zumal nach den Zweifeln, welche sich aus der eben verlesenen Darlegung des Herrn Referenten ergeben, nur um so sachgemäßer erscheinen. Dagegen stimme er mit Herrn Lissebon und dem Magistrate in dem Wunsche zusammen, es möge ein Hochreservoir für unumgänglich nothwendig erklärt werden, und zwar, in Uebereinstimmung mit Herrn Lissebon, hauptsächlich deswegen, weil bei Anlage der Wasserkunst von Anfang an ein so großer Nachdruck auf das Feuerlöschwesen gelegt worden sei. Allerdings habe die Regierungscommission diese Nothwendigkeit nicht mit gleicher Bestimmtheit hervor gehoben, desto entschiedener aber der Ingenieur Claus, welcher soweit gehe, die Anstalt ohne Hochreservoir geradezu für unfertig zu erklären. Dem werden nun die Kosten eines Hochreservoirs, wie es angeblich beschaffen sein müsse, entgegengehalten. Allein in dieser Hinsicht dürfe man doch den Sachverständigen mehr Glauben schenken, als einzelnen Commissionsmitgliedern, welche immerhin nur als Laien urtheilen. Man möge sich hüten, daß nicht auch hier das Bessere der Feind des Guten werde: keinesfalls brauche ja das Hochreservoir das andere Werk vollständig zu ersetzen. Der Magistrat zwar scheine dies für nothwendig zu halten; wenn aber einstweilen der gänzliche Mangel eines Hochreservoirs nicht für contractwidrig gelte, wie könne dies denn ein solches, welches etwa nicht bis in die oberen Stockwerke der höchsten Häuser wirke. Das Richtige also werde sein, zunächst einen genauen Kostenanschlag zu fordern, um alsdann eine Erklärung über die Art und Weise der Ausführung abzugeben, dabei aber sogleich die dringliche Nothwendigkeit eines Hochreservoirs auszusprechen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari constatirt das völlige Einverständniß des Herrn Vorredners mit dem Magistrate: wenn Herr Leiste glaube, dieser halte sich für verpflichtet, unter allen Umständen auch die höchsten Häuser mit Wasser zu versehen, so werde er im Berichte des Magistrats das grade Gegentheil anerkannt finden. In der That werde manche Wasserkunst ohne Hochreservoir betrieben; den dabei möglichen Gefahren könne auf mancherlei Art begegnet werden, denen z. B., die aus einer Beschädigung des Hauptzuleitungszohres sich ergeben könnten, durch einen zweiten Röhrenstrang. Gegen den Vorschlag der Commission sei seitens des Magistrats kein Widerspruch erhoben, weil ein Beschluß darüber, ob ein Hochreservoir zu bauen oder nicht, bis zur Vorlage der Kostenanschläge allerdings ganz vergeblich sein würde. Denn da die soeben berührte contractliche Verpflichtung der Stadt nicht anerkannt werde, so müssen bei dieser Entschließung allerdings die Kosten den Ausschlag geben. Und ebenso werde erst die Vergleichung der geforderten beiden Anschläge das Material zur Entscheidung der Frage liefern, welcher Art Hochreservoir das zweckmäßigere sei. Daher empfehle er, die Discussion über diesen Punkt abzubrechen und den Antrag der Commission unverzüglich anzunehmen.

Auch der Herr Vorsitzende sieht keine Veranlassung zu einer so tief eingehenden Debatte, da es sich einstweilen nur darum handle, ob der Magistrat ersucht werden solle, die Anlage eines Hochreservoirs sowie die Art und Weise seiner Ausführung in nochmalige nähere Erwägung zu ziehen, die betreffenden Kostenanschläge zu veranstalten und dann der Versammlung weitere Vorlagen zu machen.

Herr Bautler giebt anheim, ob nicht füglich beschloffen werden solle, daß bei

der Veranschlagung gleich ein größeres Wasserquantum in's Auge zu fassen sei, als dies in den bis jetzt vorliegenden Plänen geschehen.

Herr Reuter bittet die Magistratsproposition anzunehmen, also die Herstellung eines Hochreservoirs definitiv zu beschließen, da über die Nothwendigkeit oder Entbehrlichkeit eines solchen immer noch zwei Ansichten unvermittelt einander gegenüber stehen, und demnach, falls die Versammlung sich nicht ausspreche, der Zweifel verlängert und weiter selbst die Beschaffung des nöthigen Materials erschwert sein werde.

Herr Uhde erklärt sich für die von dem Herrn Vorsitzenden formulirten Vorschläge, und bemerkt in Betreff des von Herrn Bantler angeregten Punktes, daß die 40,000 Cubitfuß, auf die das Fassungsvermögen des Hochreservoirs bisher angesetzt sei, etwa einen Tagesconsum ausmachen, was zu wenig scheinen müsse, wenn man erwäge, daß im Falle einer Unbrauchbarkeit der Maschine eine zweite Füllung des Hochreservoirs unmöglich werde. Daher möge man diese Frage allerdings lieber als eine offene behandeln.

Herr Leiste hält eine bestimmte Beschlussfassung über das Hochreservoir keineswegs für so ganz irrelevant, da, der Streit über dessen Nothwendigkeit einmal entschieden, dem Magistrat ein Antrieb und ein Rückhalt mehr werde gegeben sein, das Erforderliche zu veranlassen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß er grade dies bei seinem Vorschlage beabsichtigt habe. Gegen Herrn Reuter wiederholt derselbe, daß bei solcher Lage der Dinge, wie sie jetzt bestehe, der Beschluß: es soll ein Hochreservoir gebaut werden, völlig werthlos sei.

Hierauf schließen sich dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden auch die Herren Reuter und Leiste an, nachdem ersterer seinen abweichenden Wunsch dadurch motivirt hat, daß es zuvor habe scheinen können, als lege die Versammlung gar keinen Werth auf ein Hochreservoir.

Namens der Finanzcommission erklärt Herr Bantler, daß auch diese dem modificirten Magistratsantrage beistimmen werde.

Nachdem der Herr Vorsitzende seinen Vorschlag nochmals dahin erläutert hat: daß der Magistrat an seine eigenen bisherigen Propositionen nicht gebunden sein, sondern ersucht werden solle, zuvor erst noch alles Erforderliche in Ueberlegung zu ziehen, wogegen die Versammlung erkläre, daß sie ein Hochreservoir zwar für dringend wünschenswerth halte, zu einem definitiven Beschlusse aber erst dann Veranlassung finden werde, wenn ihr die verschiedenen neuen Pläne sammt den Kostenanschlägen vorliegen, wird dieser Vorschlag von der Versammlung angenommen.

Ohne Discussion schließt sich die Versammlung auch der achtzehnten und neunzehnten Proposition des Magistrats an,

nachdem eine Anfrage des Herrn Lissebon nach Anlaß und Sinn der in der neunzehnten Proposition enthaltenen Verfügung, wonach der Verkauf von Wasser aus den öffentlichen Brunnen unter Strafandrohung verboten sein soll,

der Herr Oberbürgermeister Caspari dahin beantwortet hat, daß, wenn bisher Private sich durch Dienstleute Wasser direct aus der Pfer haben zuführen lassen, dies aus den Brunnen nicht zu gestatten sei, wo die Stadt die Hebungskosten trage.

Gegenüber dem zwanzigsten Antrage der Commission, welcher für die Gassenreinigung einen festzustellenden Turnus fordert,

bittet der Herr Oberbürgermeister Caspari, an der Magistratsproposition, wonach die Gassenreinigung nach Bedarf vorgenommen werden soll, festzuhalten, da statutarische Vorschläge in dieser Sache unmöglich seien.

Herr Uhde erklärt es für eine irthümliche Auffassung, wenn man meine, die Commission wünsche einen tageweis umlaufenden Turnus angeordnet: es werde vielmehr genügen, wenn die Gassen in den verschiedenen Straßen je nach bestimmten Stunden vermittlest der Hydranten gespült werden.

Der Herr Oberbürgermeister ersucht die Commission, falls sie bei dieser Meinung beharre, den Entwurf des gewünschten Statutes vorzulegen, da der Magistrat sich so wie so außer Stande sehe, Vorschläge in dieser Beziehung zu machen.

Dem stimmt der Herr Vorsitzende in allen Stücken bei. Eine unabweichliche Ordnung lasse sich nicht feststellen; doch sei vorauszusetzen, daß nach einer bestimmten den Bedürfnissen entsprechenden Ordnung werde verfahren werden.

Herr Reuter bestätigt dies durch Mittheilungen über das bisher beobachtete Verfahren. Nachdem mit Herzoglicher Polizeidirection ein Turnus verabredet worden, habe sich herausgestellt, daß in einigen Straßen öfteres Spülen wünschenswerth sei. Dies sei demnach auch angeordnet, ja seit Anfang Juni habe man es möglich gemacht, täglich jede Gasse der Stadt zu spülen, und so beabsichtige man es damit auch fernerhin zu halten, so lange es erforderlich sei.

Herr Uhde. Der Antrag der Commissionsmajorität laute eben auf einen Turnus. Sei ein solcher, in welcher Art auch immer, eingeführt, so werde das gewünschte geleistet. In der Magistratsproposition dagegen finde sich nur der Ausdruck »nach Bedarf« und darin habe man keine Sicherheit gefunden, daß der Bedarf von Herzogl. Polizeidirection auch richtig werde gewürdigt werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari beharrt dabei, daß jeder ein für alle Mal festgesetzter Turnus vom Uebel sei, da es Gassen gebe, die gar nicht, andere wieder, welche täglich gespült werden müssen.

Die von der Majorität der Commission empfohlene Aenderung der Magistratsproposition wird hierauf von der Versammlung abgelehnt, und jene unverändert angenommen.

Zur einundzwanzigsten Proposition, wonach das Spülen der Gassen sowie das Besprengen der auf öffentliche Kosten zu reinigenden Plätze wie bisher unentgeltlich geschehen, für das Besprengen der Straßen dagegen, wo es gefordert wird, die tarifmäßige Vergütung gezahlt werden soll,

bemerkt Herr Lissebon, daß, wenn die Gassenreinigung in der bisherigen Weise beibehalten werde, der Stadt keine große Kosten daraus entstehen könnten, wenn zugleich auch die Straßen besprengt würden, während es den Privaten eine höchst angenehme Erleichterung ihrer oft sehr lästigen Pflicht der Straßenreinigung schaffen würde. Wolle man sich hierzu nicht entschließen, so möge man wenigstens gestatten, zur Straßenreinigung die Schläuche der Privatleitungen zu benutzen.

Herr Bautler. Die Commission habe diesen Punkt vielfach erwogen, schließlich aber sich nicht für die Besprengung der Straßen auf Communkosten zu entscheiden vermocht, und zwar namentlich auch aus sanitätischen Rücksichten. Während nämlich

der Zweck dieser Maßregel eine gesundheitsfördernde Erquickung durch Abkühlung des heißen Pflasters und Niederschlagung des Staubes sei, werde sie von den Medicinalbehörden keineswegs empfohlen, weil dadurch nur die Verwesung organischer Stoffe auf den Straßen befördert werde. Demnach würde man die Communkasse für eine nur kurze Unannehmlichkeit von zweifelhaften Werthe unverhältnißmäßig stark belasten.

Herr Graß hält die große Unannehmlichkeit der Straßenbesprengung für unbestreitbar, und wünscht daher dem Magistrate anheingegeben zu sehen, dieselbe unentgeltlich überall zu veranstalten und zu diesem Zwecke da, wo man die Sprengwagen nicht anwenden wolle, die Gossenspüler mit Schläuchen zu versehen. Die geringe Einnahme von 80 \mathcal{F} , welche die Stadt jetzt aus dieser Leistung erziele, werde ohne Schwierigkeit zu entbehren sein. Wenn man meine, durch Uebernahme der Kosten auf die Stadtkasse würde die gesammte Einwohnerschaft lediglich zu Gunsten der Hausbesitzer besteuert werden, so lasse sich dem entgegen, daß doch nicht diese allein, sondern eben Jedermann an den Unannehmlichkeiten dieser Maßregel theilnehmen werde.

Herr U h d e weist darauf hin, daß der Herr Borredner die Kosten offenbar zu niedrig anschlage, indem es in vielen Straßen keine Hydranten und Gossenspüler gebe, Pferde und Wagen also in bedeutendem Maße angewandt werden müßten. — An Herrn Reuter richtet Herr U h d e die Frage, wiesern die Mittheilungen des Herrn E i s s e b o n begründet seien, daß die Benutzung der Schläuche an Privatleitungen zu dem in Rede stehenden Zwecke verhindert werde.

Herr Overbürgermeister C a s p a r i. Herr Graß sehe die Sache von einer unrichtigen Seite an. Jene 80 \mathcal{F} Einnahme basiren darauf, daß die Bewohner gewisser Straßen die Sprengung auf eigene Kosten für den tarifmäßigen Preis verlangen. Würde dafür nichts zu bezahlen sein, so würde die Stadt nicht nur 80 \mathcal{F} entbehren, sondern, um allen Steuernden gleichmäßig gerecht zu werden, noch viele Tausende dabei legen müssen. Und dazu würde dann auch der Uebelstand kommen, daß die Ansprüche alsdann sich bis zum Unmöglichen steigern würden. Wie billig der betreffende Vorschlag des Magistrats sei, gehe daraus hervor, daß die Besprengung der Straßen in keiner Stadt auf Communkosten geschehe. — Die Anfrage des Herrn U h d e betreffend, so werde die Direction der Wasserkunst nach dem mit den Stadtverordneten vereinbarten Statute wahrscheinlich durchaus im Rechte sein, wenn sie die Anwendung der Privatleitungen zur Straßenbesprengung verwehre.

Herr S c h m i d t trägt vor, daß nach einer von ihm vorgenommenen Zusammenstellung die Zahl der zu besprengenden Straßen ohne die Plätze und Promenaden sich auf hundert belaufe. Schlage man die Kosten dafür auf jeber zu 100 \mathcal{F} an, so würden dieselben 7 % der Communkassesteuer, ja, da die Hälfte der Einwohner vor den Thoren und an den Promenaden wohne, 15 % der Communkassesteuer betragen. Schon aus diesem Grunde werde man von unentgeltlicher Straßenbesprengung füglich absehen müssen. Dagegen wolle er den Vermittlungsantrag stellen:

daß den Besitzern von Hausleitungen die Entnahme von Wasser aus diesen zur Besprengung der Straße frei gegeben werde.

Herr E i s s e b o n wünscht die Besprengung vor den öffentlichen Gebäuden als überflüssig beseitigt zu sehen,

wogegen jedoch Herr Reuter anführt, daß die Herzogliche Polizeidirection das Besprengen an diesen Stellen wie auf den öffentlichen Plätzen fordere, und gewiß mit Recht, da für dieselben überhaupt das gleiche Reinigungsverfahren bestehe; auch

liege in Wirklichkeit kein Grund vor, hier anders zu verfahren, ja es würde zu großer Belästigung der Vorübergehenden und der Anwohner führen, wenn hier nur gesagt und nicht gesprengt würde. — Die irrige Auffassung des Herrn Graß sei bereits berichtigt, und wolle Redner nur noch bemerken, daß jene 80 \mathcal{R} Einnahme durch die Hausbesitzer auf fünf Straßen, für welche die Besprengung gefordert sei, aufgebracht werden, daß dagegen für das erforderliche Fuhrwerk allein im laufenden Jahre bis Ende Juli 87 \mathcal{R} verausgabt seien. — Was die Besprengung der Straßen mittelst der an die Privatleitungen angeschraubten Schläuche betreffe, so könne dies, nachdem dafür im Tarife vom 2. April 1863 ein zu leistender Jahresbeitrag ausgesetzt sei, nur dann gestattet werden, wenn es declarirt sei und dafür bezahlt werde; werde dagegen mit Gießkannen gesprengt, so sei der Entnahme des Wassers aus der betreffenden Privatleitung noch in keinem Falle entgegengetreten, einmal, weil diese Art der Besprengung, wie schon aus den Mittheilungen des Herrn Lissebon hervorgehe, in Folge der damit verknüpften Arbeit kaum ein Zehntel soviel Wasser erfordere als die vermittelst angeschraubter Schläuche, und sodann, weil sie in der Regel nur vor dem Fegen zur Verminderung des Staubes erfolge, also bei richtiger Interpretation des Tarifs als Verwendung zu häuslichem Bedarf angesehen werden müsse.

Die Magistratsproposition wird hierauf von der Versammlung genehmigt.

Da der selbstständige Antrag des Herrn Schmidt eine Abänderung des Tarifs einschließt, so wird derselbe von dem Herrn Vorsitzenden, welcher ohne Vorberathung den Beschluß darüber nicht für zulässig hält, der betreffenden Commission überwiesen.

Ohne Discussion endlich erklärt sich die Versammlung mit den drei noch übrigen Anträgen des Magistrates einverstanden.

Es folgt

III. von Herrn Födel erstattet, der Bericht der Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 14. Juli, betreffend eine Beihilfe zur hiesigen Handwerkerfortbildungsschule.

Seit dem Jahre 1854 werden in dieser Lehrlinge und Gesellen an den Sonntags-Nachmittagen und Donnerstags-Abenden im Schreiben und Rechnen sowie in der deutschen Sprache unterrichtet, leider aber nicht unter der wünschenswerthen Theilnahme seitens des Handwerkerstandes, indem die Schülerzahl eine verhältnißmäßig nur geringe, der Besuch der Angemeldeten sehr unregelmäßig und das Betragen derselben häufig durchaus unangemessen gewesen ist. Die Mittel, welche der Magistrat angewandt hat, um wenigstens die auf Kosten der Armencaße unterhaltenen Lehrlinge zur regelmäßigen Theilnahme anzuhalten, haben sich — vielfach durch Schuld der Lehrmeister — als ungenügend erwiesen, und so ist die Frage angeregt worden, ob es nicht, in Anbetracht ihres verhältnißmäßig geringen Nutzens, besser sei, die Fortbildungsschule gänzlich aufzuheben. Doch hat der Magistrat sich dazu nicht entschließen können, ohne zuvor jeden möglichen Versuch zu machen, möglichst vollständig den Zweck dieser Schule zu erreichen, von deren Nothwendigkeit der Magistrat mehr als je überzeugt ist, da einmal die bisherigen Theilnehmer immer noch den Beweis geliefert haben, auf wie niedriger Bildungsstufe die künftigen Handwerker theilweise noch stehen, andererseits aber die nunmehr eingeführte Gewerbefreiheit die geistige Ausbildung der Handwerker zu einem

unabweislichen Bedürfnisse macht, wenn dieselben nicht Gefahr laufen wollen, in wenigen Jahren ihre Selbstständigkeit zu verlieren und zu Lohnarbeitern intelligenterer Gewerbetreibender herabzusinken. Auch der vom Magistrat zu einer gutachtlichen Erklärung aufgeforderte Bürgerverein hat sich für die Beibehaltung der Fortbildungsschule nachdrücklich ausgesprochen, und gleichzeitig eine Reihe von Maßregeln in Vorschlag gebracht, welche geeignet scheinen, das Interesse an diesem Institute bei den Nächstbetheiligten zu heben. Unter andern Einrichtungen, deren Zweckmäßigkeit der Magistrat anerkannt hat, ist auch die Vertheilung von Prämien an die sich auszeichnenden Schüler empfohlen, und der Magistrat beantragt demnach

zur Bestreitung dieser Ausgabe eine Summe bis zu 25 fl jährlich aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu bewilligen, und wird von der Commission die Genehmigung dieses Antrages befristet.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, nachdem Herr Rischbieter die Geringsfügigkeit dieses Beitrags und die daraus muthmaßlich folgende Vergeblichkeit der ganzen Maßregel hervorgehoben, der Herr Vorsitzende geltend gemacht hat, daß es immerhin gerathen scheine, mit diesen kleinen Mitteln zu beginnen, um nach Bewährung derselben weiter in der Sache vorzugehen.

Endlich

IV. berichtet Herr Uhde namens der Finanzcommission über mehrere unterm 15. Juli ergangene Vorschläge des Magistrats zur Einführung von Steinkohlenheizung in den hiesigen Bürgerschulen.

In Folge der bei den Verhandlungen über den diesjährigen Stadtkassen-Etat an den Magistrat gerichteten Aufforderung der Versammlung habe dieser den Stadtbaumeister beauftragt, Versuche darüber anzustellen, inwieweit die jetzigen Heizungseinrichtungen der hiesigen Gemeindeschulen sich zur Steinkohlenheizung eignen, und einen Kostenschlag über die nothwendigen Abänderungen einzureichen. Dieser Auflage sei der Stadtbaumeister nachgekommen, und ergebe sich aus dessen Berichte, daß die Schullocale der beiden unteren Bürgerschulen zur Steinkohlenheizung bereits eingerichtet, und nur in der auf der Leopoldstraße noch einige Aenderungen in der Wohnung des dirigirenden Lehrers und des Pedellen, sowie in der Waschküche erforderlich sind, welche überhaupt 20 fl kosten würden. In der mittleren Bürgerschule östlichen Bezirks seien, ohne Veränderung an den Schornsteinen, nur die sämtlichen Defen zu der neuen Heizung einzurichten und fünf Ofenschirme von Eisenblech anzuschaffen, wofür resp. 340 und 50 fl veranschlagt werden. Dagegen müssen in der mittleren Bürgerschule westlichen Bezirks auch mehrere neue Schornsteine gezogen werden, da die vorhandenen sich in desolatem Zustande befinden und bei ihrer großen Weite zu der neuen Einrichtung ungeeignet seien; für diesen Umbau und die erforderlichen 12 Defen seien insgesamt 575 fl veranschlagt. Die Commission sei nun der Ansicht, daß es im höchsten Grade wünschenswerth, nicht allein die ersten beiden Anschläge, sondern auch den letzten zur Ausführung zu bringen, wenngleich der Magistrat anheimgabe, mit diesem einstweilen noch zu warten. Denn wenn der Magistrat es dahin gestellt sein lasse, ob die Steinkohlenheizung eine erhebliche Ersparniß zur Folge haben werde, so sei die Commission nach den Erfahrungen ihrer Mitglieder entschieden der Ansicht, daß bei richtiger Anwendung der neuen Heizmethode eine Ersparniß bis zu 50% damit erzielt werden

könne. Daher empfehle die Commission die unverzügliche Inangriffnahme aller drei Aenderungen, wobei allerdings darauf zu halten sein werde, nichts zu unterlassen, was den Erfolg derselben dauernd sichern könne, indem es wesentlich darauf ankomme, nur das Bücktigste zu leisten,

Der Herr Oberbürgermeister Caspari theilt mit, daß die dritte Aenderung sofort nicht ausgeführt werden könne, da bei ihrem Umfange nur in den langen Sommerferien genügende Zeit dazu gegeben sei. Die Ersparnisse betreffend, so habe die bisherige Erfahrung in den hiesigen Schulen kein so glänzendes Resultat wie Herr U h d e voraussetze, sondern höchstens 10 — 15 % Minderkosten ergeben, was sich daraus erklären werde, daß in den Schulen die Heizung nie so vollständig ausgenutzt werden könne als in den meisten andern Localen.

Herr Graß glaubt die Schuld dieses mangelhaften Erfolges ebensosehr der falschen Handhabung des neuen Heizverfahrens zuschreiben zu müssen, und empfiehlt, die möglichst baldige Ausführung der fraglichen Aenderungen zu beschließen.

Mit dieser Einschränkung wird der Antrag der Commission von der Versammlung angenommen,

und damit die heutige Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. September 1866.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Graß, Jüdel, Overlach, Schmidt, Uhde.

Der Herr Landsyndicus Desterreich eröffnet die Sitzung, und werden alsdann zunächst die Protocolle vom 26. Juli und 9. August von der Versammlung genehmigt.

nachdem zu letzterem Herr Lissebon bemerkt hat, daß, wie Seite 7 desselben seine Aeußerung über das Besprengen der Straßen auf öffentliche Kosten oder doch vermittels der Schläuche an den Privatleitungen wiedergegeben sei, seine Meinung nicht genügend erhehle. Er wünsche nämlich eine solche Besprengung keineswegs lediglich im Interesse der Straßenreinigung, sondern zumeist grade aus Sanitätsrücksichten, da diese Maßregel bei Anwendung der Gießkanne in der Regel viel zu dürftig ausfalle, um eine wohlthätige Veränderung der Atmosphäre in den Straßen zu bewirken. Der Einwand des Herrn Bantler, wonach dieser Vortheil durch die Verwefung der in den Straßen lagernden organischen Stoffe illusorisch würde, erledige sich für den Redner durch die Zuerkennung, daß die Polizei jede irgend gefährliche Anhäufung solcher Stoffe werde zu verhüten wissen.

Vor Beginn der Tagesordnung

zeigt der Herr Vorsitzende den Empfang eines Magistratschreibens vom 19. d. Mts. an, laut dessen der Ingenieur Claus und der Stadtbaumeister Tappe eine Untersuchung darüber beantragt haben, ob beim Bau des Filters der Stadtwasserfontäne ein ungerechtfertigter Aufwand verschuldet sei.

Da die Eingabe der genannten beiden Antragsteller sehr umfangreich und mit

einer großen Fülle technischen Details ausgestattet sei, so werde eine Beschlussfassung darüber ohne Vorberathung nicht wohl thunlich sein, und wolle er daher diese Gelegenheit der zuständigen Commission überweisen.

Zur Tagesordnung übergehend

I. verwilligt die Versammlung, dem Antrage des Magistrats gemäß, auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden, eine Beihilfe von 25 fl zur Auswanderung eines gemeindeangehörigen Sträflings,

und schreitet sodann

II. nach Aufforderung eines Magistratschreibens vom 1. d. Mts. zur Wahl von vier Deputirten in die Commission für die diesjährige Einschätzung der Gewerbetreibenden zur Gewerbesteuer.

Es fällt diese Wahl wiederum auf die vorjährigen Deputirten, die Herren Flügge, Kloss, Lissebon, Overlach.

Sodann

III. berichtet Herr Häusler namens der Statutencommission über ein Schreiben des Magistrats vom 26. v. Mts., betreffend eine Abänderung der Regulative für die Verwaltung der städtischen Gasanstalt und Wasserkunst vom 28. Juli 1864 und 6. April 1865.

Es hat sich nämlich einmal bei dem mannigfachen geschäftlichen Zusammenhange zwischen der Gasanstalt und der Stadtwasserkunst als wünschenswerth herausgestellt, daß eine und dieselbe Deputation über beide Anstalten die Oberaufsicht führe. Diese Einrichtung besteht auch schon thatsächlich, indem beide Deputationen nicht nur übereinstimmend, sondern durch Wahl der Stadtverordnetenversammlung auch aus denselben Personen zusammengesetzt sind; der Magistrat wünscht jedoch, daß dies grundsätzlich so festgestellt werde. Ferner erkennt der Magistrat einen Uebelstand darin, daß die erwähnten Stellvertreter, um die Beschlussfähigkeit der Deputationsitzungen zu sichern, stets mit eingeladen werden müssen, beim Erscheinen der Mitglieder dann aber unthätig sind. Endlich hält derselbe für dienlich zur Vereinfachung des Geschäftsganges, daß die Vergütung für das aus der Stadtwasserkunst von Privaten entnommene Wasser nicht mehr, wie bisher, von einer besondern Commission, sondern von der Aufsichtsdeputation selbst abgeschätzt werde, was diese ohne Ueberlastung auf sich nehmen könne, während das frühere Verfahren nothwendig eine Vergendung von Arbeitskräften zur Folge habe. Demnach giebt der Magistrat der Versammlung folgende Beschlüsse anheim:

- 1) Die Oberaufsicht über die städtische Gasanstalt und die Stadtwasserkunst wird einer und derselben Deputation übertragen, welche a. aus dem Vorsitzenden oder einem andern Gliede des Magistrats und b. aus vier Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, welche alle zwei Jahre, nach erfolgter Neuwahl zu dieser, gleichfalls neu bestellt werden, als stimmführenden Mitgliedern besteht. Als beratende Mitglieder nehmen an den Verhandlungen Theil: der Specialdirector der Gasanstalt und Stadtwasserkunst und der technische Director der Gasanstalt, dieser jedoch nur bei den die letztere betreffenden Gegenständen.
- 2) Die Aufsichtsdeputation hat außer den durch die Regulative vom 28. Juli 1864 und 6. April 1865 ihr überwiesenen Geschäften auch die Fest-

stellung der an die Stadtwasserkunst von den Privatconsumenten zu zahlenden Vergütungen zu übernehmen, und hört die dafür bisher bestellte besondere Commission auf.

3) Diese Bestimmungen treten vom 1. Januar 1867 an in Kraft.

Die Commission, berichtet Herr Häusler, habe diese Vorschläge für sachgemäß erkennen müssen, zumal da jetzt, wo beide Anstalten im vollen Gange und die Abschätzungen der Consumenten in der ganzen Stadt fertig gebracht seien, sowohl die Zweitheilung der Aufsicht als auch die besondere Abschätzungscommission in der That ein überflüssiger Apparat sei. Die Praxis habe denn auch bereits in diesem Sinne entschieden, so daß die neuen Bestimmungen zum Theil nur schon Bestehendes bestätigen, und empfehle daher die Commission die Anträge des Magistrats zur Genehmigung.

Dieselbe wird ohne Discussion von der Versammlung ertheilt.

Ferner berichtet Herr Leiste namens der Statutencommission über einen unterm 4. d. Mts. ergangenen Antrag des Magistrats auf Abänderung des Reglements vom 12. December 1864, die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Stadtschullehrer betreffend. Es werden durch dasselbe die dirigirenden Lehrer an den unteren Bürgerschulen unter die übrigen ordentlichen Gemeindegemeindelehrer eingereiht; für die ihnen überragene Aufsicht jedoch erhalten dieselben, so lange dieses vom Magistrate jederzeit wieder aufzurufende Verhältniß dauert, neben freier Wohnung eine besondere Gratification von 100 fl jährlich. Von den gegenwärtigen dirigirenden Lehrern nun ist eine solche Abänderung dieser Bestimmungen beantragt, daß ihre Stellung nach Ablauf einer gewissen Probezeit für unwiderruflich erklärt, ihnen auch bei längerer Functionirung eine Verbesserung in Aussicht gestellt werde, worauf der Schulvorstand vorgeschlagen hat, die Probezeit auf drei Jahre festzusetzen und nach fünfjähriger Dienstzeit eine Erhöhung der Gratification auf 150 fl jährlich eintreten zu lassen. — Der Magistrat hält es für billig, daß den dirigirenden Lehrern, nachdem sie ihre Tüchtigkeit während eines angemessenen Zeitraums, wozu ihnen nach Analogie des Staatsdienergesetzes drei Jahre gesetzt werden dürften, bewährt haben, die Vortheile ihrer Stellung dauernd auch bei der Pensionirung und rücksichtlich der Wittwenpension gesichert werden. Andererseits wird es seitens des Magistrats als factisch unmöglich anerkannt, einen dirigirenden Lehrer nach längerer Amtsführung in die Stellung eines gewöhnlichen Lehrers zurücktreten zu lassen. Da endlich den Schulinspectoren nach Ablauf von fünf Dienstjahren eine Gehaltsverbesserung zugesichert ist, und es nur der Billigkeit entsprechen dürfte, die dirigirenden Lehrer gleichmäßig zu behandeln, so erklärt der Magistrat sich mit sämmtlichen Vorschlägen des Schulvorstandes einverstanden, und giebt demnach der Versammlung anheim, folgende Abänderung des betreffenden Reglements zu beschließen:

Die die dirigirenden Lehrer an den unteren Bürgerschulen betreffende Bestimmung in §. 1 des Reglements vom 12. December 1864 wird dahin abgeändert, daß deren Stellung als dirigirende Lehrer nur bis zum Ablaufe von drei Jahren eine widerrufliche sein soll. Ist während dieser Zeit ein Widerruf nicht erfolgt, so gilt das Amt gleich der Lehrerstellung selbst als fest übertragen.

Die den dirigirenden Lehrern neben der freien Wohnung ausgesetzte Remuneration von 100 R jährlich wird auf 150 R erhöht, wenn sie ihr Amt fünf Jahre lang, einschließlich der dreijährigen Probezeit, bekleiden haben.

Diese Nachtragsbestimmung tritt vom 1. Januar 1867 an in Wirksamkeit. Die gegenwärtig in Function stehenden dirigirenden Lehrer werden als fest angestellt betrachtet, wenn bis dahin ihre Entfernung aus dieser Stellung nicht erfolgt. Die fünfjährige Dienstzeit, nach deren Ablauf sie einen Anspruch auf Zulage haben, wird vom Tage der Uebertragung jenes Amtes an gerechnet.

Die Commission empfiehlt diese Vorschläge zur Annahme, indem sie sich den im Magistratschreiben entwickelten Motiven anschließt, und wird darauf die Proposition von der Versammlung angenommen.

Die Beschlussfassung über den Antrag des Herrn Schmidt, betreffend die Entnahme des Wassers zur Besprengung der Straßen aus der Stadtwasserkunst, wird wegen Abwesenheit sämtlicher Mitglieder der zuständigen Commission von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, und demnach die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung erledigte dann die Versammlung eine Finanzangelegenheit.

Die Versammlung beschloss, dem Magistrat die Summe von 1000 R zur Verfügung zu stellen, um dieselbe zur Beschaffung von Wasser für die Besprengung der Straßen zu verwenden. Die Summe soll in drei Raten von je 333 R zu den Terminen des 1. April, 1. Juli und 1. October 1867 an den Magistrat zufließen. Die Summe soll zur Beschaffung von Wasser für die Besprengung der Straßen verwendet werden, und die Kosten der Beschaffung und der Vertheilung der Summe sollen von der Summe selbst gedeckt werden. Die Summe soll in drei Raten von je 333 R zu den Terminen des 1. April, 1. Juli und 1. October 1867 an den Magistrat zufließen. Die Summe soll zur Beschaffung von Wasser für die Besprengung der Straßen verwendet werden, und die Kosten der Beschaffung und der Vertheilung der Summe sollen von der Summe selbst gedeckt werden.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 249. Stücke der 1866
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 10.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig

am 4. October 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Graß, Jüdel, Leiste, Mattenklott, Desterreich, Bieweg, Westermann.

Herr Häusler, in Vertretung des abwesenden Herrn Landsyndicus Desterreich, eröffnet die Sitzung. Nachdem die Erledigung des Protocolls vom 20. September, welches durch den Druck noch nicht veröffentlicht werden konnte, für heute ausgesetzt ist,

erhält zunächst Herr Schmidt das Wort zu einer persönlichen Erklärung. Dem Vernehmen nach seien einige seiner am 26. August bei der Debatte über die Gratificationen gefallenen Aeußerungen im Publicum vielfach als ein Angriff auf den Character des Herrn Claus aufgefasset worden, eine Deutung, welche für den Redner selbst nicht weniger verlegend, wie für Herrn Claus, da bei dessen über allen Zweifel erhabener Ehrenhaftigkeit jeder Angriff solcher Art eine schwere Ungerechtigkeit einschließen würde. Redner wolle daher ausdrücklich an diesem Orte erklären, daß nichts ihm ferner liegen könne, als jene vermeintliche Absicht, und hoffe er, daß diese seine Erklärung ausreichen werde, allen Mißdeutungen die Spitze abzubrechen.

Hierauf zur Tagesordnung schreitend

theilt der Herr Vorsitzende der Versammlung mit, daß der Herr Landsyndicus Desterreich durch ein unterm 24. September an den Magistrat gerichtetes Schreiben seinen Entschluß kundgegeben habe, am Schlusse des laufenden Jahres aus der Versammlung der Stadtverordneten auszuscheiden. Herr Desterreich gehe

dabei von der Ansicht aus, daß es dazu einer besondern Zustimmung der Versammlung nicht bedürfe, da er vor zwei Jahren, bei Annahme seiner Wiederwahl, sich vorbehalten habe, das Mandat am Schlusse des Jahres 1866 niederzulegen, ohne dabei von einer Entscheidung der Stadtverordneten abhängig zu sein. Der Magistrat hingegen halte diese Entscheidung nach §. 26 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 für nothwendig, zumal da über jenen Vorbehalt seitens der Versammlung seiner Zeit kein Beschluß gefaßt sei, auch der Natur der Sache nach nicht wohl habe gefaßt werden können. In der That werde man, auch wenn schon bei Beurtheilung des vorliegenden Falles Zweifel entstehen könnten, doch, um nicht unnöthigerweise ein Präjudiz zu schaffen, wohl thun, an dem Wortlaute jenes Gesetzes streng festzuhalten. Frage es sich dann aber weiter, ob die Versammlung dem Ansuchen des Herrn Landsyndicus Desterreich willfahren wolle, so werde die Versammlung sich ohne Zweifel der Ansicht des Magistrats anschließen, welcher, in Anbetracht daß der Gesundheitszustand des Herrn Antragstellers fortbauernde Schonung demselben zur Pflicht macht, einen zustimmenden Beschluß empfehle.

Herr Aronheim unterstützt diesen Antrag mit dem Zusaze, daß die Versammlung zugleich ihr Bedauern aussprechen möge, ihren langjährigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte scheiden zu sehen.

Beide Anträge werden von der Versammlung einstimmig angenommen.

Der Herr Vorsitzende theilt hierauf ferner mit, daß er kurzer Hand durch den Magistrat von dem beabsichtigten Austritte des Herrn Jüdel benachrichtigt worden sei, und giebt der Versammlung anheim, auch dazu ihre Zustimmung zu geben, da Herr Jüdel schon seit mehreren Jahren durch Familienverhältnisse genöthigt sei, einen großen Theil des Jahres außerhalb Braunschweig's zu verleben, und darin eine Aenderung wahrscheinlich nicht eintreten werde.

Die Versammlung genehmigt auch diesen Antrag.

II. Durch ein Schreiben vom 1. d. Mts. hat der Magistrat der Versammlung angezeigt, daß er, nachdem die beiden letzten Häuser am Hagenmarke durch Expropriation von der Stadt erworben sind, die bereits früher erworbenen Häuser auf Abbruch zum Verkauf gestellt und für 1110 \mathfrak{R} den Zuschlag erteilt habe, unter der Bedingung, daß mit dem Abbruche sofort nach Michaelis begonnen werde. Indem der Magistrat hierzu die nachträgliche Genehmigung der Versammlung erbittet, sucht er zugleich um Ermächtigung nach, auch die andern beiden Häuser mittels Meistgebots verkaufen und für ein ihm angemessen erscheinendes Gebot den Zuschlag ohne Weiteres erteilen zu dürfen. Ferner giebt der Magistrat der Versammlung anheim zu gestatten, daß der Eigenthümer eines der verkauften

Häuser aus demselben einen alten eisernen Ofen, wie er wünsche, mit wegnehmen dürfe. Endlich theilt der Herr Vorsitzende, welcher über dieses Schreiben referirt, der Versammlung mit, daß mündlichem Berichte zufolge bei einem andern der betreffenden Eigenthümer Renitenz gegen die bevorstehende Räumung seines Hauses zu besorgen stehe, weswegen der Magistrat beantrage, auf solchen Fall zu angemessenem Vorgehen autorisirt zu werden.

Sämmtliche Anträge des Magistrats werden von der Versammlung angenommen.

III. In einem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben vom 1. d. Mts. theilt der Magistrat der Versammlung mit, daß die beiden Gödebrunnen vor dem Hohen- und dem Fallersleber-Thore durch den Stadtbaumeister für unverwendbar zu eigenem Gebrauche der Stadt erklärt und zu resp. 620 und 220 fl taxirt sind, worauf in einem öffentlichen Termine ersterer zum Verkauf gestellt und ein Angebot von 620 fl dafür erfolgt ist, während bei einer Ausbietung desselben in einzelnen Parcellen überhaupt keins erfolgt war. Da Nachgebote bisher gleichfalls nicht gemacht sind und ein Abbruch und Verkauf der Mauern sowie Verfüllung und demnächstige Veräußerung des Grund und Bodens auf Kosten und Gefahr der Stadt nicht rathsam erscheinen, so ersucht der Magistrat die Versammlung, ihn zur Zuschlagsertheilung auf das abgegebene Meistgebot von 620 fl zu ermächtigen, indem er wegen des einstweilen noch behinderten Verkaufs des Gödebrunnens vor dem Fallersleber-Thore weitere Mittheilungen vorbehält.

Die nachgesuchte Ermächtigung wird von der Versammlung ausgesprochen.

IV. Hinsichtlich des von Herrn Schmidt eingebrachten Antrages auf Freigebung des Gebrauches der Privatleitungen zum Behuf der Bepflanzung der Straßen,

theilt der Herr Vorsitzende mit, daß die betreffende Commission diesen Gegenstand unter Zuziehung des Herrn Antragstellers in Berathung genommen, aber im Einverständniß mit demselben nicht zum Abschluß gebracht habe, da es, um das in Spiel kommende pecuniäre Interesse sicherer zu übersehen, nothwendig erschienen sei, den Ausfall der ersten Betriebsrechnung der Stadtwasserkunst abzuwarten. Es sei diese Vertagung um so unbedenklicher, als inzwischen mit dem Ablauf des Sommers die Straßensperrung aufgehört habe; und jedenfalls werde die Commission frühzeitig genug Vorbereitung treffen, damit die Frage bis zum Eintritt der heißen Monate des nächsten Jahrs erledigt werden könne.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt und wird demnach die Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 8. November 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Häusler, Zübel und Bieweg.

Herr Landssyndicus Desterreich eröffnet die Sitzung und Advocat-Anwalt Leiste übernimmt als Stellvertreter des behinderten Herrn Hänselmann die Protocollführung.

Die inzwischen veröffentlichten Protocolle der Sitzungen vom 20. September und 4. October d. J. werden genehmigt.

Auf Grund der Magistratschreiben vom 29. v. und 2. d. Mts. theilt hierauf der Herr Vorsitzende der Versammlung mit, daß im Wahltermine am 25. v. Mts. an Stelle des mit Ende d. J. zurücktretenden Herrn Stadtverordneten Zübel der Generalagent Herr Bruno von Seckendorf und statt seiner Herr Finanzrath Gravenhorst gewählt sei, Ersterer bis zum Ablaufe des Jahres 1868, Letzterer bis zum Ablaufe des Jahres 1870, und daß beide die Wahl angenommen haben.

Zur Tagesordnung übergehend bringt sodann der Herr Vorsitzende zunächst:

I. die Abnahme der städtischen Rechnungen vom Jahre 1865 zur Verhandlung.

Herr Uhde erstattet Namens der Finanzcommission den Bericht über diese Rechnungen, verweist dabei auf die vom Magistrate bereits veröffentlichte Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des Jahres 1865 und den derselben beigefügten Executions-Etat der städtischen Cassen im Jahre 1865, und beschränkt sich in Rücksicht auf die hierdurch bereits gegebenen Aufklärungen auf die Hervorhebung folgender Punkte:

1. Wenn die wirkliche Einnahme zum Betrage von 210,391 ₰ 8 gr 8 Sch die veranschlagte zu 92,181 " 17 " 5 " um die erhebliche Summe von 118,209 " 21 " 3 " übersteige, so finde dies seine Erklärung darin, daß in dem Voranschlage der Einnahme nicht berücksichtigt sei und nicht habe berücksichtigt werden können
 - a. der erst am Schlusse der vorhergehenden Rechnungsperiode festzustellende Cassenvorrath zu . . . 71,372 ₰ 10 gr — Sch
 - b. der Betrag der eingegangenen Steuer-Rückstände aus der Vorzeit zu 3,923 " 25 " 4 "
 - c. die Summe der zurückgezahlten Capitalien zu . . . 1,275 " — " — "
 - d. die zufällige Einnahme der Entschädigungsgelder für die Gewerbesteuer zu 30,000 " — " — "

2. Das nicht unerhebliche Mehr, um welches die wirklich eingegangenen Communalsteuern den Voranschlag überstiegen, erkläre sich theils aus der Einwanderung wohlhabender Einwohner, theils aus dem Wachsthum des Wohlstandes der bisherigen Bevölkerung, theils endlich aus der genaueren Veranschlagung des steuerpflichtigen Einkommens, sei also durchaus erfreulicher Art.

3. Wenn bei dem Ausgabeposten 4 g. des Executions-Etats „An Besoldungen und Löhnen für das städtische Archiv“ die in dem Voranschlage angenommene Ausgabesumme von 900 ₰ durch die wirkliche Ausgabesumme von 1285 ₰ 21 gr 5 Sch um 385 ₰ 21 gr 5 Sch überschritten sei, so erkläre sich dies durch die in der fraglichen Rechnungsperiode vorgekommenen außerordentlichen Anschaffungen für das Archiv, insbesondere durch den Ankauf einer Bildersammlung für 300 ₰. Sofern indeß die Subsummierung auch derartiger Ausgaben unter die Rubrik „Besoldungen und Löhne“ den unwahren Schein erwecke, als ob die gesteigerte Ausgabe durch die Steigerung der Besoldungen und Löhne herbeigeführt sei, erscheine der Commission angemessen, daß derartige Ausgaben künftig unter einer andern Rubrik, etwa unter der der zufälligen oder verschiedenen Ausgaben, gebucht werde.

4. Wenn bei der Armenverwaltung über 5000 ₰ eingespart seien, so sei

dies ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Proletariat sich mindere, zeuge zugleich aber auch von der Umsicht, mit welcher die theilbeteiligten Beamten Sparsamkeit und Befriedigung begründeter Unterstützungsgesuche zu verbinden gewußt hätten. Die Commission könne sich in dieser Beziehung nur dem Danke anschließen, den der Magistrat den theilbeteiligten Beamten bereits öffentlich ausgesprochen hätte.

Was das Pflegehaus insbesondere betreffe, so seien durchschnittlich 12 Personen weniger als im Vorjahre verpflegt; es habe daher bei der umsichtigen Verwaltung des Pflegehauses, obwohl bei den gesteigerten Preisen aller Lebensbedürfnisse die Kosten der Pflege pro Kopf jährlich von 41 fl 27 gr 1 A im Jahre 1864 auf 47 fl 19 gr 8 A gestiegen seien, gegen den Voranschlag ein Betrag von etwa 800 fl erspart werden können.

5. Erfreulich sei auch das Verhältniß der Einnahme und Ausgabe bei den städtischen Schulen, sofern danach in geringerem Maße als veranschlagt war, ein Zuschuß aus der Stadtcasse erforderlich geworden, bei der höheren Töcherschule sogar jeder Zuschuß habe entbehrt werden können und noch ein kleiner Ueberschuß verblieben sei.

6. Die Stadtcassen-Rechnung schließe mit einem Cassenvorrath von 41,286 fl 4 gr 5 A ab. Diesen in vollem Betrage auf den Betriebsfonds des Jahres 1866 zu übernehmen, erscheine bei den bedeutenden außerordentlichen Ausgaben dieses Jahres erforderlich.

7. Ausweislich der Revisions- und Moniturverhandlungen seien sämtliche Rechnungen sehr genau und sorgfältig geführt, was bei der complicirten Cassenverwaltung besondere Anerkennung verdiene.

8. Wie der Stadtmagistrat in dem Schreiben vom 28. September d. J., mit welchem die fraglichen Rechnungen übersandt seien, selbst hervorhebe, hätten in der Uebersicht der im Jahre 1865 eingegangenen und wiederbelegten Capitalien der Stadtcasse den pag. 181 zusammengestellten eingegangenen Capitalien noch diejenigen 9000 fl beigelegt werden müssen, welche von den bei Herzöglichem Leihhause belegt gewesenen 13,000 fl erhoben seien, indem nach dem status activorum et passivorum (pag. 176 der Rechnung) von diesen 13,000 fl nur noch 4000 fl vorhanden seien, und sofern diese 4000 fl der Stadtcasse zur Ausgleichung der im Jahre 1864 zu viel belegten Gelder überwiesen und demgemäß verwandt seien, hätten auch diese 4000 fl , im Ganzen also 13,000 fl außer den pag. 181 zusammengestellten Capitalien zum Betrage von 32,050 fl als eingegangene Capitalien berechnet werden müssen; und andererseits hätten pag. 182 der Rechnung den wieder belegten Capitalien diejenigen 30,000 fl beigezählt werden müssen, um welche sich der Betrag der der Stadt zugehörigen 4pro-

centigen Landesschuldverschreibungen vermehrt habe. Eine Berichtigung der Stadt-Cassen-Rechnung von 1865 in dieser Beziehung sei von dem Stadt-Magistrate zugesichert. Vorbehältlich der Erfüllung dieser Zusicherung gebe die Commission der Versammlung anheim die städtischen Rechnungen von 1865 für justificirt zu erklären und wegen derselben dem Magistrate Decharge zu ertheilen.

Die Versammlung genehmigte diesen Antrag und ertheilte im Sinne desselben Decharge.

Herr Oberbürgermeister Caspari theilte im Anschluß an diese Verhandlung noch mit, daß der Etat der städtischen Cassen für das Jahr 1867 den Herren Stadtverordneten bereits gedruckt mitgetheilt sei, weil solche zeitige Mittheilung früher gewünscht sei, daß indeß dem Publikum der Etat erst nach dessen Feststellung in der durch diese bedingte Gestalt zugehen werde.

II. Der Herr Vorsitzende theilt darauf das Schreiben des Magistrats vom 14. v. Mts. mit, wonach Herzogliches Staats-Ministerium mittelst Rescripts vom 6. v. Mts. auf die motivirte Vorstellung des Magistrats genehmigt habe, daß von den Kosten der Stadtwasserkunst die nachliquidirten 21,252. \$ 20 gr 6 A auf die Staats-Casse übernommen würden, Herzoglicher Haupt-Finanzcasse dieserhalb auch bereits entsprechende Zahlungsanweisung ertheilt sei; wonach ferner in Betreff der von den städtischen Behörden beschlossenen Erweiterung der Stadtwasserkunst (Herstellung eines zweiten Filters u.) Herzogliches Staatsministerium weitere Erklärungen vorbehalten, zunächst aber das Gutachten Herzoglicher Baudirection über die Nothwendigkeit der fraglichen Anlagen und die Verpflichtung des Staats, dazu beizutragen erfordert habe; wonach endlich wegen der Herstellung eines Hochreservoirs weitere Mittheilung erfolgen solle, sobald die in dieser Beziehung früher gewünschte und bereits eingeleitete genauere Prüfung und Veranschlagung zum Abschlusse geziehen sei.

Hiernach erstattete Herr Bantler den durch die Eingabe der Herren Claus und Tappe veranlaßten Bericht über das Verfahren bei Ausführung der Stadtwasserkunst. Anschließend an die von diesen beiden Beamten hervorgehobenen Punkte bemerkt derselbe, wie nach Ansicht der Commission und in Uebereinstimmung mit den frühern Verhandlungen immerhin anzuerkennen sein werde, daß die Ueberschreitung der für die Wasserkunst bewilligten Kosten nicht jenen Beamten allein zur Last zu legen sei, daß vielmehr der Magistrat und die betreffende Stadtverordneten-Commission Mitschuld daran trügen, wie ferner die bezüglichlichen Aeußerungen des Stadtverordneten Herrn Schmidt, durch welche Herr Ingenieur Claus sich verletzt gefühlt habe, nach den in der letzten Sitzung von Herrn Schmidt abgegebenen Erklärungen keinerlei beleidigende Absicht zum Grunde gelegen habe, wie endlich das Gleiche von der das Filter betreffenden Kritik des Herrn Lissebon nach dessen der Commission

abgegebenen Erklärungen gelten müsse, dies vorausgesetzt aber die Commission Herrn Lissébon, wie jeden Stadtverordneten, zu freiester Vertretung seiner Ansicht in städtischen zur Verhandlung in der Stadtverordneten-Versammlung gelangenden Angelegenheiten befugt erachten müsse.

Nachdem sodann Herr Lissébon noch erklärt hatte, daß ihm bei den fraglichen Verhandlungen jede Absicht der Beleidigung ferne gelegen habe und die in Bezug auf die Ausführung der Filterbauten von ihm vertretene Ansicht kurz recapitulirt und motivirt hatte, sprach sich der Herr Vorsitzende unter stillschweigender Zustimmung der Versammlung dahin aus, daß zu einer Abstimmung kein Grund vorliege: es sei festgestellt, daß bei den über die Ausführung der Wasserkunst gelegentlich früherer Verhandlungen von einzelnen Stadtverordneten gethanen Aeußerungen keine Kränkung der ausführenden Beamten beabsichtigt sei, sondern nur ein objectiver Tadel, und damit müsse diese Angelegenheit als erledigt gelten.

III. Ueber die Ausdehnung der öffentlichen Gasbeleuchtung auf die Mondenscheinabende erstattet sodann Namens der Finanzcommission Herr Schmidt folgenden Bericht:

Je unzuverlässiger die Helligkeit des Mondlichts sei, um so entschiedener sei es schon längst als wünschenswerth anerkannt, daß die öffentliche Gasbeleuchtung auch an Mondenscheinabenden eintrete. — Von der entsprechenden Ausdehnung der Gasbeleuchtung habe indeß bisher das Bedenken zurückgehalten, daß die Rentabilität der Gasanstalt dadurch zu sehr beeinträchtigt werde. Nach dem Schreiben des Magistrats vom 23. v. Mts. sei indeß durch die letzte Betriebsrechnung der Gasanstalt festgestellt, daß auch nach Ermäßigung der Gaspreise der Gewinn der Gasanstalt eben so hoch geblieben sei als früher, daß ferner, wenn sämtliche Laternen das ganze Jahr hindurch täglich vom Eintritte der Abenddämmerung bis 11 Uhr Nachs brennen blieben, dadurch einschließlic der Erhöhung des Lohns der Laternenanstecker, nur ein Mehraufwand von 687 fl 24 gr 7 d erforderlich werde, und die von der Stadt jährlich für die öffentliche Beleuchtung der Gasanstalt gezahlte Summe von 9840 fl genüge, trotz dieses Mehraufwandes der Gasanstalt einen Gewinn von circa 2000 fl zu sichern.

Unter diesen Umständen und da die geringe Ersparniß, welche bei Beschränkung der fraglichen Ausdehnung der Gasbeleuchtung auf die Wintermonate zu erzielen sei, aufgewogen werde durch die bessere Ordnung im Anzünden der Laternen, in der Fabrication des Gases und in der Regulirung der Druckverhältnisse, welche gesichert werde, wenn das ganze Jahr hindurch die gleiche Regel in Bezug auf das Anzünden der Abendlaternen gelte, habe der Magistrat im Einvernehmen mit der Direction der Gasanstalt und der Aufsichtsdeputation beantragt:

die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Gasdirection ermächtigt werde, an jedem Abende sämtliche Laternen mit dem Eintreten der Dämmerung anzünden und bis um 11 Uhr brennen zu lassen, von welchem Zeitpunkte an dann nur die sogenannten Nachtlaternen im Brande bleiben; dabei auch in Aussicht gestellt, daß diese neue Einrichtung in das Leben treten werde, sobald der neue Gasometer fertig sei, hoffentlich schon vor Eintritt der Mondenschein-Periode im Monate November.

Die Commission empfehle die Annahme dieses Antrages des Magistrats. Durch die alsbald erfolgende Abstimmung entschied sich die Versammlung für solche Annahme.

IV. In Betreff des Gödebrunnens auf dem Hagenbruche habe der Magistrat durch Schreiben vom 16. v. Mts. beantragt:

die Zustimmung zu ertheilen:

- 1) zu dem Verkaufe dieses Brunnens nebst dem dahin führenden Fahrwege an den Kaufmann August Rimpau hier für die Summe von 250 fl ,
- 2) zu dem Abschlusse einer Uebereinkunft mit der Högenger-Verwaltungsdeputation, wonach die Högenger Gemeinde auf ihr Eigenthumsrecht an dem ihr zugehörigen, nach dem Gödebrunnen führenden Wege verzichte, die Stadt dagegen dem Rechte entsage, das Wasser für den Gödebrunnen anzusammeln, beziehungsweise die Anlegung von Entwässerungsgräben in der Nähe des Gödebrunnens zu verbieten und der Högenger Interessentschaft 25 fl herauszuzahlen habe.

Herr Overlach befürwortete Namens der Finanzcommission diesen Antrag aus den in dem Magistratschreiben geltend gemachten Gründen, namentlich deshalb, weil ohne ein Abkommen mit der Högenger Gemeinde, welcher, wie sich herausgestellt habe, der Weg zu dem Gödebrunnen eigenthümlich zugehöre, ein angemessener Verkauf dieses letztern nicht zu erreichen sei, diese Gemeinde aber bei dem Verkaufe des Brunnens und des ihr zugehörigen Weges an den Kaufmann Rimpau und jenem unzertrennlich damit zusammenhängenden Vergleiche mit der Stadt interessirt sei, weil sie einerseits eine Grenzregulirung mit den Grundstücken des Kaufmann Rimpau, mit denen die ihrigen ungünstig winkelten, beabsichtige, andererseits die zu einer Versumpfung ihrer Wiesen führende Wassergerechtsame der Stadt beseitigt zu sehen wünsche, weil ferner das Gebot des Kaufmann Rimpau ein sehr günstiges, den Werth des Brunnens um nahezu 100 fl übersteigendes sei.

Die Versammlung genehmigte demgemäß den Antrag des Magistrats.

V. Herr Schmidt stellt und motivirt folgenden Antrag:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, über Herzogliche Polizei-Direction wegen beharrlicher Verweigerung der Erlaubniß zu Concerten u. an Theater-Abenden bei Herzoglichem Staats-Ministerium Beschwerde zu führen.

Die sofortige Verhandlung über den Antrag wird zwar zugelassen, da aber in derselben mehre Verbesserungsanträge gestellt, auch Bedenken gegen die Erledigung des Antrags ohne commissarische Vorberathung geäußert werden, überweist der Herr Vorsitzende denselben zunächst der Statuten-Commission zur Berichterstattung.

VI. Auf den von Herrn Aronheim gestellten Antrag wird beschloffen, die Verhandlungen über die Verwilligung von Gratificationen oder Gehaltserhöhungen für städtische Beamte (einschließlich der Lehrer an den städtischen Schulen u.) künftig nur in vertraulicher Sitzung vorzunehmen, auch die in der heutigen Sitzung vorgekommenen bezüglichlichen Verhandlungen als in vertraulicher Sitzung geschehen zu behandeln.

In Rücksicht auf diesen Beschluß muß die öffentliche Sitzung als nach Erledigung der oligen Verhandlungen geschlossen gelten.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 22. November 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Aronheim, Tüdel, Kellner, Nieß, Overlach und Vieweg.

Herr Landsyndicus Desterreich eröffnet die Sitzung, Advocat-Anwalt Leiste übernimmt in Vertretung des behinderten Herrn Hänselmann die Protocollführung.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden genehmigt die Versammlung die Verlegung der Feststellung des Protocolls der letzten Sitzung, da selbiges noch nicht veröffentlicht ist.

Zur Tagesordnung übergehend eröffnet der Herr Vorsitzende

I. die Verhandlung über die Feststellung des Etat der städtischen Cassen für das Jahr 1867. — Den Bericht über diesen mit dem Magistratschreiben vom 16. v. M. vorgelegten Etat erstattet, Namens der Finanzcommission, Herr U h d e folgendermaßen:

1) Zunächst habe die Commission einige Mängel in der Aufstellung des Etat hervorzuheben, die theilweise zwar mit der hergebrachten Form dieser Aufstellung zusammenhängen, deren Beseitigung aber nichtsdestoweniger wünschenswerth scheine.

a. So werde bei der Aufstellung der Einnahme nie der muthmaßliche Cassenvorrath angegeben, der doch einen wichtigen Factor derselben darstelle. Der Einwand, daß dieser Cassenvorrath gewissermaßen den für die städtische Verwaltung erforderlichen

Betriebsfonds darstelle, sei nicht statthaft. Dieser Betriebsfonds sei durch die Beschlüsse der Versammlung auf 30,000 \mathcal{F} fixirt. Der Cassenvorrath dagegen, wie derselbe sich nach den Executionsetats der früheren Jahre herausgestellt habe, schwanke sehr und weiche oft erheblich von jener Summe ab. In den beiden letzten Jahren z. B. habe derselbe 71,000 resp. 41,000 \mathcal{F} betragen. — Bei solchem Schwanken einerseits, der Möglichkeit so erheblicher Vorräthe andererseits, sei die Aufnahme des muthmaßlichen Vorraths in den Etat des folgenden Jahres nöthig, um eine Uebersicht darüber zu gewinnen, ob der erforderliche Dispositionsfonds vorhanden sein, ob sich event. darüber hinaus ein Ueberschuß ergeben werde, über welchen zur Deckung der zu erwartenden Ausgaben disponirt werden könne.

Die Commission gebe daher anheim, dem Magistrate den Wunsch der Versammlung, daß künftig der muthmaßliche Cassenvorrath der Stadtcasse bei der Veranschlagung der zu erwartenden Einnahmen im Etat Aufnahme finde, auszudrücken.

b. Capitalrückzahlungen seien nach Cap. X der Einnahmen des vorgelegten Etat, wie auch nach dem Magistratschreiben, in Form regelmäßiger Abträge auf einzelne Capitale vorgekommen, aber dennoch deshalb auf dem Etat nicht in Einnahme gestellt, weil dieselben, als zum Grundvermögen der Stadt gehörig, wieder belegt werden müßten und die entsprechende Verausgabung bei Cap. I der Ausgaben des Etat »abzuführende Capitalien« gleichfalls nicht notirt sei. — Nach der Ansicht der Commission sei indeß die ordnungsmäßige Uebersicht über die Stadtcassenverwaltung nur zu gewinnen, wenn sowohl die rückgezahlten Capitalien in Einnahme, wie die wiederbelegten in Ausgabe gestellt würden und sei der Wunsch, daß künftig entsprechend verfahren werde, dem Magistrate auszudrücken.

c. In Cap. III D 6 der Einnahme sei bei der Veranschlagung der Zinsen der städtischen Capitalien, auf die Zinsen der von der Stadtcasse der Stadtwasserkunst vorgeschossenen 47,000 \mathcal{F} nichts gerechnet, weil auf eine Verzinsung dieses Vorschusses in dem nächsten Jahre nicht zu rechnen sei.

Um indeß den wirklichen Aufwand für die Stadtwasserkunst übersehen zu können, sei erforderlich, daß die Stadtwasserkunst der Stadtcasse die üblichen Zinsen zahle. Mindestens müsse dies rücksichtlich derjenigen 9350 \mathcal{F} geschehen, welche nach dem den Executionsetat des Jahres 1865 mittheilenden Magistratschreiben dem Grundvermögen der Stadt entnommen seien, um jenen Vorschuß von 47,000 \mathcal{F} leisten zu können.

d. Bei Cap. VIII der Ausgaben des vorgelegten Etat (»auf Unterhaltung der städtischen Grundstücke«) sei für die beabsichtigte Herstellung des Brunnens auf dem Rohlmarke und die Instandsetzung des am Hagenmarke gewonnenen Plazes keine Ausgabe bestimmt, weil rücksichtlich beider Punkte ein bestimmter Plan erst noch durch specielle Verhandlungen festgestellt werden müsse.

Nach Ansicht der Commission hätten indeß, da voraussichtlich im nächsten Jahre für beide Anlagen jedenfalls nicht unerhebliche Aufwendungen eintreten würden, die

dafür muthmaßlich auszugebenden Summen in Ansatz gebracht werden müssen, zumal die für unvorhergesehene Ausgaben später (in Cap. XVII) angelegte Summe von 8738 ₰ 18 2/3 beziehungsweise der davon für die hier fragliche Ausgabe disponibel bleibende Theil zur Deckung jener Summen keinesfalls ausreichen werde. — Die Commission empfehle die Bitte an den Magistrat, künftig derartige noch besondere Specialverhandlungen erfordernde, aber doch muthmaßlich jedenfalls eintretende Ausgaben im Etat zu berücksichtigen.

Bezüglich dieses Ausgabecapitals müsse die Commission noch ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß im nächsten Jahre nicht 3 Pissoirs, wie ursprünglich beabsichtigt gewesen, hergestellt werden sollen, sondern nur eines. Da indeß die Baucommission diese Aenderung des Planes für angemessen gehalten habe, so wolle die Finanzcommission in dieser Beziehung einen besonderen Antrag nicht stellen.

2) Was sodann den Etat in der jetzt vorliegenden Form betreffe, so verweise die Commission im Allgemeinen auf den der Versammlung gedruckt vorliegenden Entwurf und beschränke sich demgemäß auf folgende Bemerkungen.

a. Die im Einzelnen vorkommenden Abweichungen von den entsprechenden Ansätzen des früheren Etats, seien im Großen und Ganzen gerechtfertigt durch die über die wirkliche Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben gemachten Erfahrungen.

b. Bei dem ersten Einnahmeposten »Zinsen von ausstehenden Capitalien«, sei die Erhöhung der Einnahme, welche in Folge der von den Empfängern städtischer Darlehnscapitalen unter dem Präjudiz der Kündigung des Capitals verlangten Erhöhung des Zinsfußes von 4% auf 5% zu erwarten sei, nicht berücksichtigt. Es rechtfertige sich dies indeß dadurch, daß nicht zu übersehen sei, in wiefern die Kündigung oder die Zinserhöhung eintreten werde.

c. Der Ausgabeposten 2 »an Zinsen für angeliehene Capitalien« enthalte auch die Zinsen für das der Turnhallen-Gesellschaft von dem Herzoglichen Leihhause gegen Bürgschaft der Stadt dargeliehene Capital; auf diese Weise enthalten pos. 1 und 2 der Ausgabe den früher besonders aufgeführten Ausgabeposten »für die Turnhalle 300 ₰« in sich.

d. Die Ausgaben zu pos. 4 »Besoldungen und Löhne« enthalten folgende, nach Ansicht der Commission, durchaus zu billigende Gehaltsverbesserungen:

für den Registrator	Gerloff	50 ₰,
» »	Stadtkassencontroleur Schmidt	50 ₰,
» »	Copisten Kuhlmann	20 ₰,
» »	» Spinti	20 ₰,
» »	» Boß	24 ₰.

e. Die Ausgabe zu pos. 7 »für Unterhaltung der städtischen Grundstücke u.«

enthalte eine Erhöhung der dem Armenboten Severit für die Beaufsichtigung des Neustadtrathhauses gewährten Remuneration um 10 ₰ , welche deshalb gerechtfertigt erscheine, weil die dem p. Severit obliegenden Reinigungs-Arbeiten dadurch bedeutend vermehrt seien, daß die in dem Neustadtrathause aufbewahrten städtischen Sammlungen dem Publikum geöffnet seien.

f. Zu M 14 der Ausgabe »Feuerlöschungs-Anstalten« habe das Feuerlösch-directorium 3200 ₰ angefordert und dabei 208 ₰ für einen Thurmwächter in Ansatz gebracht. Weil dessen Anstellung indeß noch zweifelhaft sei, habe der Magistrat diesen Betrag abgesetzt und die Commission müsse sich damit einverstanden erklären.

g. In dem hiernach für die Feuerlöschungsanstalten zum Ansatz gebrachten 2992 ₰ sei eine Erhöhung des dem Rettungs-Vereine bisher gewährten Zuschusses um 40 ₰ enthalten.

Der Magistrat sei der Ansicht, daß der Rettungs-Verein nur dann einen gehörigen Nutzen gewähre, wenn derselbe zugleich die Functionen der Feuerwehr, also die Bedienung einiger Sprühen übernehme und habe daher anheim gegeben, eine solche Umgestaltung des Rettungs-Vereins zur Bedingung der fernerer Zahlung eines Zuschusses zu machen. Die Commission habe indeß gelegentlich der Prüfung des Vorschlages die technische Frage, wie das Feuerlöschwesen angemessen umzugestalten sei, nicht wohl prüfen können und gebe daher anheim,

den Zuschuß der Stadtkasse für den Rettungsverein zwar zur Disposition zu stellen, es aber einer besonderen Verhandlung vorzubehalten, ob und unter welchen Bedingungen dessen wirkliche Verausgabung eintreten solle.

h. Die Erhöhung des sub 16 »für das Gesundheits- und Medicinalwesen« bestimmten Postens um 50 ₰ erkläre und rechtfertige sich dadurch, daß die Stadt die Kosten des Unterrichts der Hebammen zu tragen, auch nach den gefaßten Beschlüssen jährlich eine Remuneration an die Krankenwärterinnen zu zahlen habe.

i. Der höhere Ansatz für die »sonstigen unvorhergesehenen Ausgaben« (pos. 22) sei nach den früheren Ausführungen (conf. 1. d) schwerlich zureichend; jedenfalls sei derselbe im Hinblick auf die bestimmt zu erwartenden außerordentlichen Ausgaben, den Zuschuß zu dem Betriebe der Stadtwasserkunst, Instandsetzung des Brunnens auf dem Kohlmarke u. s. w. vollständig gerechtfertigt.

k. Bei dem Specialetat für das Armenwesen enthalte pos. 3 der Ausgabe »an Besoldungen des Hülfspersonals« eine Zulage von 24 ₰ an den seit 8 Jahren in den städtischen Bureaur beschäftigten Copiisten Gerloff, welche die Commission nur billigen könne.

l. Ebendasselbst seien zu pos. 7 »an Unterstützungen« die früheren Ansätze, obwohl in den beiden letzten Jahren einige Ersparungen möglich gewesen, beibehalten,

weil es immerhin zweifelhaft sei, ob die Erfahrung der letzten beiden Jahre durchaus maßgebend auch für die Folgezeit sei.

Nur bei dem Pflegehause sei wegen der geringeren Zahl der Pflegelinge der frühere Ansatz um 500 ₰ verringert.

m. Beim Specialetat für die Gemeindeschulen enthalte die Ausgabenposition 1b eine gewiß zu billigen Erhöhung der Remuneration für die beiden Prediger, welche den Religionsunterricht in den ersten Classen der mittleren Bürgerschule östlichen Bezirks ertheilen, um 10 ₰ für einen jeden.

n. Ebendasselbst seien in dem Ausgabenposten 4a die für Umänderung der Defen und Schornsteine in der Schule westlichen Bezirks bereits bewilligten 575 ₰ mit enthalten.

o. Bei dem Special-Etat für die Casse der höhern Töcherschule entsprechen die Aenderungen der Ausgabe-Ansätze den Erfahrungen des Vorjahres; die Mehrberechnung von 40 ₰ für Heizung insbesondere erkläre sich aus der Einrichtung zweier Parallel-Classen.

p. Im Special-Etat für die Wegebau-casse erkläre sich die Steigerung des Ausgabenpostens für »Unterhaltung der Communalwege« (pos. 3) um 500 ₰ dadurch, daß die Strecke der chaussirten Communalwege erheblich verlängert sei.

q. Nach dem Abschlusse des Stadtcassenetat sei ein Deficit von 70,000 ₰ zu decken.

Der Magistrat beantrage nun, den vorgelegten Etats die Zustimmung zu ertheilen und sich damit einverstanden zu erklären, daß das Deficit der Stadtcasse im Betrage von 70,000 ₰ durch eine nach den bisherigen Grundsätzen ausgeschriebene Communalsteuer gedeckt werde.

Die Commission empfehle Annahme dieses Antrags mit der wegen des Zuschusses für den Rettungs-Verein oben (zu g.) beantragten Modification.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Die Einwendungen der Commission gegen die bisherige Form der Ausstellung des Etat nöthigen ihn zu einigen Gegenbemerkungen.

Abgesehen von dem Wunsche der Buchung der eingehenden Abschlagszahlungen auf ausstehende Capitalien und deren Wiederbelegung, in Einnahme und Ausgabe des Etat, welchem Wunsche unbedenklich gewillfahrt werden könne, müsse er nämlich die gewünschten Aenderungen als unzweckmäßig bekämpfen.

Was zunächst die Aufnahme des Cassenvorraths aus dem Vorjahre in den Etat der Einnahmen des folgenden Jahres betreffe, so erinnere er daran, daß darüber vor

2 Jahren längere Verhandlungen in der Versammlung stattgefunden und in dem Beschlusse, den Cassenvorrath nicht unter die Einnahmen mit aufzunehmen, ihren Abschluß gefunden hätten. — Dieselben Gründe, die damals zu diesem Beschlusse geführt hätten, beständen noch jetzt in voller Kraft.

Zunächst sei die Ermittlung des Cassenvorraths, wenn nicht ganz willkürlich eine durchaus unzuverlässige Zahl angenommen werden solle, geradezu unmöglich. Nach der Städteordnung (§. 133) müsse ja die Aufstellung des Voranschlags bereits im September erfolgen. — Unmöglich könne man alsdann auch nur annäherungsweise wissen, wie der Stand der Stadtcasse am 31. December sein werde.

Schon der eine Umstand müsse das klar machen, daß die einen sehr wichtigen Posten darstellenden Baurechnungen erst im Laufe des Winters von dem Stadtbau- meister festgestellt werden könnten. — Sodann sei die Ermittlung einer den muthmaßlichen Cassenvorrath darstellenden immer illusorischen Zahl auch unnütz. — Das beweise die bisherige Erfahrung der städtischen Verwaltung, die überdem völlig der bei der Staatsverwaltung üblichen Praxis entspreche. — Das ergebe sich auch daraus, daß die Beschlüsse über die Höhe des Betriebsfonds auch nach der bisherigen Praxis sehr wohl durchführbar seien. Insbesondere sei dann, wenn zu befürchten sei, daß der Cassenvorrath den für erforderlich gehaltenen Betriebsfonds von 30,000 ₰ nicht decke, keineswegs durchaus entsprechende Erhöhung des durch die Communalsteuer zu deckenden Betrages erforderlich.

Vielmehr werde, wie die Erfahrung dieses Jahres lehre, häufig besser durch Aufnahme eines Anlehns Rath zu schaffen sein. —

Geradezu schädlich könne aber die Aufnahme eines hohen, vielleicht irrig zu hoch bemessenen Cassenvorraths in den Etat der Einnahme wirken, sofern die steuerpflichtigen Einwohner der Stadt dann leicht zu der irrigen Annahme veranlaßt werden könnten, die durch die Communalsteuer zu deckende Summe sei zu hoch gegriffen. In dieser Beziehung werde es genügen an den früher namentlich zwischen den Herren Fudel und Kronheim geführten Streit zu erinnern.

Was sodann den andern Punkt, die Nichtaufnahme eines Ausgabepostens für die beabsichtigte Instandsetzung des Hagenmarkt-Platzes und des Brunnens auf dem Kohlmarkte betreffe, so müsse erst noch durch Verhandlungen mit der Herzoglichen Bau-Direction resp. Herzoglichen Staats-Ministerio festgestellt werden, wie der Hagenmarkt eingerichtet werden solle und in welchem Verhältnisse Herzogliche Landesregierung zu den dazu erforderlichen Kosten beitragen müsse, es müsse ebenso über die Art der Restauration des Brunnens auf dem Kohlmarke erst noch Genaueres festgestellt werden.

Bis dies geschehen, bis die auf Grund dieser noch bevorstehenden Verhandlungen der geehrten Stadtverordneten-Versammlung vorzulegenden Pläne und Kostenanschläge von letzterer gebilligt seien, könne von der Bestimmung irgend welcher Summe für

die fraglichen Werke nicht wohl die Rede sein. — Schon um dem Vorwurfe, es werde über nicht verwilligte Ausgaben disponirt, zu entgehen, um ferner die Verhandlungen mit der hohen Landesregierung wegen Vertheilung der aufzuwendenden Kosten nicht zu erschweren und zu verwickeln, sei bei derartigen in dem Vorbereitungsstadio befindlichen Angelegenheiten nach alter bewährter Praxis, stets von Ansetzung bestimmter Ausgabenposten in dem betreffenden Etat Abstand genommen. Um so mehr werde es aber bei dieser Praxis verbleiben dürfen, als der für unvorhergesehene Ausgaben bestimmte Fonds die demnächst in fraglicher Beziehung erforderlich werdenden Ausgaben einigermaßen decken werde, im Uebrigen aber die Verhandlungen über die Genehmigung der bezüglichen Ausgaben auch die angemessenste Gelegenheit darböten, über die Mittel zur Deckung dieser Ausgaben eine Einigung zu erzielen. Er müsse also in beiden Punkten die Beibehaltung der alten Praxis empfehlen.

Herr Uhde macht hiergegen geltend, die Differenz, die sich bei dem letzten Executionsetat zwischen der Solleinnahme von 92,000 R und der wirklichen Einnahme von 210,000 R gezeigt habe, sei ganz geeignet, Mißtrauen im Publikum über die Art der Veranschlagung der Solleinnahme zu erwecken und müsse dazu treiben, Voranschlag und Executionsetat mehr als bisher einander anzunähern, eine mathematisch genaue Zahl sei bei der Fixirung des Cassenvorraths im Voranschlage nicht erforderlich, eine annäherungsweise richtige Zahl genüge, den erstrebten Zweck zu erreichen; annäherungsweise Wahrheit werde aber am Schlusse des dritten Quartals des Vorjahres ganz wohl zu erreichen sein. Soviel zur Rechtfertigung des Wunsches, der Cassenvorrath aus dem Vorjahre möge bei dem Etat der Einnahmen des folgenden Jahres veranschlagt werden. In Betreff des Wunsches, die für beabsichtigte Bauten und Anlagen muthmaßlich zu verausgabenden Beträge im Etat zum Ansätze zu bringen, habe die Commission lediglich dem Magistrate entgegenkommen und ihn in den Stand setzen wollen, sofort — zum Beispiel zu Vorarbeiten — über Summen disponiren zu können.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dagegen die von ihm vertretene Ansicht fest, da seine Gründe nicht widerlegt seien. — Der Executionsetat von 1865, bemerkt er, könne das befürchtete irthümliche Mißtrauen des Publikums nicht herbeiführen, da letzteres jedenfalls auch die in dem Etat vorgelegten Ausgaben sich ansehen und sein Urtheil durch den disponibel gebliebenen Rest leiten lassen werde.

Auch eine annäherungsweise richtige Zahl zur Fixirung des Cassenvorraths sei nicht zu ziehen. Auch bei anderen Rechnungen, wo die Notirung des Cassenvorraths vorgeschrieben sei, wie bei der Gymnasial-Rechnung habe sich dies gezeigt. — Da werde in der Regel bemerkt, ein Cassenbestand werde muthmaßlich nicht vorhanden sein. — Werde der nach seiner Ueberzeugung völlig unberechtigte Formalismus, den die Commission empfehle, adoptirt, so könne der Magistrat leicht in die Lage kommen um nicht Verlegenheiten hervorzurufen, Minimalzahlen für den Cassenvorrath anzugeben, mit denen nichts gewonnen sei.

Was den anderen Punkt betreffe, so werden die Herren Stadtverordneten mit Recht Einsprache erheben, wenn ihnen der Magistrat anfinne, ihm Summen zu Aus-

gaben zur Verfügung zu stellen, über welche sachliche Verhandlungen überall noch nicht stattgefunden hätten.

Herr Häusler schließt sich in letzterer Beziehung der Ansicht des Herrn Bürgermeisters an. — Es müsse der Initiative des Magistrats überlassen bleiben, darüber zu entscheiden, ob ein bestimmter Ausgabeposten schon so klar gestellt sei, daß darüber der Stadtverordneten-Versammlung Vorlage zu machen sei.

Was den andern Punkt, die Berücksichtigung des Cassenvorraths des Vorjahres bei der Veranschlagung der Einnahmen des folgenden Jahres betreffe, so wolle er nicht verläugnen, daß die stete Differenz zwischen dem Voranschlage und dem Executionsetat auch seiner Ansicht nach einen unangenehmen Eindruck mache; einerseits werde der Schein erweckt, als wisse der Magistrat wenig Bescheid um die ihm zur Verfügung stehenden Mittel; andererseits sehe es, wenn sich ein Ueberschuß von 71,000 M ergebe, so aus, als sei dies zu viel. Dennoch scheine ihm der Antrag der Commission zu weit zu gehen. — Der früher von ihm gestellte Antrag, es sei ein Betrag von 30,000 M als Cassenvorrath in Einnahme und ein gleicher Betrag als Betriebsfonds in Ausgabe zu stellen, scheine ihm genügend. Weiter zu gehen, sei deshalb nicht zulässig, weil ja gerade die Absicht sei, Ueberschüsse, die den Betrag von 30,000 M überstiegen, dem Betriebsfonds zu entziehen und durch besonderen Beschluß darüber disponiren.

Er könnte nun zwar seinen früheren betreffenden Antrag als Amendement zu dem Commissionsantrage wiederholen. — Er sehe indeß hiervon ab, weil seines Erachtens das Wichtigste sei, das ganze Rechnungswesen der Stadt im Zusammenhange zu prüfen, somit auch die Einrichtung des Executionsetats, sowie der Capital-Rechnung einer eingehenden Erwägung zu unterziehen. — So sehr er daher einen derartigen Vorschlag der Commission unterstützen werde, so müsse er doch gegen den jetzigen Antrag derselben sich erklären.

Der Herr Vorsitzende. Die von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen in der Form der Aufstellung des Etat schließen die Aenderung einer organischen Einrichtung in sich, deren Angemessenheit zunächst am Besten von der Commission gemeinschaftlich mit dem Magistrate erwogen werde. — Dazu komme die von Herrn Häusler hervorgehobene Rücksicht. — Es scheine daher angemessen, daß für jetzt gar keine Beschlußfassung über die bezüglichlichen Vorschläge der Commission stattfinde, sondern dieselben zu gemeinsamer Prüfung mit dem Magistrate, wobei dann auch der von Herrn Häusler angeregten Idee Rechnung getragen werden könne, an die Commission zurückverwiesen werde. — Nachdem Herr Häusler und Herr Uhde, als Commissionsreferent, sich diesem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden angeschlossen hatten, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Demnächst werden dem Vorschlage der Commission gemäß die vorgelegten Etats der Stadtcassenrechnungen von 1867 mit der obgedachten Modification genehmigt und

wird der Magistrat ermächtigt, das Deficit von 70,000 $\text{\$}$ durch eine nach den bisherigen Grundsätzen ausgeschriebenene Communalsteuer zu decken.

II. Hiernächst berichtet Herr Häusler Namens der Statuten-Commission über den Antrag des Herrn Schmidt,

die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, über Herzogliche Polizei-Direction wegen beharrlicher Verweigerung der Erlaubniß zu Concerten an Theater-Abenden bei Herzoglichem Staatsministerium Beschwerde zu führen.

Der Herr Referent erinnert daran, wie der Herr Antragsteller bereits im vorigen Jahre die Prüfung der Frage, ob die Verweigerung der fr. Erlaubniß gesetzlich statthaft sei, angeregt und event. die Bitte an den Magistrat, auf Beseitigung der solche Verweigerung gestattenden Gesetzesvorschriften hinzuwirken beantragt habe, wie indeß damals, nachdem Herzogliche Polizei-Direction auf Anfragen des Magistrats erklärt habe, sie erstrebe eine billige Vermittelung, indem sie im gleichmäßigen Interesse des Publicums, des Hoftheaters und der Unternehmer anderer Unterhaltungen die Erlaubniß zu letzteren vorzugsweise an Theaterabenden erteile, auf Antrag der Statuten-Commission in der Sitzung vom 23. November v. J. nur eine Erklärung zu Protocoll dahin beschlossen sei, nach den §§. 45 des Gewerbegesetzes und § 223 des Polizeistrafgesetzes erscheine die Einholung der polizeilichen Erlaubniß zu Concerten ic. zwar als erforderlich, beide Paragraphen würden indeß in unzulässiger Weise interpretirt, wenn bei der Entscheidung über Ertheilung oder Verweigerung dieser Erlaubniß nicht das öffentliche Interesse, sondern das eines besonderen Instituts als maßgebend betrachtet werde.

Der jetzt vorliegende Antrag des Herrn Schmidt stütze sich nun vorzugsweise auf eine Resolution Herzoglicher Polizei-Direction, wodurch einem hiesigen Gastwirth auf dessen Ansuchen gestattet werde, im Laufe dieses Winters an Nichttheaterabenden Concerte in seinem Gasthose abhalten zu lassen. — Da nun in dieser Resolution die Versagung der fraglichen Erlaubniß für Theaterabende nicht enthalten sei, andererseits darin aber doch die früher mit Recht gemißbilligte Tendenz, nicht sowohl im öffentlichen Interesse, als in dem des Theaters die fragliche Erlaubniß auf Nichttheaterabende zu beschränken, stark indicirt sei, so erscheine der Commission zwar nicht die beantragte Beschwerdeführung, wohl aber ein auf die obigen Thatsachen gestütztes Ersuchen an den Magistrat motivirt, in einer directen Mittheilung an Herzogliche Polizei-Direction es auszusprechen, daß die fragliche Benachtheiligung anderer Unternehmungen zu Gunsten des hiesigen Hoftheaters für unzulässig werde gehalten werden müssen. — Die Commission gebe daher anheim, solches Ersuchen an den Magistrat zu beschließen.

Die Versammlung genehmigte diesen Antrag, billigte auch den von dem Herrn Referenten vorgelegten Entwurf des bezüglichlichen Schreibens an den Magistrat. —

III. Sodann berichtete Herr Graß, Namens der Central-Commission für Gemeindesteuersachen, über den Antrag des Herrn Nieß, auf eine Heranziehung derjenigen Gemeindegemeinden resp. Einwohner zur Communalsteuer hinzuwirken, welche bei Andern in Lohn und Kost stehen, zu diesem Ende auch nöthigenfalls eine Aenderung des §. 146 der Städteordnung zu veranlassen.

Die Commission halte dafür, daß die Heranziehung der bei ihren Principalen in Lohn und Kost stehenden Handlungs-Commis, Werkführer, Gesellen, oder sonstigen zum gewerblichen Hülfspersonalen gehörenden Personen zur Communalsteuer erstrebt werden müsse, indem keinerlei Grund vorliege, derartige Personen besser oder schlechter zu stellen, je nachdem sie für sich wohnen resp. sich beköstigen, oder nicht. — Während indeß bei den Handlungscommis solche Heranziehung schon jetzt ohne Weiteres thunlich erscheine, weil die bezüglichliche Gesetzesbestimmung im §. 146 der Städteordnung nur auf Gesellen und Gesinde zu beziehen sein werde, erscheine wegen der Gesellen resp. des gewerblichen Hülfspersonals die Aenderung des §. 146 der Städteordnung in jenem Sinne erforderlich; die Commission gebe daher Anheim, es genehm zu halten, daß die betreffenden Handlungscommis vom 1. Januar k. J. ohne Weiteres zur Communalsteuer herangezogen werden, rücksichtlich der Gesellen resp. des gewerblichen Hülfspersonals aber der Magistrat ersucht werde, auf eine entsprechende Aenderung des §. 146 der Städteordnung hinzuwirken.

Für diese verschiedene Behandlung der Handlungscommis und der Gesellen spricht sich zwar Herr Flagge mit dem Bemerken aus, daß ja die Aenderung des §. 146 thunlichst beschleunigt werden könne, so daß in der Wirklichkeit beide fraglichen Classen doch im Wesentlichen gleichmäßig behandelt würden.

Gegen die fragliche Unterscheidung sprechen sich indeß aus die Herren Häusler, Bode, Bantler und der Protocollführer; das Gesetz, führen sie aus, gestatte seinem klaren Wortlaute nach die fragliche Unterscheidung nicht; auch die ähnlichen Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuchs fassen unterschiedslos Handlungscommis und andere bei Andern in Lohn und Kost stehende Personen zusammen; dieser Deutung des Gesetzes entspreche auch die bisherige Praxis nach Einführung der Gewerbefreiheit; auch fehle der rechte Anhalt, in der socialen Stellung der Handlungscommis auf der einen, des gewerblichen Hülfspersonals auf der anderen, einen klaren durchgreifenden Unterschied zu finden; schon den Begriff »Kaufmann« zu definiren sei schwierig, wie viel schwieriger werde es sein, klare Begriffsmomente für den des Handlungscommis festzustellen; die ungleichmäßige Behandlung beider Classen könne auch leicht von der ungünstiger gestellten als ungerecht und unbillig übel empfunden werden, und die Hoffnung, durch rasche Aenderung des Gesetzes eine thatsächliche Ausgleichung zu erzielen, werde sich, da solche Gesetzesänderung nicht so leicht und sicher zu bewerkstelligen sei, als illusorisch erweisen.

Der Herr Referent erklärte sich hiernach damit einverstanden, daß rücksichtlich beider Classen die Aenderung des §. 146 der Städteordnung als erforderlich bezeichnet, von der Heranziehung der betreffenden Commis zur Communalsteuer bevor solche Aenderung erfolgt sei, aber Abstand genommen werde. —

Nachdem noch Zweifel darüber angeregt waren, ob nicht das Gefinde, nach wie vor, durch ausdrückliche Gesetzesbestimmung vor der Heranziehung zur Communalsteuer zu schützen sei, ob nicht ferner die Schlußbestimmung des §. 146 in dem Sinne zu modificiren sei, daß es mehr als bisher in das Ermessen der städtischen Behörden gestellt werde, ob und wann sie Fremde zur Communalsteuer heranziehen wollten, macht der Herr Vorsitzende darauf aufmerksam, daß, wie die bisherigen Verhandlungen ja auch für die vorliegende Angelegenheit dargethan hätten, die angemessene Aenderung gesetzlicher Bestimmungen nur mit großer Vorsicht zu bewerkstelligen sei, daß überdem die Stadtverordneten-Versammlung auf solche Aenderung einen entscheidenden Einfluß nicht habe, daß es daher sich empfehlen möchte, einerseits im Allgemeinen zu erklären, daß die Bestimmungen des §. 146 der Städteordnung über die Verpflichtung zu Communalsteuer-Beiträgen einer Revision zu bedürfen scheinen, andererseits den Magistrat zu ersuchen, auf solche Revision namentlich in der Richtung hinzuwirken, daß künftig die Heranziehung auch solcher Handlungs-Commis und gewerblicher Hilfspersonen, welche bei ihren Principalen in Lohn und Kost ständen, zulässig sei, von jederlei bestimmten Aenderungsvorschlägen aber abzusehen.

Nachdem der Herr Commissions-Referent sich hiermit einverstanden erklärt hatte, wurde dieser Vorschlag des Herrn Vorsitzenden zum Beschlusse erhoben und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

1866.

(Fortsetzung der Beilage zum 293. Stücke de 1866
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 13.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sizung am 27. December 1866.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Aronheim, Mattenklott, Niemeyer.

Der Herr Landsyndicus Desterreich eröffnet die Sitzung. Nachdem die jüngst im Druck erschienenen Protocolle vom 4. October und 8. November genehmigt sind,

theilt der Herr Vorsitzende zwei erst nach Anberaumung der heutigen Sitzung eingegangenen Magistratschreiben mit, verschiebt jedoch die Beschlussfassung darüber bis ans Ende der Tagesordnung.

Es berichtet sodann

I. für die Finanzcommission Herr Uhde über die in einem Schreiben vom 15. d. Mts. entwickelten Vorschläge des Magistrats in Betreff der Abfuhr des Straßenunraths und Hausfehrichs.

Da nämlich der zu diesem Behuf mit dem Fuhrherrn Junke abgeschlossene Verdingcontract mit dem 1. Mai 1867 abläuft, und wiederholt die Frage aufgeworfen ist, ob die Abfuhr sich nicht billiger als bisher beschaffen lasse, so hat sich der Magistrat sowohl an den Fuhrherrn Junke als auch an die Gebrüder

Brauwers, welche letztere dazu bereits im Februar v. J. die Hand geboten hatten, um eine bezügliche Erklärung gewandt. Jener erstere hat hierauf sich dahin erklärt, daß er einen neuen Contract nur auf die bisherigen Bedingungen, welche eine jährliche Verdingungssumme von 1650 \mathfrak{f} stipuliren, abschließen könne, während die Gebrüder Brauwers bei sechsjähriger Pachtperiode 1400 \mathfrak{f} , bei einjähriger dagegen 1500 \mathfrak{f} beanspruchen. Inzwischen sind dem Magistrate theils von Herzoglicher Polizeidirection, theils von dem Landesöconomiecommissair Forke Vorschläge zugegangen, welche auf geruchlose Entfernung des Düngers aus den Abtrittsgruben und vortheilhaftere Verwerthung desselben hinielen; es ist ferner zur Erwägung gekommen, ob die Entfernung des Straßenunraths nicht vermittelt der von dem Unternehmer Eisenhut in Aachen erfundenen Maschine bewerkstelligt werden könne. So hoch nun aber auch der Magistrat die sanitätliche und nationalöconomische Bedeutung dieser Neuerungen anschlügt, so wenig sieht sich derselbe doch in der Lage, der Versammlung schon jetzt bestimmte Vorschläge in dieser Angelegenheit zu machen, da die verschiedenen Systeme noch zu keinem sichern Resultate gediehen sind, zur fernerer Prüfung derselben sowie zum Erlaß der nöthigen Statute mindestens noch der Zeitraum eines Jahres erforderlich sein wird. Der Magistrat glaubt daher, für diese Zeit eine interimistische Verlängerung des bisherigen Verdingcontractes ins Auge fassen zu müssen und giebt der Versammlung anheim, zwischen den genannten beiden Unternehmern eine Wahl zu treffen, indem er jedoch den Abschluß mit dem Führern Funke empfiehlt, als welcher seine Contractverbindlichkeiten stets gewissenhaft erfüllt habe, was von früheren Unternehmern keineswegs immer zu rühmen gewesen sei.

Die Commission tritt diesem Antrage bei, giebt indessen zugleich anheim den Magistrat zu ersuchen, daß er die Entscheidung über die in Frage stehenden verschiedenen Abfuhrmethoden im Laufe dieses Jahres hinreichend vorbereiten wolle, damit alsdann in der einen oder anderen Weise auf eine längere Reihe von Jahren definitive Vorkehrungen getroffen werden können.

Beide Anträge der Commission werden von der Versammlung angenommen.

II. Mit einem Schreiben des Magistrats vom 29. November ist der Versammlung der durch die Direction der städtischen Gasanstalt über das Betriebsjahr 1865 bis dahin 1866 erstattete Bericht nebst dem Voranschlage für das neue Geschäftsjahr zugegangen. An das Resumé des Magistrats anknüpfend, trägt Herr Bantler als Referent der Finanzcommission Folgendes vor:

Was zunächst die Rentabilität der Anstalt betreffe, so habe sich im verflossenen Geschäftsjahre trotz der eingetretenen Ermäßigung der Gaspreise statt des erwarteten

Ueberschusses von 23246 fl. 3 gr. 1 d. ein solcher von 29429 fl. — gr. 7 d. ergeben. Auf diese Summe also beantrage der Magistrat den Ueberschuß des Jahres 1865/6 festzustellen, der Direction aber wegen der Rechnungsführung Decharge zu erteilen. Indem die Commission beiden Anträgen sich anschliesse, könne sie mit dem Magistrate das angeführte Resultat nur als ein hoch erfreuliches bezeichnen. Man verdanke dasselbe zum weitaus größten Theile der fortwährenden Steigerung des Gasconsums; da aber dieser augenscheinlich seinen Culminationspunkt noch keineswegs erreicht habe, so dürfe man mit Zuversicht hoffen, die Anstalt von Jahr zu Jahr rentabler werden zu sehen, wie denn auch der nächstjährige Voranschlag schon wieder bedeutend höher greife.

Allerdings sei, wie bemerkt, jene Mehreinnahme vorzugsweise durch Verkauf von Gas an Private entstanden, aber auch der Beitrag, welchen das Gasmesser- und das Privateinrichtungsconto mit resp. 525 und 1083 fl. dazu geliefert, erscheine doch immerhin erheblich genug, um es zu rechtfertigen, wenn die Commission eine Ermäßigung der in diesen Geschäftsbranchen üblichen Preisanläge empfehle. Allerdings sei auf diesem Gebiete die städtische Anstalt nicht ohne Concurrenz; da aber notorisch viele der betreffenden Handwerker sich ihre Arbeiten immer noch über das Maß bezahlen lassen, so könne es der Würde der Stadt nicht entsprechend erscheinen, daß die Gasanstalt etwa von diesen Verhältnissen profitire. Es berühre diese Auffassung nicht, wenn der Magistrat bemerke, daß das Plus der genannten beiden Contis durch die Mehrausgabe für Kohlen consumirt werde, da das Kohlenconto von jenen ganz unabhängig sei und auch ohne dies noch weit größere Staatsüberschreitungen aufzuweisen habe.

Von den Ueberschüssen sei zunächst als feststehende Position die Rantime für den technischen Dirigenten mit 4 % oder 1147 fl. 4 gr. 8 d. zu berichtigen; zugleich werde von der Direction darauf angetragen, wiederum wie früher die Summe von 275 fl. als Gratification für das Arbeiterpersonal zu verwilligen. Auch letztere müsse bereits als eine Ueblichkeit angesehen werden und empfehle sich auf alle Fälle deswegen, weil sie beitrage, die Arbeiter an das Interesse der Anstalt zu fesseln.

Die Höhe des erzielten Ueberschusses könnte den Wunsch hervorrufen, die Gaspreise abermals herabgesetzt zu sehen, und in der That habe denn auch die Commission die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel lebhaft ventilirt. Man sei dabei jedoch zu dem Schlusse gekommen, davon einstweilen noch Abstand zu nehmen, da einmal jene Summe, so hoch sie auch scheine, doch keineswegs so groß sei, wie man bei einem Grundcapitale, von der Größe des durch die Gasanstalt repräsentirten erwarten sollte; sodann aber auch, weil diese Anstalt noch mancherlei Anlagen zu machen habe, an denen über kurz oder lang ein Verlust eintreten könnte — beides

Erwägungen, welche es zweckmäßiger erscheinen lassen, die theure Anstalt vor allem billiger zu machen. Indem bei dieser Gelegenheit dann auch zur Frage gekommen, ob überhaupt die Gaspreise zu hoch angesetzt seien, habe die Commission sich ziemlich einstimmig in der Ueberzeugung zusammen gefunden, daß dieß im Verhältniß zu den Preisen der anderen Beleuchtungsmaterialie keineswegs so angesehen werden könne. Nicht ganz so bestimmt sei dann freilich die Frage zu beantworten gewesen, ob das Gas nicht für die großen Fabriketablissemens zu theuer zu stehen komme, in Anbetracht daß diese wohl auch mit weniger reinem Gase zufrieden sein könnten. Da jedoch nicht zu befürchten stehe, daß diese Abnehmer sich der städtischen Gasanstalt entfremden möchten, so liege auch in jenem Zweifel keinerlei Grund, von den bisherigen Gaspreisen für die nächste Zeit abzugehen.

Was dann die Verwendung des nach Abzug der Tantieme und der Gratificationen noch verbleibenden Ueberschusses von 27976 fl. 25 gr. 9 A. anbetreffe, so seien davon zunächst einige Ueberschreitungen des Voranschlags im Gesamtbetrage von 2608 fl. 25 gr. 9 A. zu decken, welche bei den Gasanlagen vor dem August, Petri- und Fallersleberthore, beim Umbau der alten Defen, bei Herrichtung von Bodenkammern, Pflasterung des Hofes der Gasanstalt, sowie durch Hereinziehung der Grundstücke derselben in das System der Wasserleitung stattgefunden haben. Die Commission müsse in Uebereinstimmung mit der Verwaltungsdeputation und dem Magistrate diese Ueberschreitungen für gerechtfertigt halten und zur Genehmigung empfehlen.

Nach Absatz dieser Summe bleiben dann noch disponibel 25,368 fl. 3 gr. 6 A. Hiervon seien die für Erweiterung des Röhrennetzes vor das Stein- und Petri Thor, für Umbau der Regulatoren, für Ausloosung von 26 Stammobligationen erforderlichen Gelder bereits verwilligt, doch dürften hinsichtlich dieser Beschlüsse möglicher Weise noch mehrfache Aenderungen eintreten, da dieselben in der Voraussetzung eines viel kleineren Ueberschusses gefaßt worden seien. Es sei aber diese Wendung um so günstiger, weil die Stadt nunmehr in die Lage komme, ganz andere und viel wirksamere Vorkehrungen zum Abtrage der Kosten für Erweiterungen der Gasanstalt zu treffen, wofür nunmehr 20,463 fl. 22 gr. 6 A. vorhanden seien.

Der Voranschlag endlich für das laufende Jahr setze die Gesamtausgabe zu 53,608 fl. 5 gr. die Einnahmen zu 83,666 fl. an, so daß ein Gewinn von 30,057 fl. 25 gr. zu erwarten stehe. Die Commission hege keinen Zweifel an der Wahrscheinlichkeit dieser Annahme, und könne daher die Genehmigung des Voranschlags sowie die fernere Verwendung von 2600 fl. zur Ausloosung von 26 Stammobligationen unbedenklich empfehlen.

Zum Schlusse habe der Magistrat noch den Antrag gestellt, daß bei Forderungen aus dem Betriebe der Gasanstalt und der Stadtwasserkunst einschließlich der

Forderungen für Einrichtung von Gas- und Wasserleitungen die Direction ermächtigt werde, über die Annahme von Vergleichen allein zu entscheiden, wenn der Betrag der Forderung die Summe von 100 \mathfrak{R} nicht übersteigt, bei höheren Forderungen aber die Genehmigung der Verwaltungsdeputation einzuholen verpflichtet werde, auf welche in diesem Falle die Befugnisse der städtischen Behörden übergehen. Der Magistrat motivire diesen Antrag damit, daß bei der gegenwärtigen Praxis, wonach der Director allerdings befugt sei, Ausstände einzuklagen, nicht aber bei etwaiger Insolvenz eines Schuldners Accordvorschläge anzunehmen, die darüber mit Magistrat und Stadtvorordneten zu eröffnenden Verhandlungen einerseits oft nicht im Verhältniß zum Gegenstande stehen, um den es sich handelt, andererseits oft zeitraubender sein können, als bei der Lage des Falles statthaft.

Diesem Antrage habe die Commission anfänglich die Genehmigung versagen wollen, da der Verusung wenigstens der Gasdeputation keine Schwierigkeit entgegenzustehen scheine; in Erwägung jedoch, daß in manchen Fällen allerdings doch eine unverzügerte Erklärung über Annahme oder Nichtannahme eines Vergleiches nothwendig werden könne und daß eben deswegen die Direction der Gasanstalt besonderes Gewicht darauf lege, die erbetene Vollmacht zu erhalten, wolle die Commission sich nicht abhaltend erklären.

Vor Schluß des Referates erscheine es wünschenswerth, einige Punkte des Berichtes der Direction noch speciell zur Sprache zu bringen. So sei im Vorschlage für das laufende Jahr ein Consum von 28 Millionen Cubitfuß Gas in Aussicht genommen, ein Quantum, welches der Commission anfangs etwas zu hoch gegriffen erschienen sei. Allein der Herr Director Reuter habe nachdrücklich seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß dasselbe werde erreicht werden, und dieser Erklärung wohne eine desto größere Wahrscheinlichkeit bei, da man auf die eine Hälfte des Geschäftsjahres bereits zurückblicken könne.

Bemerkenswerth sei auch die folgende Zusammenstellung. Als die Stadt das Werk übernahm, theiligten sich am Consum etwa 300 Häuser, jetzt sei deren Zahl auf 1100 \mathfrak{R} gestiegen. Gewiß könne man einen erfreulichen Beweis für die Güte und Preiswürdigkeit des Gases darin sehen, daß dasselbe auch da sich mehr und mehr Bahn breche, wo es nur zur Erleuchtung von Privaträumen verwandt werde.

Endlich das Material, welches die Gasanstalt verarbeite. Bisher habe dieselbe ein Gemisch von Boghead- und westphälischen Kohlen verwandt; nachdem aber erstere unverhältnißmäßig theuer geworden, habe man von ihrer Benutzung vollständig abgehen müssen. Allerdings sei der damit eingetretene Uebergang nicht leicht, da westphälische Kohlen allein nur unreines Gas liefern; aber eine Preis-

steigerung erst von 100 %, jetzt noch von 60 % rechtfertige gewiß den Versuch, einen Ersatz der Bogheadkohle ausfindig zu machen. Dies sei nun auch gelungen: mit einer Mischung von 100 Pfund westphälischen und 70 Pfund Lesmahago (einer andern schottischen) Kohle werde gegenwärtig reichlich dieselbe Leuchtkraft hergestellt, wie früher mit 100 Pfund westphälischer und 27,17 Pfund Boghead-Kohle. Für Anwendung der Lesmahago spreche dann auch noch der Umstand, daß bei deren Vergasung eine Ersparniß von circa 8 % an der Feuerung eintrete, sowie ferner, daß je 100 Pfund derselben 50 Pfund sehr guten Coaks liefern, wodurch bei dem diesjährigen Verbrauchsquantum ein Ertrag von 11,516 \mathfrak{R} 20 \mathfrak{g} erzielt werde, während die Boghead-Kohle nur Asche zurücklasse, welche für Geld abgefahren werden mußte.

Nach Eröffnung der Discussion

bringt Herr Lissabon die Frage in Anregung, ob es nicht angemessen sei, den von der Stadtcasse für Beleuchtung der Stadt gezahlten Preis auf den Betrag der Herstellungskosten des verbrauchten Gasquantums zu ermäßigen.

Dem gegenüber weist Herr Reuter darauf hin, daß der erwähnte Gewinn durch Vermehrung der Laternenzahl von 533 auf 625 Stück schon beträchlich geringer geworden sei und durch die den Laternenwärtern bewilligte Zulage sowie durch die demnächst unvermeidliche Vermehrung derselben sich auch ferner noch vermindern werde. In Hinsicht auf den ausführlichen Commissionsbericht findet Redner nur noch zwei Punkte hervorzuheben. Zwar sei darin die Ueberschreitung von Voranschlägen über ausgeführte Erweiterungen genügend motivirt, aber da von den Erweiterungen, welche mit geringeren Kosten als wozu sie veranschlagt waren, ausgeführt worden, nicht die Rede gewesen sei, so könne es leicht den Anschein gewinnen, als wären alle Voranschläge überschritten. Er wolle daher noch bemerken, daß die Ausführung aller nicht genannten Erweiterungen unter den Anschlägen geblieben sei, daß z. B. für die neu gebauten Defen über 500 \mathfrak{R} und im Ganzen 563 \mathfrak{R} 26 \mathfrak{g} 7 \mathfrak{a} weniger verausgabt seien, als was nach den Voranschlägen erforderlich gewesen: ein Betrag, welcher, da er nicht noch einmal als Gewinn habe erscheinen dürfen, ohne Weiteres dem Fabrik-Anlage-Conto gutgeschrieben sei. Von der Verwendung von Boghead habe man abgehen müssen, weil die zu dessen Werthe in keinem Verhältnisse stehende Preissteigerung für das laufende Betriebsjahr eine Mehrausgabe von circa 11,000 \mathfrak{R} erfordert haben würde; es bleibe übrigens die Frage, aus welchem Rohmaterial ein Gas von contractlicher Leuchtkraft am vortheilhaftesten herzustellen sei, bei den bedeutenden Schwankungen, denen die Kohlenpreise in Schottland unterliegen, alljährlich neu zu prüfen.

Herr Graf glaubt, daß das dem Gase im Commissionsberichte gespendete Lob wenigstens im Punkte der Reinheit starken Einschränkungen unterliege, und empfiehlt demgemäß die Rückkehr zur Bogheadkohle, sobald es deren Preis irgend zulasse. Dann allerdings, aber auch nur dann, könne der jetzige Gaspreis nicht für zu hoch gehalten werden. An Herrn Reuter richtet der Redner die Anfrage, ob die beregten Versuche einstweilen zu einem Ende gediehen seien, demnächst also regelmäßig auf gutes Gas zu rechnen sei.

Herr Reuter. Die fraglichen Versuche seien in den Monaten September und October angestellt und ständen daher in gar keiner Beziehung zu der späteren Beschaffenheit des Gases. Wenn die Leuchtkraft desselben auch später einige Male auf das contractlich festgestellte Minimum gesunken sei, so liege die Veranlassung in andern Umständen, wie denn z. B. die erst im November vollendete Auswechslung des Hauptrohres öfter nachtheilig darauf eingewirkt habe, dann vor 8 Tagen der neue Gasometer in Betrieb genommen und auch dabei die Leuchtkraft des Gases durch eine unvermeidliche geringe, Beimischung von Luft beeinträchtigt sei, wie ferner im Winter elementare Zustände oft bedeutend einwirkten, indem z. B. die richtige Temperatur der Ofen häufig nicht zu halten sei, oft wochenlang die westphälischen Kohlen in nassen Zustände einträfen, und so vergast werden müssen. Die Beseitigung solcher Uebelstände stehe in keines Menschen Macht, und eben in Berücksichtigung derselben sei in dem Contracte eine Verringerung der Leuchtkraft des Gases um 10 % nachgesehen. Außerdem befinden sich alle zwischen dem Retortenhause und den Gasometern befindliche Apparate noch in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit, seien also für eine Gasproduction wie sie jetzt in den Wintermonaten stattfinde viel zu klein, was gleichfalls die Güte des Gases beeinträchtige; eine Aenderung derselben aber, deren Kosten in den für Vergrößerungen der Anlage bereits verwilligten 70,000 \mathfrak{f} mit begriffen seien, könne erst im nächsten Sommer erfolgen. Was die Reinheit des Gases anbetreffe, so sei so lange die Stadt das Werk besitze, trotz der sehr häufigen Untersuchungen ein Mangel an derselben, nur ein Mal constatirt. Werde unter Unreinheit das Ruffen der Flammen in Argand-Brennern bei zu starkem Drucke verstanden, so sei dies, wie Redner erst kürzlich an diesem Orte nachgewiesen habe, unrichtig. — Was endlich die empfohlene Rückkehr zur Boghead-Verarbeitung anlange, so dürfe auf den Namen, das nichts zur Sache thue, kein Gewicht gelegt werden; es komme Boghead im Handel vor, der viel schlechter sei als Lesmahago und nicht viel besser als westphälische Kohle. Außerlich unterscheide sich Lesmahago von Boghead gar nicht, sie liefere auch eben so viel Gas, und in den ersten Stunden der Destillation auch Gas von derselben hohen Leuchtkraft; diese falle dann allerdings gegen das

Ende der Destillation mehr ab, als dies bei Boghead der Fall sei, und daher werde ein größerer Zusatz erforderlich um die contractliche Leuchtkraft zu erzielen. Einstweilen hätten alle Gaswerke, die Gas von hoher Leuchtkraft liefern müßten, so die zu Frankfurt a. M., Bremen, in ihrem Interesse gefunden, Boghead nicht mehr zu verwenden; ob in Folge dessen der Preis dieser Kohle noch ferner und so weit sinken werde, daß sie wieder mit Vortheil verwandt werden könne, oder ob man überhaupt demnächst dies bessere Gas durch Zuführung ganz anderer Stoffe zu den gewöhnlichen Kohlen erzielen werde, das hange von dem Ausfalle der Versuche ab, welche allseitig im Interesse der Gasindustrie vorgenommen werden. — Schließlich erklärte Redner, er fasse Anfragen wie die soeben geschehene so auf, daß man ihm dadurch Gelegenheit geben wolle, die hin und wieder über das Gas ausgesprochenen Meinungen, soweit solche auf Irthümern beruhen, zu widerlegen. Gern ließe er sich daher auch über den Werth des hiesigen Gases gegenüber dem gewöhnlichen Steinkohlengase weiter aus, allein da hierbei sehr viele Zahlen in Betracht kommen, so müsse er sich für diese Darlegung einen andern Weg vorbehalten. —

Herr Uhde, an die vorausgegangenen Bemerkungen Herrn Reuters anknüpfend, spricht den Wunsch aus, daß auf dem Flur und im Aufgange zum Locale der Versammlung eine Gasflamme angebracht werde.

Gegenüber den Bemerkungen des Herrn Grass constatirt Herr Bautler, daß das lobende Prädicat dem Gase durch die Verwaltungsdeputation ertheilt worden sei; er selbst habe Anlaß genommen gegen Herrn Reuter dieselben Ausstellungen zur Sprache zu bringen, worauf ihm dann allerdings die so eben vernommenen beruhigende Auseinandersetzungen geworden seien.

Gegen die Ermächtigung der Direction zur Annahme von Vergleichen

macht der Herr Vorsitzende starke Bedenken geltend. Er könne es nicht für weise halten, eine solche Befugniß in die Hand der Direction zu legen, und zwar eben so wenig in deren eigenem Interesse als im Interesse der Ordnung, da doch Fälle möglich seien, wo es den Directoren selbst peinlich sein müßte, wenn zu ihren Verfügungen nicht die Vertreter der Versammlung ihre Zustimmung ertheilt hätten. Es lasse sich aber auch keine unumgängliche Nothwendigkeit für die in Vorschlag gebrachte Aenderung anführen. Denn da Arrangements wie die ins Auge gefaßten in der Regel nicht augenblicklich getroffen werden müssen, so könne, ohne dadurch eine Verschleppung der Sachen herbeizuführen oder die Verwaltungsdeputation übermäßig zu belästigen, deren Genehmigung ohne Rücksicht auf die Summe um die es sich handle, zur Bedingung gemacht werden. Auf diesem Wege,

welchen Redner damit empfehlen wolle, werde dann auch der Grundsatz des §. 46 der Städteordnung gewahrt.

Herr Reuter bemerkt darauf: die Direction habe eben nur einen andern Weg als den bisherigen wünschen müssen und könne mit dem Aenderungsvorschlage des Herrn Vorsitzenden einverstanden sein. Andererseits würde der zuerst vorgeschlagene Weg allerdings seine Vorzüge gehabt haben, so in allen den Fällen, wo es sich um eine Forderung an Messfremde handle, welche sofort abzureisen beabsichtigen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari anerkennt dies, wie denn auch der Magistrat damit einverstanden gewesen wäre, wenn die Versammlung der Direction die erbetene Befugniß hätte beilegen wollen. Mit Rücksicht jedoch auf das in der Städteordnung geltende Princip werde es sich empfehlen, bei dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden stehen zu bleiben.

Es werden hierauf die Anträge des Magistrats zur Beschlußnahme gestellt und von der Versammlung genehmigt, mit Ausnahme des zuletzt discutirten, welcher in der von dem Herrn Vorsitzenden empfohlenen Modification angenommen wird.

Der Herr Vorsitzende lenkt die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die unerträgliche Beschaffenheit des Weges zur Gasanstalt und empfiehlt, auf eine gründliche Besserung desselben Bedacht zu nehmen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt darauf die Erklärung ab, daß der Magistrat diese Sache keineswegs aus dem Auge verloren habe. Bei der besondern Art des dort herrschenden Verkehrs indessen würde Ungewöhnliches geschehen müssen, um dem gerügten Uebelstande wirklich abzuhelpen und zwar nach einem bereits vorliegenden Anschlage mit einem Kostenaufwande von 8000 \mathfrak{f} . Wegen einer Trottoiranlage stehe der Magistrat bereits seit längerer Zeit mit den Anwohnern in Unterhandlung; eine Vereinbarung jedoch habe bis jetzt noch nicht erzielt werden können.

Endlich kommen die bei Beginn der Sitzung verlesenen beiden Magistrats-schreiben zur Berathung.

Das eine derselben, vom 20. d. Mts. beantragt

- IV. die Kosten für Instandsetzung der höchst mangelhaften Blitzableitungen an der Brüdern-, Catharinen-, Magni- und Michaeliskirche zum Gesamtbetrage von 605 \mathfrak{f} auf die Stadtcasse zu übernehmen,

da die Kirchencasse zu deren Uebernahme außer Stande sei, ein Aufschub aber jener höchst nothwendigen Besserungsarbeiten die Kirchen selbst und die ganze Stadt mit großen Gefahren bedrohe.

Nachdem dem Vorschlage des Herrn Leiste: der Stadt ein Regrefrecht auf Erstattung der beantragten Aufwendungen gegen die Kirchencasse vorzubehalten,

Herr Uhde die Thatsache entgegengestellt hat, daß die Kirchencasse sich nicht in der Lage befinde, zu irgend einer Zeit alle auf ihr lastenden Verbindlichkeiten zu erfüllen,

wird von der Versammlung die angeforderte Summe zur Disposition gestellt.

V. Ebenso ertheilt die Versammlung die nach §. 21 der Ablösungsordnung vom 20. December 1834 und nach §. 46 *M* 13 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 erforderliche Zustimmung zur Ablösung des Meierzinses von dem sub Nro. ass. 17 zu Wierthe belegenen Hofe, welche nach einem Magistratschreiben vom 23. d. Mts. von der Pflichtigen gestellt ist und nicht abzulehnen steht;

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung erledigt darauf die Versammlung zwei Gesuche um Verwilligung von Extraordinarien.

B e r i c h t i g u n g.

Verthümlich ist das Protocoll vom 8. November als *N* 1 des Jahres 1867 veröffentlicht:
dasselbe zählt vielmehr als *N* 12 v. J. 1866.
